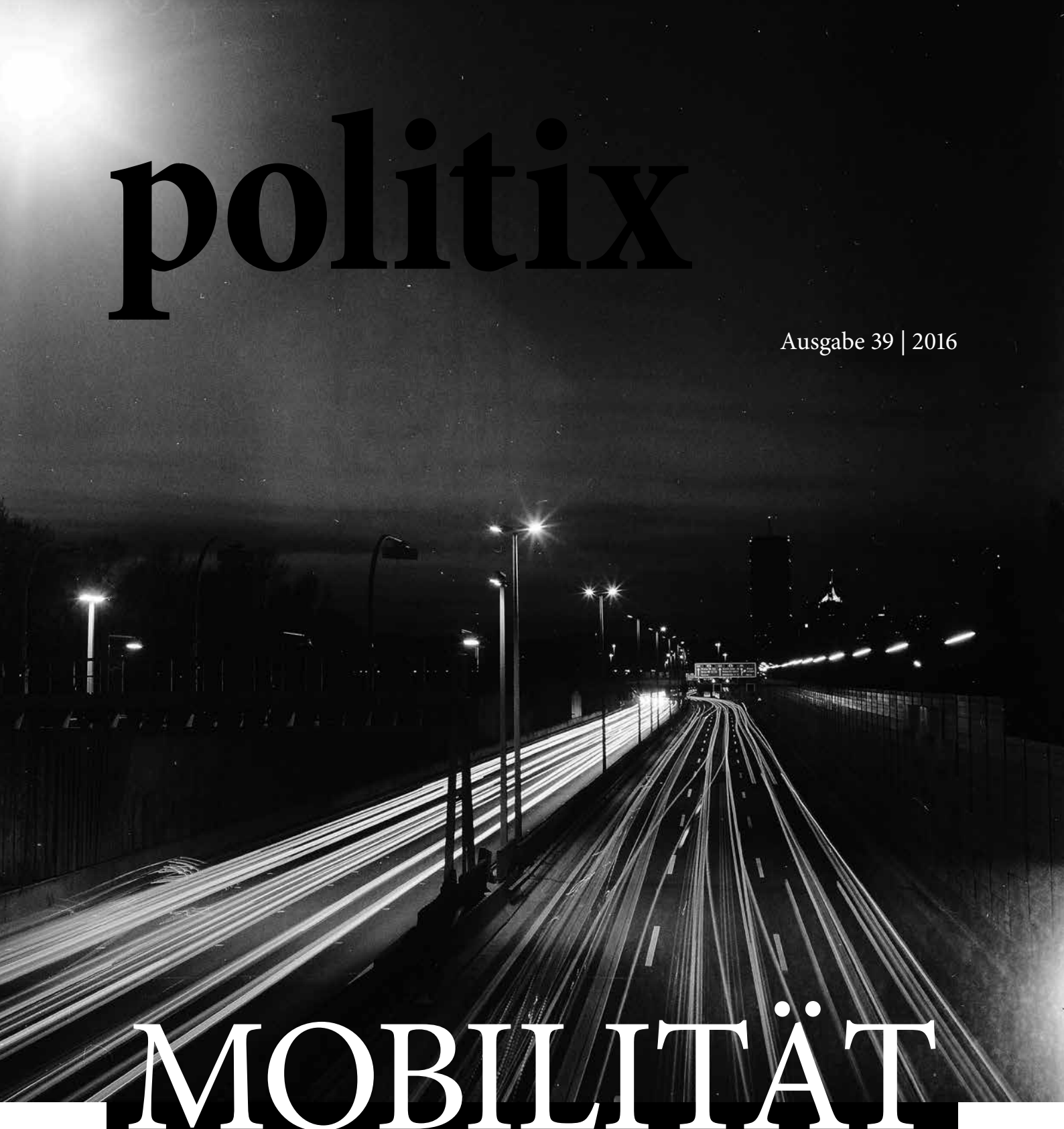




politix

Ausgabe 39 | 2016

MOBILITÄT

ipw

Zeitschrift des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Wien

Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien, Universitätsstraße 7, A-1010 Wien

ISSN 1990-4630

INHALT

SCHWERPUNKT: MOBILITÄT

Nachruf für Elisabeth Büttner.	5
<i>Ayşe Dursun und Birgit Sauer</i>	
Der Nomade als Theoriefigur, empirische Anrufung & Lifestyle-Emblem	6
<i>Anna Lipphardt</i>	
Mobilität & Vorurteil	13
<i>Birgit Peter</i>	
Circus Mobilities	16
<i>Elena Lydia Kreusch</i>	
Lebensqualität und Mobilität	21
<i>Michael Hagelmüller</i>	
Raum Macht Frau – Frau Macht Raum.	26
<i>Hanna Reiner</i>	
Television Expanded & die Popularisierung politischer Narrative.	29
<i>Stefan Schweigler und Stefan Sulzenbacher</i>	
A Hostile & Inefficient Meritocracy.	35
<i>James Hollis</i>	
Die Transformation der mobilen Viehzucht in die Sesshaftigkeit am Qinghai-Tibet Hochplateau	41
<i>Ute Wallenböck</i>	
Todesmärsche im Kontext der nationalsozialistischen ‚Endphasenverbrechen‘	48
<i>Walter Manoschek</i>	

AKTUELL / INTERN

Nein, danke!	53
<i>Studienvertretung Politikwissenschaft</i>	
Unlocked Potential	54
<i>James Hollis</i>	
„mo.ë bleibt“	59
<i>Interview mit Alisa Beck, Réka Kutas, Mimie Maggale und Marie-Christin Rissinger</i>	
Conference – Political Islam and its Utopia of an Islamic State	67
<i>Amin Elfeshawi</i>	

REZENSIONEN

Etzersdorfer, Irene/Janik, Ralph (2016): <i>Staat, Krieg und Schutzverantwortung</i>.	69
<i>Christina Wagner</i>	
Scholz, Nina/Heiko Heinisch (2016): <i>Charlie versus Mohammed</i>	70
<i>Stefan Alexander Marx</i>	
Maria Katharina Wiedlack (2015): <i>Queer-Feminist Punk</i>	71
<i>Melanie Konrad</i>	
Lisa Grösel (2016): <i>Fremde von Staats wegen</i>	73
<i>Thomas Immervoll</i>	

-EDITORIAL-

Das Stichwort ‚Mobilität‘ steht seit den 1990ern für eine verstärkte Hinwendung zur physischen sowie digitalen Bewegtheit und Bewegungsförmigkeit von Forschungsgegenständen in Sozial- und Kulturwissenschaften. Vertreter_innen der Mobility Studies kritisieren, dass politische und gesellschaftliche Phänomene häufig als topographisch ‚statisch‘ gedacht werden, oder dass Formen des Migrierens, des Reisens, des Transportierens, der Konnektivität, und Formen von digitalen Datenströmen und Kommunikationspraxen zu oft erst auf einer sekundären Ebene für die Besprechung von Forschungsgegenständen relevant werden. Den Fokus auf Dimensionen und Eigenschaften von Mobilität zu legen, bedeutet zugleich, dass die oft unreflektiert reproduzierten Dichotomien, wie mobil-immobil, dynamisch-statisch, nomadisch-sesshaft, aktiv-passiv, kritisch zu hinterfragen sind.

Durch eine gezielte Auseinandersetzung mit Phänomenen in ihrer Bewegungsförmigkeit versteht sich die Mobile Wende (‚mobile turn‘) als Auslotung von Grenzen in Bezug auf die Art und Weise, wie die Wissenschaft ihre Fragen selektiert und versucht zu beantworten. Was wird ausgeblendet, wenn die Mobilität von Gegenständen nicht oder zu wenig besprochen wird? Welche Aufschlüsse kann eine Untersuchung von Aspekten des Mobilen hinsichtlich der Möglichkeitsbedingungen von politischen Zusammenhängen geben?

Um uns diesen Fragen und dem dahinterliegenden Themenkomplex gebührend annähern zu können und die Verknüpfungen zwischen den teilweise sehr unterschiedlichen Texten zu unterstreichen, gibt es deshalb in dieser Ausgabe ein etwas längeres Editorial.

Die noch junge Tradition von dezidiert der Mobilität gewidmeten Forschungsdesideraten zeichnet sich auch durch eine starke Berücksichtigung soziokultureller und historischer Veränderungen aus, die von der Industrialisierung bis hin zur Postmoderne Themengebiete wie Urbanisierung und Globalisierung mit sich gebracht haben. Michel Foucaults Postulat, dass wir in einer Epoche des Raumes lebten, ist sichtlich mit Einstellungen der Mobility Studies verschwimmt:

„Wir sind in der Epoche des Simultanen, wir sind in der Epoche der Juxtaposition, in der Epoche des Nahen und des Fernen, des Nebeneinander, des Auseinander. Wir sind, glaube ich, in einem Moment, wo sich die Welt weniger als ein großes sich durch die Zeit entwickelndes Leben erfährt, sondern eher als ein Netz, das seine Punkte verknüpft und sein Gewirr durchkreuzt“ (Foucault 1993: 34).

Ein solches Netz bilden auch die in im Schwerpunktbereich versammelten Beiträge, welche unterschiedliche, aber zugleich miteinander verbundene Aspekte des Mobilen besprechen. Die Anordnung der Beiträge stellt keine historisch-lineare Entwicklung von mobilities dar; Leser_innen, die sich ein chronologisch plausibilisiertes (sich ‚durch die Zeit entwickelndes‘) Phänomen von Mobilität erhoffen, werden dagegen bewusst mit dem Modell eines Netzes konfrontiert: Anna Lipphart stellt die gegenwärtigen kulturellen Implikationen der Theoriefigur ‚Nomade/Nomad_in‘ vor und unterzieht diese einer differenzierten Kritik. Wir freuen uns, diesen in *Aus Politik und Zeitgeschichte* erschienenen, einschlägigen Text in politix erneut zu veröffentlichen (vgl. Lipphart 2015). Die Autorin zeigt dabei insbesondere auf, wie die Emphase für eine unterkomplexe Metapher des Nomadismus als Lifestyle-Konzept des Subversiv-Seins hinhalten muss und dabei nicht zuletzt exotistische Vorstellungen von Nomad_innen reproduziert.

Die politischen Dimensionen tradierter Gegensatzpaare wie sesshaft-nomadisch dekonstruiert auch Birgit Peter hinsichtlich einer Geschichte von Diskriminierungspraxen des Antiziganismus. So wird punktuell eine Historiographie der Vorurteile gegen ‚Fahrendes Volk‘ und ‚Umherziehende‘ nachgezeichnet, welche Zirkusfeindlichkeit mit aktueller Flüchtlingsfeindlichkeit in Zusammenhang denken lässt. Die Lebensrealitäten zeitgenössischer Zirkuskünstler_innen stellt anschließend Elena Lydia Kreusch vor und gibt den Leser_innen Einblicke in Circus Mobilities, die internationale Gesetzgebung ebenso wie logistische und transportspezifische Schwierigkeiten betreffen. An das Thema Verkehr schließt Michael Hagelmüller an und problematisiert aktuelle Tendenzen von öffentlichem

und Individualverkehr hinsichtlich ihrer jeweils empirischen Rentabilität aus umweltpolitischer Perspektive und der damit verbundenen Notwendigkeit einer Wandlung von Auffassungen der Lebensqualität.

Hanna Reiner widmet sich in ihrem Beitrag der Sicherheit von Frauen und Mädchen im öffentlichen Raum, und zwar sowohl auf der Ebene der faktischen als auch der subjektiv empfundenen. Die Art und Weise der Evaluierung, Formulierung und Umsetzung von Politiken in diesem Bereich erkundet sie am Beispiel der Stadt Wien.

Die Veränderung von Sehgewohnheiten durch die Nutzung von Mobilgeräten und die ‚Boulevardisierung‘ von Praktiken, die vormals relativ trennscharf im Bereich des Privaten buchstäblich verortet waren, werden von Stefan Schweigler und Stefan Sulzenbacher unter die Lupe genommen. Zusammen mit einer weiteren attestierten Tendenz des Unterhaltungsfernsehens, nämlich der Popularisierung politischer Inhalte, besprechen die Autoren aktuelle Phänomene der mobilen Televisualität, die auch als Posttelevisualität bezeichnet werden.

Um die Beweglichkeit zwischen sozialen Strata dreht sich der Text von James Hollis, der anhand des Begriffspaares ‚Gemeinschaft/Gesellschaft‘ Strategien und Argumentationen sozialer Gerechtigkeit untersucht. Obwohl die Leistungsgesellschaft (meritocracy), im Gegensatz zu einer Gesellschaft, die sich nach Geburt und Herkunft strukturiert, Vorteile für das individuelle Subjekt birgt, entstehen doch starke Gefälle und Ungleichheiten, die die Entfaltung wiederum stark beschneiden können. Den negativen Aspekten von Gemeinschaft (hohe Exklusivität) und Gesellschaft (große Ungleichheit) stellt der Autor vor allem das Konzept ‚fellowship‘ gegenüber, welches die positiven Aspekte beider durch die Förderung von Diversität und unterschiedlicher Talente auf der Basis gleichen sozialen Status‘ verbinde.

Die Tatsache einer relativen Wahlfreiheit, den eigenen Grad an Mobilität und damit deren Auswirkungen zu bestimmen, ist in den Phänomenen der beiden nächsten Beiträge umgekehrt nicht gegeben: Ute Wallenböck bespricht die allmähliche (Zwangs-)Ansiedelung von nomadischen Gruppen am Qinghai-Tibet Hochplateau und führt die LeserInnen in die komplexe politische Wirkmächtigkeit ein, welche diese Entwicklung zeitigt. Walter Manoschek diskutiert die Todesmärsche des NS-Regimes im Kontext der sogenannten Endphasenverbrechen im Zusammenhang mit der Bedeutung erzwungener Häftlingsmigration. Der

Beitrag wird durch Bilder der Gedenkstätte zum Todesmarsch ungarischer Juden und Jüdinnen in Fürstenfeld, Steiermark, ergänzt.

Im Aktuell/Intern findet Ihr diesmal ein Statement der StV PoWi zur Studienrechtsverschärfung, die einen weiteren Schritt zur Entdemokratisierung der Universität Wien setze. In einer Analyse der Krise der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union zeigt James Hollis die Versäumnisse und Risiken der Uneinigkeit der Staaten angesichts aktueller politischer Herausforderungen auf.

Im Interview haben wir für diese Ausgabe mit dem Leitungsteam des mo.ë in der Thelemangasse 4 gesprochen. Der Kunst- und Kulturverein kämpft seit Ende letzten Jahres um den Erhalt seiner Räumlichkeiten und gegen die Verdrängung durch die Immobilienfirma Vestwerk – siehe www.moe-vienna.org. Den Abschluss dieser Sektion bildet die Ankündigung zu einer ganz besonders spannenden Konferenz Ende Mai an der Universität Wien: Politischer Islam und der ‚Islamische Staat‘. Weitere Informationen unter: islamandpolitics.univie.ac.at.

Wir danken den Autor_innen und Interviewpartner_innen dieser Ausgabe für die gute Zusammenarbeit; unser Dank auch an das Studio Newald, Christian Bruckner, Ute Wallenböck, Gerd Valchars und das Team mo.ë für das zur Verfügung gestellte Fotomaterial.

Cover und Zwischenräume des 39. politix werden durch eine Reihe analoger und digitaler Fotografien von David Tiefenthaler bespielt. Wir freuen uns über diese künstlerische Einreichung zum Schwerpunktthema, welche mit scharfen Blicken von einem Streifzug durch europäische Räume des Verkehrs erzählt.

Viel Spaß bei der Lektüre!

Für die politix-Redaktion

Melanie Konrad & Stefan Schweigler

Foucault, Michel (1993): *Andere Räume*. In: Karlheinz Barck et al. (Hg.-innen): *Aisthesis. Wahrnehmung heute oder Perspektiven einer anderen Ästhetik*. (= Typoskript eines Vortrages von 1967) 5. Auflage, Leipzig: Reclam, 34–46.

Lipphardt, Anna (2015): *Der Nomade als Theoriefigur, empirische Anrufung und Lifestyle-Emblem. Auf Spurensuche im Globalen Norden*. In: bpb (Hg.): *Aus Politik und Zeitgeschichte* 26-27/2015, 32–38.

NACHRUF FÜR ELISABETH BÜTTNER



* 30.12.1961 † 28.02.2016

Wir trauern um Univ.-Prof Dr. Elisabeth Büttner, M.A. Sie war seit September 2007 die erste Professorin für Filmwissenschaft an einer österreichischen Universität, am Institut für Theater-, Film- und Medienwissenschaft der Universität Wien. Sie war auch Initiatorin und Sprecherin der Forschungsplattform „Mobile Kulturen und Gesellschaften“ an der Universität Wien. Mit der Einrichtung der Forschungsplattform eröffnete Elisabeth Büttner uns die Chance, unsere eigenen Forschungen über Migration und Flucht aus der Perspektive des gerade sich erst herausbildenden Mobilitätsparadigmas zu beleuchten. Als Filmwissenschaftlerin war sie schon sehr früh mit diesem Paradigma vertraut und davon überzeugt, dass damit eine neue, kritische Sicht auf rezente kulturelle und gesellschaftliche Entwicklungen erarbeitet werden kann. Als Politikwissenschaftlerinnen ließen wir uns gerne von Elisabeth Büttners Verve, ihrem Engagement und ihrer Beharrlichkeit bei der Beantragung der Forschungsplattform und der Ausarbeitung von Kooperationszusammenhängen mitreißen. Und in der Tat: Mobilisierung und Immobilisierung, Subjektivierung in Bewegung und damit verknüpfte herrschaftliche Positionen sind auch für politikwissenschaftliche Forschungen spannende Perspektiven.

Ihre Krankheit hat es Elisabeth Büttner nicht mehr möglich gemacht, sich kontinuierlich an den Veranstaltungen, an den Diskussionen und den Fortschritten der Plattform zu beteiligen. Aber ihre Begeisterung für das Neuartige der Herangehensweise blieb und bleibt in der Plattform präsent – und die Begeisterung war und ist ansteckend. Und: Elisabeth Büttner wollte uns anstecken, uns hineinziehen, uns involvieren in ein Forschungsabenteuer. Uns Politologinnen sah sie möglicherweise als tendenziell resistent gegenüber dem Mobilitätsgedanken. Ein sommerliches Gespräch im Gastgarten sollte uns überzeugen. Es war ein langes, inspirierendes und insistierendes Gespräch.

Wir werden Elisabeth Büttner sehr vermissen!

Birgit Sauer und Ayse Dursun

DER NOMADE ALS THEORIEFIGUR, EMPIRISCHE ANRUFUNG & LIFESTYLE-EMBLEM Auf Spurensuche im Globalen Norden

Anna Lipphardt

Während sich in den vergangenen Jahrzehnten die Lebensbedingungen für Hirtennomaden infolge offener politischer Diskriminierung und struktureller Benachteiligung, von Landkonflikten, sich wandelnden ökonomischen Rahmenbedingungen und des Klimawandels weltweit verschlechtert haben, entwickelte sich der Nomadismus im Globalen Norden – und insbesondere in (West-) Europa – im selben Zeitraum zu einem wichtigen Referenzpunkt. In zahlreichen Diskurs- und Praxiskontexten (post-)industrieller Gesellschaften, in denen Mobilität eine herausgehobene Rolle spielt, wird heute emphatisch Bezug auf „das Nomadische“, „den Nomaden“ oder „Nomadismus“ genommen (1).

Eingeführt von den französischen Philosophen Gilles Deleuze und Felix Guattari in den 1980er Jahren (vgl. Deleuze/Guattari 1980), hat sich der Nomade seither als zentrale Theoriefigur etabliert, die für ein hohes Maß an Mobilität sowie für Freiheit, Grenzüberschreitung und Nonkonformismus steht. Großen Nachhall fand die Figur des Nomaden auch im Kunstbereich, wo er längst zu einer Standardreferenz geworden ist. Darüber hinaus beziehen sich heute VertreterInnen aus zahlreichen, ganz unterschiedlichen professionellen Milieus in ihrer Selbstbezeichnung auf den Nomaden – von der sogenannten creative class über den Medien- und IT-Bereich bis hin zu Management und Unternehmensberatung. Besonderer Beliebtheit erfreuen sich nomadische Selbstreferenzierungen außerdem unter Backpackern, Lifestyle-Migranten und den sogenannten Superreichen. Inzwischen taucht der Nomade zudem regelmäßig als theoretische Referenz in empirischen Studien zur Mobilität dieser Gruppen auf (vgl. Ciolfi/Pinatti de Carvalho 2014; D’Andrea 2007; Bousiou 2008). Und last but not least ist er

zum populären Label in Architektur und Design geworden, was sich in einer wachsenden Zahl an entsprechenden Produktnamen von rollbaren Schlafsofas über Kopfhörer bis hin zu iPad-Hüllen und aufwendigen Bildbänden mit Titeln wie „New Hotels for Global Nomads“ oder „The New Nomads. Temporary Spaces and a Life on the Move“ widerspiegelt (vgl. Albrecht/Johnson 2002; Klanten 2015) (2).

In all diesen Fällen ist ohne Zweifel ein hohes Maß an Mobilität im Spiel. Doch welche Praktiken und Absichten, konzeptionellen Vorstellungen und politischen Bewertungen verbergen sich hinter den jeweiligen Anrufungen des Nomadischen? Ich greife in diesem Beitrag „Nomadismus“ im Sinne der Kulturwissenschaftlerin Mieke Bal als „wandernden Begriff“ (travelling concept) auf und spüre ihm in ausgewählten Diskurs- und Praxiskontexten nach. Für Bal sind Begriffe „niemals bloß deskriptiv [...], niemals unschuldig“, sondern „programmatisch und normativ“ (Mieke 2002: 13). Vor allem aber sieht sie in ihnen

„nichts ein für allemal Feststehendes. Sie wandern: zwischen den Fächern, zwischen einzelnen Wissenschaftlern sowie zwischen historischen Perioden und geographisch verstreuten akademischen Gemeinschaften. [...] [I]hre Reichweite und ihr operationaler Wert müssen nach jedem Ausflug von neuem bewertet werden.“ (ebd.: 11) (3)

Ausgehend von konzeptionellen Überlegungen, die aus der empirischen Erforschung nomadischer Lebensweisen entwickelt wurden, wende ich mich zwei eng miteinander verknüpften Diskurs- und Praxisbereichen zu, die einen zentralen Beitrag zur Popularisierung des Nomadischen im Globalen Norden geleistet haben: Kulturtheorie und

Kunst. Der darauffolgende Abschnitt wirft einen Blick darauf, wie sich Mobilität für Künstlerinnen und Künstler im Alltag gestaltet. Im Anschluss an diese Suchbewegungen wird schließlich die analytische und politische Tragfähigkeit des Begriffs in Bezug auf Mobilität in Europa hinterfragt: Inwieweit lassen sich Mobilitätsmodi, -ursachen und -erfahrungen der Milieus, die sich als ‚neonomadisch‘ apostrophieren, mit denen nomadisch lebender Gruppen vergleichen? Welche Aspekte werden ausgeblendet, wenn wir im Zuge der Globalisierung aufgekommene hochmobile Lebens- und Arbeitsarrangements durch die nomadische Brille betrachten?

Konzeptionelle Ausgangspunkte der empirisch orientierten Nomadismusforschung

Für die empirische Forschung zum Nomadismus, die vorwiegend von Anthropologen und Geografinnen im Rahmen ethnografischer Langzeitstudien verfasst wurde, stellt dessen Konzeptualisierung eine der zentralen Grundsatzfragen dar. Der vom griechischen *nomás* (‚weidend umherziehend‘) abgeleitete Begriff ‚Nomade‘ ist keine Eigenbezeichnung, sondern wurde als Sammelbegriff von Außenstehenden wie Staatsvertretern, Missionaren und Forschenden geprägt. Die betreffenden Gruppen selbst bezeichnen sich meist nach ihrem Familienverband, ihrem Herkunftsgebiet oder ihrer Tätigkeit (vgl. Nippa 2011). Seit der Jahrtausendwende greifen zudem mehr und mehr dieser Gruppen im Kontext von internationalen Menschenrechtsinitiativen und der Entwicklungszusammenarbeit auf die Bezeichnungen ‚mobile peoples‘ oder ‚mobile indigenous peoples‘ zurück (vgl. Standing Committee for the Dana Declaration 2002). Während Nomadismus generell als Konzept verstanden wird, das sich auf mobile Raumnutzung und damit verbundene Subsistenzmodi bezieht, gehen die Meinungen auseinander, welche Gruppen als Nomaden angesehen werden können. Der traditionellen Auffassung zufolge ist der Begriff ausschließlich für Hirtennomaden zu verwenden und bezeichnet „a specific way of life practiced in the dry belt of the Old World, a socio-ecological mode of culture“ (Scholz 2004: 10650) (4). Forscher und Expertinnen aus relevanten Praxisfeldern beziehen heute neben Hirtennomaden indes auch mobile Sammler und Jäger sowie die sogenannten

Dienstleistungsnomaden oder peripatetische Minderheiten mit ein. Mit letzteren Begriffen werden seit den späten 1970er Jahren mobile Gruppen bezeichnet, die ihren Lebensunterhalt mit hochspezialisierten Dienstleistungen wie Unterhaltung, handwerklichen oder rituellen Tätigkeiten oder dem Handel mit besonderen Gütern verdienen (vgl. Hayden 1979; Salo 1986; Rao 1986; Berland/Rao 2004). Eine breit gefasste Definition, die diese Gruppen berücksichtigt, bieten der Sozialgeograf Jörg Gertel und die Anthropologin Sandra Calkins an. Sie verstehen Nomadismus als

„eine Lebensform, die durch permanente oder zyklische Mobilität gekennzeichnet ist und die meist von Gruppen vollzogen wird, die sich durch exklusive Heiratsregeln auszeichnen. Zweitens verstehen wir als Nomaden, wer sich seine Lebensweise durch extensive Weidewirtschaft verdient, oder durch andere Formen der Mobilität wie saisonale Wanderarbeit durch sogenannte Dienstleistungsnomaden. Drittens kommen Nomaden durch ihre Verflechtungen und Bewegungen stets in unterschiedlichen Zusammenhängen mit Sesshaften in Berührung“ (Calkins/Gertel 2011: 13) (5).

Ausgehend von dieser Definition möchte ich hier vier ineinandergreifende analytische Parameter vorschlagen, die sowohl eine differenzierende Perspektivierung für die empirische Untersuchung mobiler Arbeits- und Lebensarrangements erlauben als auch geeignet sind für eine kritische Ausleuchtung der Theoriefigur des Nomaden und dessen begrifflicher Metamorphosen im Kontext postindustrieller Gesellschaften: erstens Mobilitätsmuster und -modi; zweitens Wirtschafts- und Subsistenzweisen; drittens gruppeninterne Sozialität und viertens Beziehungen zur Umgebungsgesellschaft, sowohl unmittelbar auf lokaler Ebene, als auch im Hinblick auf staatliche Akteure und Institutionen.

Kulturtheoretische und künstlerische Anrufungen des Nomadischen

Als theoretische Figur wurde der Nomade von Gilles Deleuze und Felix Guattari in ihrem 1980 erschienenen Traktat *Mille Plateaux* (*Tausend Plateaus*) eingeführt (vgl. Deleuze/Guattari 2003) (6). Die beiden französischen

Philosophen konstruierten ihn als ‚Kriegsmaschine‘ in Opposition zu hegemonialen Machtpositionen und statischen Gesellschaftsstrukturen, als Figur des Widerstands, deren subversives Potenzial sich aus der permanenten Grenzüberschreitung, Bewegungsfreiheit und einem hohen Maß an Flexibilität ergab (vgl. Deleuze/Guattari 2003, 522–585). Dabei ging es Deleuze und Guattari weder darum, auf der Basis von empirischen Daten zur Lebensweise nomadischer Gruppen theoretische Erkenntnisse abzuleiten, noch darum, mit Zuhilfenahme der nomadischen Figur Mobilitätsphänomene zu theoretisieren. Vielmehr diene ihnen diese mobile Denkfigur dazu, eine radikal subjektive, postnationale Strategie des politischen Denkens und Handelns zu entwickeln. Die Zahl der Forscherinnen und Forscher, die sich kritisch mit dem Theorie-Nomaden nach Deleuze und Guattari auseinandergesetzt haben, ist gering. Nach Ansicht der Literaturwissenschaftlerin Caren Kaplan basiert etwa seine Konzeptionalisierung auf „ahistorical modernist aesthetics and Eurocentric cultural appropriations“ (Kaplan 1996: 24). Der Kulturwissenschaftler Christopher L. Miller kommt in seiner Analyse der Werke, auf die Deleuze und Guattari sich in ‚Tausend Plateaus‘ beziehen, zu einem ähnlichen Schluss. Die zitierten Studien sind vorwiegend von westlichen Denkern und Schriftstellern verfasst, die zumeist in stark romantisierender, unsystematischer Art und Weise über nomadische Gruppen reflektieren. Die wenigen empirisch basierten Studien, auf die Bezug genommen wird, sind wiederum stark von den kolonialen Rahmenbedingungen und Perspektiven geprägt, in deren Kontext sie realisiert wurden (vgl. Miller 1993) (7).

Die positive Rezeption des Nomaden von Deleuze und Guattari ist weitaus wirkmächtiger. Autorinnen und Autoren wie die feministische Philosophin Rosi Braidotti, der Medientheoretiker Vilém Flusser oder der Literaturtheoretiker Michael Hardt und der Politologe Antonio Negri haben in den vergangenen Jahrzehnten im Anschluss an Deleuze und Guattari maßgeblich zur Kanonisierung der nomadischen Figur in Kulturtheorie und politischer Theorie beigetragen, wobei sie Aspekte wie Kosmopolitismus, Nonkonformismus und Freiheit in ihren Adaptionen noch stärker hervorheben (vgl. Braidotti 1994; Flusser 1990; Hardt/Negri 2002; Attali 2008). Zur gleichen Zeit trat der Nomade zunehmend in einem außeruniversitären Kontext in Erscheinung – der Kunstwelt. Befördert von Kuratoren, Kunstwissenschaft und Kunstkritik hat sich der Nomade hier seit den 1980er

Jahren fest etabliert (8). Parallel zu diesem theoretisch orientierten Diskurs begannen Künstlerinnen und Künstler sich im Rahmen ihrer kreativen Arbeit zunehmend mit Phänomenen des Mobilen zu beschäftigen und nahmen somit auch eine wegweisende Rolle bei der Ästhetisierung von Mobilität ein. Während die traditionelle Künstlerreise neue Perspektiven durch den Aufenthalt an unbekannten Orten eröffnet hatte, rückten nun zunehmend das Unterwegssein, der Transit und das Reisen selbst in den künstlerischen Fokus (vgl. Bianchi 1997). Dabei griffen Künstlerinnen und Künstler aus unterschiedlichen Disziplinen zunehmend auf Strategien, Techniken und Präsentationsformen zurück, die Bewegung und Relokalisierung gezielt aufgreifen und fruchtbar machen. Zu einem Zeitpunkt, zu dem häufige, sich über weite Distanzen erstreckende Mobilität im Kunstbereich zu einem unverzichtbaren Karriere-Asset geworden ist, inszenieren sich heute zudem viele Künstlerinnen und Künstler im Rahmen ihrer öffentlichen Selbstdarstellung als Nomaden, das heißt als dauermobile kosmopolitische Grenzüberschreiter (vgl. Bianchi 1991; Schneemann 2010). In der vergangenen Dekade haben so Kunstprojekte und künstlerische Selbstdarstellung, Forschung, Kulturkritik, kuratorische Konzepte, branding und PR-Strategien, Artists-in-Residency-Programme und kulturpolitische Initiativen dazu beigetragen, den Nomaden als wirkmächtiges Dispositiv zu etablieren – nicht nur im Kulturbereich, sondern weit darüber hinaus. Nach dem Philosophen Michel Foucault handelt es sich bei einem Dispositiv um

„ein entschieden heterogenes Ensemble, das Diskurse, Institutionen, architekturelle Einrichtungen, reglementierende Entscheidungen, Gesetze, administrative Maßnahmen, wissenschaftliche Aussagen, philosophische, moralische oder philanthropische Lehrsätze, kurz: Gesagtes ebenso wohl wie Ungesagtes umfasst. [...] Das Dispositiv selbst ist das Netz, das zwischen diesen Elementen geknüpft werden kann“ (Foucault 2000: 119f.).

Dank zweier Faktoren, die außerhalb der Kunst liegen, hat das nomadische Dispositiv weiter Fahrt aufgenommen. Zum einen haben Ökonomen Künstler – beziehungsweise die sogenannte *creative class* – aufgrund ihrer hohen Risikobereitschaft, Flexibilität und kosmopolitischen Einstellung inzwischen als Vorreiter des postfordistischen Wirtschaftsmodells entdeckt (9). Eng angelehnt an diesen ökonomistischen Diskurs schreibt auch das neue Forschungsfeld der Mobility

Studies der creative class eine paradigmatische Rolle für das Verständnis zunehmender Mobilität und Globalisierung zu. Als ‚Mobilitätspionieren‘ oder ‚neuen Nomaden‘ wird Kreativen in den Mobility Studies gegenwärtig eine bedeutende epistemische Position zugeschrieben – sowohl, wenn es um Theoriebildung und Konzeptionalisierung geht, als auch im Kontext empirischer Studien, wo sie eine der zentralen Referenzgruppen darstellen (vgl. Canzler et al. 2008).

Abgesehen von Autoren wie dem Ökonomen Richard Florida, denen harte Zahlen wichtiger sind als komplexe kulturtheoretische Konzepte, beziehen sich fast alle Mitgestalter des nomadischen Dispositivs – sei es in Kunst, Wirtschaft oder den Mobility Studies – auf Deleuze und Guattari als zentralen theoretischen Referenzpunkt. Als eindeutig positiv konnotierte Figur verkörpert ihr Nomade die Verbindung dreier Aspekte: erstens Freiheit und Unabhängigkeit, zweitens Nonkonformismus und Avantgarde (oder zumindest Fortschritt) und drittens hochfrequentes Reisen über weite geografische Distanzen.

Künstlermobilität: Phänomenologischer Reality Check

Zu den besonders enthusiastischen Wahlverwandten des Nomaden gehören Künstlerinnen und Künstler im Globalen Norden, insbesondere in der EU. Deren mobile Lebens- und Arbeitsarrangements sollen im Folgenden entlang der eingangs angeführten analytischen Parameter – Mobilitätsmuster und -modi, Ökonomie und Arbeitsorganisation, soziale Beziehungen – näher betrachtet werden.

Auf struktureller Ebene eröffnet die EU durch die garantierten Rechte auf mobile Freizügigkeit und künstlerische Freiheit, sowie die im Vergleich zu anderen Weltregionen großzügige finanzielle Kulturförderung den größten Möglichkeitsraum – zumindest für diejenigen Kulturschaffenden, die über die Staatsangehörigkeit eines EU-Staates oder ein permanentes Aufenthaltsrecht innerhalb der EU verfügen (10). Die zunehmende politische, rechtliche und wirtschaftliche Integration der EU ging mit zwei Entwicklungen einher, die künstlerische Mobilität noch weiter ankurbelten: zum einen mit dem Ausbau des Netzes an Billigflug- und Fernzuglinien und dem Innovationsschub im Kommunikations- und IT-Bereich, zum anderen mit der fortschreitenden Auflösung kultureller Institutionen zugunsten außergewöhnlicher Events wie Festivals und

Biennalen und der Projektifizierung weiter Teile des Kunstbetriebs. Während die EU also seit Ende des Ost-West-Konflikts Möglichkeiten für den künstlerischen Austausch und die individuelle künstlerische Freiheit geschaffen hat, wie sie vor 1989 unvorstellbar waren, bewirkte die gleichzeitige Neoliberalisierung des Kulturbereiches einen zunehmenden Mobilitäts- und Konkurrenzdruck.

Gehen wir von der strukturellen Ebene auf die Ebene der individuellen künstlerischen Trajekte (Fahrten), so weisen diese meist einen hohen Grad an Asymmetrie, Unplanbarkeit und Fragmentierung auf, sowohl in Bezug auf ihre räumliche als auch auf ihre zeitliche Dimension. Insbesondere die Trajekte freischaffender Künstler richten sich danach aus, wo sie Finanzierungsmöglichkeiten für ihre Arbeit finden. Weil sich ihre Verdienst- und Präsentationsmöglichkeiten – Zuschauer, Kulturinstitutionen, professionelle Netzwerke und relevante Marktakteure – meist in urbanen Zentren befinden, bewegen sie sich überwiegend zwischen großen Städten und sind dafür auf den Transport per Zug und Flugzeug angewiesen.

Künstlerinnen und Künstler reisen in der Regel alleine, als Freischaffende, oder auf Vertragsbasis als Teil eines künstlerischen Ensembles, und nicht mit ihren Familien, geschweige denn in einem erweiterten Familienverband. Für viele stellen die hohen Mobilitätsanforderungen daher eine große Herausforderung für ihre engeren sozialen Beziehungen dar. Für die Dauer eines Projekts oder einer residency bilden sich häufig ‚temporäre Gemeinschaften‘. Der hohe Grad an Internationalität, der künstlerische Kontexte prägt und die große Intensität, mit der dort in der Regel gearbeitet wird, haben zur Folge, dass diese häufig die Form eines Paralleluniversums annehmen. Dieses ist zwar international bestens vernetzt, lässt jedoch außer bei längerfristig angelegten, ortsbezogenen Projekten relativ wenig Raum für den Kontakt mit der lokalen Umgebung und Menschen außerhalb des Kunstbetriebs.

Zur analytischen und politischen Tragfähigkeit des Nomadismus-Begriffs

Der Nomade ist im Globalen Norden als Mobilitätsfigur so beliebt wie nie zuvor, und sein Erfolgszug wird ohne Zweifel noch eine Weile anhalten. Als Referenz für die kritische

Auseinandersetzung mit den komplexen Mobilitätsdynamiken des 21. Jahrhunderts wie auch als subversive Denkfigur hat er meiner Meinung nach ausgedient.

Der phänomenologisch orientierte Blick auf die mobilen Arbeits- und Lebensarrangements von nomadischen Gruppen und Künstlerinnen und Künstlern (die hier exemplarisch für mobile Hochqualifizierte insgesamt stehen) zeigt, dass diese in jedem relevanten Parameter weit voneinander abweichen oder sich sogar diametral gegenüberstehen. Dies wird bereits beim Blick auf die unterschiedlichen Mobilitätsmuster und -modi deutlich. Die zyklischen Bewegungen von Hirtennomaden, die sich per Pick-up, Schneemobil oder reitend im Tempo ihrer Tiere fortbewegen, haben wenig zu tun mit den Langstreckenreisen zu den diversen Destinationen, auf denen sich ‚neue Nomaden‘ per Bahn oder Flugzeug transportieren lassen. Hinsichtlich ökologischer Aspekte ist die Ungleichheit zwischen beiden Gruppen besonders frappierend – tragen doch die frequent flyers mit ihrem großen CO₂-Fußabdruck nicht unwesentlich zum Klimawandel bei, der die Lebensgrundlage vieler Hirtennomaden bedroht.

Des Weiteren bestehen große Unterschiede in Bezug auf Sozialgefüge und Vergemeinschaftung. Hirtennomaden können ihre mobile Lebensweise nur in Gemeinschaft praktizieren, weil Arbeits- und Ressourcenteilung eine Grundvoraussetzung ist, um in der harschen Umgebung, in der sie sich bewegen, überleben zu können. Der „neue Nomade“ (der im Deutschen übrigens fast immer nur in der maskulinen Form auftaucht) hingegen reist alleine durch die Welt. Mobilität mag hier zwar zu individueller Selbstverwirklichung führen, sie erschwert aber zugleich langfristige soziale Nahbeziehungen aufrechtzuerhalten, und geht, trotz der temporären Wahlfamilien, denen man sich unterwegs vielleicht anschließt, mit Vereinzelung und oft auch mit Einsamkeit einher.

Wer privilegierte Mobilität im Globalen Norden als ‚nomadisch‘ bezeichnet, trägt somit analytisch nichts zu einem differenzierten Verständnis mobiler Phänomene und Erfahrungen bei. Stattdessen wird dadurch die Verschleierung beziehungsweise Ausblendung der enormen Machtunterschiede zwischen beiden Gruppen befördert. Während nomadische Gruppen in den meisten Ländern auch heute noch als rückständige Störenfriede angesehen werden, die die öffentliche Ordnung bedrohen, genießen mobile Hochqualifizierte im Globalen Norden hohe soziale Anerkennung und politische Unterstützung als Vorreiter

der globalisierten Weltgesellschaft und -wirtschaft. Während die einen also aufgrund ihrer Mobilität mit offener Diskriminierung und struktureller Benachteiligung konfrontiert sind (11), stehen den anderen weitreichende Privilegien offen – die sie allerdings nicht vor prekären Aspekten auf der sozialen und emotionalen Ebene schützen. Selbstverständlich lassen sich diese Aspekte ausblenden, um den Nomaden als Denkfigur in einem ahistorisch, entpolitisierten Theoriehabitat zu bewahren und in Dienst zu nehmen. Doch wie weit trägt dies zum heutigen Zeitpunkt noch? Deleuze und Guattari haben ihren Nomaden einst als subversive Figur in Opposition zum hegemonialen (französischen) Nationalstaat entworfen. Das ist inzwischen fast vierzig Jahre her. Als zentraler Referenzrahmen und Reibungspunkt hat der Nationalstaat im Zuge von Globalisierung, europäischer Integration und Neoliberalisierung seither viel von seiner damaligen Macht und Bedeutung eingebüßt. Zugleich haben Grenzüberschreitung, Subjektivierung, Flexibilität und Mobilität ihr subversives Potenzial verloren und sind zur gesamtgesellschaftlichen Norm geworden.

Der Theorienomade leistet heute keinen Widerstand mehr, er schwimmt mit dem Strom beziehungsweise diesem voraus. Mir scheint es daher an der Zeit, sich von ihm als Projektionsfläche und Leitfigur zu verabschieden und stattdessen die Aufmerksamkeit auf die Entwicklung neuer theoretischer Zugänge, konzeptioneller Kategorien und differenzierender Begrifflichkeiten zu richten. Die empirisch fundierte Nomadismusforschung kann uns dabei helfen, den konzeptionellen Blick für die komplexen Zusammenhänge zwischen Mobilität, Ökologie, Ökonomie, Raumpolitik und Sozialgefüge zu schärfen. Eine differenzierende Mobilitätsforschung des 21. Jahrhunderts muss in ihrer Theoriebildung und empirischen Ausrichtung unterschiedliche mobile Realitäten berücksichtigen und den Blick gezielt auf Ungleichheiten richten, die die Mobilität einzelner Menschen oder Gruppen beeinflussen beziehungsweise durch Mobilität entstehen (vgl. Manderscheid 2009). Dabei gilt es, einen kritischen analytischen Abstand zu den Mobilitätsfiguren zu wahren, die von Wirtschaft und Politik aufs Podest gehoben werden.

* Dieser Text ist eine geringfügig bearbeitete Wiederveröffentlichung des Originals vom 15.06.2016 auf: *Aus Politik und Zeitgeschichte/bpb.de* (APUZ 26-27/2015).

Anna Lipphardt ist Juniorprofessorin an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg am Institut für Volkskunde und Leiterin der Forschungsgruppe *Cultures of Mobility in Europe* (COME).

Anmerkungen:

- (1) Der vorliegende Beitrag greift auf meine Überlegungen zur Figur des Nomaden im Kunstbereich und in der Tourismusforschung zurück (vgl. Lipphardt 2014a & 2014b: 134f.)
- 2) Bereits in den 1970er Jahren erschien Hennessey/Papanek (1973) die bald als Designklassiker galten.
- 3) Vgl. auch dies. (2002): *Travelling Concepts in the Humanities. A Rough Guide*. Toronto: Green College Lecture Series.
- 4) Vgl. auch Scholz (1995).
- 5) Eine gute phänomenologische Einführung bietet auch Khazanov (1994).
- 6) Für frühere Bezugnahmen auf das Nomadische in der angloamerikanischen Sozialtheorie vgl. Cresswell (1997).
- 7) Eine weitere ideengeschichtlich ausgerichtete Kritik findet sich bei Pels (1999).
- 8) Zur Zirkulation des Nomadischen in Kunsttheorie und Ausstellungspraxis vgl. Haehnel (2006).
- 9) Für eine kritische Skizze dieser Entwicklung vgl. Boltanski/Chiapello (2002). Zur (unkritischen) Popularisierung dieser Lesart hat der Wirtschaftsautor und Unternehmensberater Richard Florida maßgeblich beigetragen, vgl. ders. (2002).
- 10) Die Mobilitätsmöglichkeiten für Künstlerinnen und Künstler aus anderen Regionen als der EU sind dem gegenüber weitaus beschränkter. Dies gilt insbesondere in Ländern, die mobile Freizügigkeit und künstlerische Freiheit einschränken, wie die prominenten Fälle des chinesischen Aktionskünstlers Ai Weiwei oder des iranischen Filmmachers Jafar Panahi deutlich machen, die ihre Heimatländer nicht verlassen dürfen. Oder der Fall von Salman Rushdie, der viele muslimische Länder aufgrund der dort gegen ihn verhängten Fatwah nicht mehr besuchen kann.
- 11) Viele Angehörige von Gruppen, die traditionell mobile Lebens- und Arbeitsarrangements praktizieren oder denen diese zugeschrieben werden, leiden darüber hinaus unter der rassistischen Essentialisierung ihrer tatsächlichen oder imaginierten Mobilität – auch innerhalb der EU (vgl. Drakakis-Smith 2007; Acuña 2015).

Acuña, Esteban C. (2015): *The Racialization of Nomadism. Provincializing 'Sedentarism' by Tracing Trans-Atlantic Romani Mobilities*. In: *Transfers* 5/3 (i.E.).

Albrecht, Donald/Elizabeth Johnson (2002): *New Hotels for Global Nomads*. London/New York: Merrell Publishers.

Attali, Jaques (2008): *Die Welt von Morgen. Eine kurze Geschichte der Zukunft*. Berlin: Parthas.

Bal, Mieke (2002): *Kulturanalyse*. Frankfurt a. M: Suhrkamp.

Berland, Joseph/Aparna Rao (Hg.) (2004): *Customary Strangers. New Perspectives on Peripatetic Peoples in the Middle East, Africa, and Asia*. Westport: Praeger.

Bianchi, Paolo (1991): *Der Künstler, Narr und Nomade*. In: *Kunstforum International* 112, 98–132.

ders. (Hg.) (1997): *Atlas der Künstlerreisen*. Köln: Kunsforum.

Boltanski, Luc/Ève Chiapello (2002): *Der neue Geist des Kapitalismus*. Konstanz: UVK.

Bousiou, Pola (2008): *The Nomads of Mykonos. Performing Liminalities in a 'Queer' Space*. New York: Berghahn.

Braidotti, Rosi (1994): *Nomadic Subjects. Embodiment and Sexual Difference in Contemporary Feminist Theory*. New York: Columbia University Press.

Calkins, Sandra/Jörg Gertel (2011): *Einleitung*. In: dies. (Hg.): *Nomaden in unserer Welt*. Bielefeld: transcript.

Canzler, Weert et al. (Hg.) (2008): *Tracing Mobilities. Towards a Cosmopolitan Perspective*. Aldershot/Burlington: Routledge.

Ciolfi, Luigina/Aparecido Fabiano Pinatti de Carvalho (2014): *Work Practices. Nomadcity and the Mediatonal Role of Technology*. In: *Computer Supported Cooperative Work (CSCW)* 23/2, 119–136.

Cresswell, Tim (1997): *Imagining the Nomad. Mobility and the Postmodern Primitive*. In: Georges Benko/Ulf Strohmayer (Hg.): *Space and Social Theory*. Oxford: Blackwell Publishers, 360–379.

D'Andrea, Anthony (2007): *Global Nomads. Techno and New Age as Transnational Countercultures in Ibiza and Goa*. London/New York: Routledge.

Deleuze, Gilles/Felix Guattari (1980): *Traité de nomadologie. La machine de guerre*. In: dies., *Mille Plateaux. Capitalism et schizophrénie II*. Paris: Les Éditions de Minuit, 434–527 (dt. Ausgabe: (2003): *Abhandlung über Nomadologie. Die Kriegsmaschine*. In: dies., *Tausend Plateaus. Kapitalismus und Schizophrenie II*. Berlin: Merve, 481–584).

Drakakis-Smith, Angela (2007): *Nomadism a Moving Myth? Policies of Exclusion and the Gypsy/Traveller Response*. In: *Mobilities* 2/3, 463–487.

Florida, Richard (2002): *The Rise of the Creative Class. And How It's Transforming Work, Leisure, Community and Everyday Life*. New York: Basic Books.

Flusser, Vilém (1990): *Nomaden*. In: Horst Gerhard et al. (Hg.): *Eine Nomadologie der Neunziger. Ein literarisches Forum des Steirischen Herbstes*, Bd. 1, Graz: Droschl, 13–38.

Foucault, Michel (2000): *Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit*. Berlin: Merve.

Gebhardt, Winfried/Ronald Hitzler (Hg.) (2006): *Nomaden, Flâneure, Vagabunden. Wissensformen und Denkstile der Gegenwart*. Wiesbaden: VS.

Haehnel, Birgit (2006): *Regelwerk und Umgestaltung. Nomadische Denkweisen in der Kunstwahrnehmung nach 1945*. Berlin: Reimer.

Hayden, Robert (1979): *The Cultural Ecology of Service Nomads*. In: *The Eastern Anthropologist* 32/4, 297–309.

Hardt, Michael/Antonio Negri (2002): *Empire. Die neue Weltordnung*. Frankfurt a. M.: Campus.

Hennessey, James/Victor Papanek (1973): *Nomadic Furniture 1*. New York: Pantheon Books.

dies. (1974): *Nomadic Furniture 2*. New York: Pantheon Books.

Kaplan, Caren (1996): *Questions of Travel. Post-modern Discourses of Displacement*. Durham/London: Duke University Press.

Khazanov, Anatoly (1994): *Nomads and the Outside World*. 2. Ausgabe, Madison: University of Wisconsin Press.

Klanten, Robert et al. (2015): *The New Nomads. Temporary Spaces and a Life on the Move*. Berlin: Gestalten.

Lipphardt, Anna (2014a): *Auf den Spuren des Neuen Nomaden. Zur Karriere einer Figur in Kulturtheorie, Tourismusforschung und Backpacker-Szene*. In: *Voyage. Jahrbuch für Reise- und Tourismusforschung*. 202–217.

dies. (2014b): *The Nomadic Artist. Three Reasons to Say Good-bye to a Fantasy*. In: *Solitude Yearbook* 12, 134f.

Manderscheid, Katharina (2009): *Unequal Mobilities*. In: Timo Ohnmacht et al. (Hrsg.): *Mobilities and Inequality*. Aldershot: Routledge, 27–50.

Miller, Christopher (1993): *The Postidentitarian Predicament in the Footnotes of A Thousand Plateaus*. *Nomadology, Anthropology, and Authority*. In: *Diacritics* 23/3, 6–35.

Nippa, Annegret (2011): *Nomaden*. In: dies. (Hg.): *Kleines Abc des Nomadismus*. Hamburg, 138f.

Pels, Dick (1999): *Privileged Nomads On the Strangeness of Intellectuals and the Intellectuality of Strangers*. In: *Theory, Culture, Society* 16/1, 63–86.

Rao, Aparna (Hg.) (1997): *The Other Nomads. Peripatetic Minorities in Cross-Cultural Perspective*. Köln/Wien: Kölner ethnologische Mitteilungen Bd. 8.

Salo, Matt T. (1986): *Peripatetic Adaptation in Historical Perspective*. In: *Nomadic Peoples* 21–22, 7–35.

Schneemann, Peter (2010): *„Miles and More“. Welterfahrung und Weltentwurf des reisenden Künstlers in der Gegenwart*. In: Alexandra Karentzos et al. (Hg.): *Topologien des Reisens. Tourismus – Imagination – Migration*. Trier: Bibliothek der Universität Trier, 80–89.

Scholz, Fred (2004): *Nomads/Nomadism in History*. In: Neil J. Smelser/Paul B. Baltes (Hg.): *International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences*. Amsterdam: Palgrave, 10650–10655.

dies. (1995): *Nomadismus. Theorie und Wandel einer sozioökologischen Kulturweise*. Stuttgart: Franz Steiner.

Standing Committee for the Dana Declaration (2002): *Dana Declaration Publicity Booklet*. Wadi Dana.



Verschiebebahnhof beim Albarner Hafen (analog). Foto: David Tiefenthaler

MOBILITÄT & VORURTEIL

Das Stigma des ‚Umherziehens‘

Birgit Peter

Die verborgene Seite des so euphorisch verwendeten Mobilitätsbegriffs zeigt sich im historisch tradierten, sich je nach gesellschaftlichen Verhältnissen anpassenden Vorurteil gegen Nicht-Sesshaftigkeit, das im Antiziganismus oder Antiromaismus seinen rassistisch motivierten Gipfelpunkt findet (vgl. End 2013: 4). Der Politologe Markus End arbeitet drei zentrale Kategorien antiziganistischer Vorurteile heraus:

„1. Die Zuschreibung einer fehlenden Identität, die sich in Vorurteilen wie ‚Nomadentum‘, ‚Heimatlosigkeit‘, ‚Religionslosigkeit‘ und ‚ständigem Umherziehen‘ ausdrückt. 2. Die Zuschreibung eines parasitären Verhaltens, die sich in Vorurteilen wie ‚Betteln‘, ‚Trickbetrug‘, ‚Arbeitsscheu‘ und ‚Sozialmissbrauch‘ zeigt. 3. Stereotype, die die Zuschreibung fehlender Disziplin und Rationalität beinhalten, wie die Vorstellungen von ständigem ‚Tanz‘, ‚impulsiver Musikalität‘, ‚feuriger Leidenschaft‘ sowie ‚Schmutz und Müll‘“ (End 2013: 4).

Diese Beschreibung findet sich historisch im Vorurteil gegen ‚Fahrende Leute‘, eine zeitlich unscharfe Bezeichnung, die um 1900 als Sammelbegriff für die historisch im Mittelalter verortete Gruppe umherziehender Menschen verwendet wurde. Hier nach Anfängen zu suchen, erweist sich als komplexes Vorhaben, da umherziehende Menschen, die ihre Existenz mit bspw. Unterhaltungen bestreiten, ein universelles Phänomen darstellen. Zahlreiche Benennungen wie ‚Fahrende Leute‘, ‚Fahrend Volk‘, ‚Vagabunden‘ verweisen auf heterogene Gruppen für die ein gemeinsamer Begriff gesucht wurde, um diese kontrollierbar zu machen. Das Gemeinsame ist dabei die Mobilität und ein prekärer gesellschaftlicher Status. Um 1900 lässt sich im deutschsprachigen Raum wissenschaftliches Interesse an der Geschichte Fahrender Leute nachweisen. Wichtige Belege bilden die Studien des Germanisten und Kunsthistorikers Theodor Hampe, der 1902 das Buch *Die fahrenden Leute in der deutschen Vergangenheit*, mit der Ambition einen Beitrag zur deutschen Kulturgeschichte zu leisten, veröffentlichte. Hampes Arbeit

entspringt dem Anspruch Geschichte, historischer Randgruppen zu schreiben. Als Mitarbeiter des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg hatte er mit diesem Vorhaben auch den Status des historiographischen Kanons mitzubestimmen. Seine Definition geht vom Sprachgebrauch um 1900 aus, in dem Fahrende Leute als altmodischer, doch noch bekannter Begriff von Hampe ausgewiesen wird, dessen Historie auf gesellschaftliche Distinktionsprozesse verweist (vgl. Hampe 1902: 6). Die romantische Literatur und davon geprägte Wissenschaft allerdings, so Hampe,

„hat das ‚fahrende Volk‘ mit einem verklärenden Schimmer umkleidet, der dem ‚Landstreicher‘ nicht in gleicher Weise zu teil geworden ist. Und doch bezeichnen beide Begriffe im Grunde dasselbe, nämlich, die ohne festen Wohnsitz im Lande umherstreichenden, von Ort zu Ort wandernden Leute, und die frühere Zeit wendet den Ausdruck ‚Landstreicher‘ oder ‚Landfahrer‘ in gleicher Weise für die wandernden Ärzte oder Quacksalber, Händler, Musikanten, Gaukler usw. an. Heute würden sich die Schaubudenbesitzer unserer Jahrmärkte wohl dagegen verwahren, wenn man sie ‚Landstreicher‘ titulieren wollte: zum ‚fahrenden Volk‘ gerechnet zu werden, lassen sie sich eher gefallen“ (Hampe 1902: 6).

Der angesprochene romantische Schimmer bezieht sich auf die Fertigkeiten der ‚Fahrenden‘, die als künstlerische ausgewiesen werden. Spielleute auf Deutsch, jocalatores auf Latein und Jongleurs auf Französisch, werden zu historischen Vorläufern darstellender Künstler. Es handelt sich dabei um nachträgliche Bewertungen der Historie Nicht-Sesshafter, die sich im 19. Jahrhundert als ‚Wissen‘ verfestigt. Ein prägnantes Beispiel für diesen Nobilitierungsvorgang bildet dabei die *Geschichte der deutschen Schauspielkunst* des Schauspielers Philip Eduard Devrient. Er schrieb diese als eine Entwicklungs- und Fortschrittsgeschichte der vormals wandernden Truppen hin zum Schauspieler als Künstler, dessen Ort die bildungsbürgerliche Theaterinstitution wird. Bei diesem Vorgang als Künstler anerkannt zu werden bildet

ein wesentliches Kriterium dem Ruch der Nicht-Sesshaftigkeit zu entkommen. Ebenso bedeutsam ist die Professionalisierung des Existenzerwerbs im bürgerlichen Sinne, die Erfindung des künstlerischen Berufs Schauspieler/in. Diese Anpassung der Schauspieler/innen an die bildungsbürgerliche gesellschaftliche Norm, erlaubte eine Neubewertung der nach wie vor nicht-sesshaften Lebenspraxis. Das vormals scheel bewertete Reisen wandelt sich zu einem Ruhm und Glanz verheißenden Reisen, als Gastspielen und Tourneen, ein kalkulierbares Abenteuer. Doch diejenigen, denen der Ruhm, attraktive Spielorte etc. verwehrt bleiben, galten als ‚Schmierenkomödianten‘, als ‚Nicht-Künstler‘. Diese Etablierung von Theaterleuten vor allem seit dem 18. Jahrhundert als Künstler, hängt unmittelbar mit der Befreiung vom Stigma des Umherziehens zusammen.

Hampes Geschichte der Fahrenden Leute beinhaltet eine bemerkenswerte Zäsur: Nach Abhandlungen über Spielleute, Vaganten und Fahrende im ‚Hohen Mittelalter‘ (vgl. Hampe 1902: 18–52) folgt unter der Überschrift „Gewaltige Zunahme des Bettlerunwesens“ (ebd.: 64) eine Geschichtsschreibung der ‚Zigeuner‘. Hampe wertete dabei das anonym um 1509 erstmals erschienene *Liber vagatorum* von Matthias Hütlin aus, ein Buch über die verschiedenen ‚betrügerischen Bettler‘. Die Chronik des Lübecker Dominikanermönches Hermann Cornerus (um 1435) und die *Bayerische Chronik* des Augustinermönches Andreas von Regensburg (um 1401–1444) sind die beiden weiteren Quellen der historischen Abhandlung. Hampe übernimmt diese Geschichtsschreibung als historische Realität:

„Das Jahr 1417 ist das erste, für das uns das Auftreten von Zigeunern auf deutschem Boden bezeugt ist. Die Chronik Hermann Corner [...] berichtet zu diesem Jahre, daß eine fremde und vorher nie gesehene Menge wandernder Menschen aus den östlichen Gegenden nach Deutschland gekommen sei“ (ebd.: 77f.).

Die in den Chroniken in der Folge aufgezeichneten Bewertungen und Kategorisierungen dieser Menschengruppen reduzieren sich auf ‚rastloses Umherziehen‘ und ‚betrügerisches Agieren‘.

Mit der Erfindung von Zirkus um 1800 in den europäischen Metropolen Paris, London und Wien entstand allerdings neben den (National-)Theatern ein weiterer Sammlungsort für die umherziehenden Unterhaltungskünstlerinnen und

-künstler. Auch der Zirkus hatte seine Geschichtsschreiber, doch diese sind nicht in den Kanon ‚seriöser‘ Geschichtsschreibung aufgenommen worden, Zirkus nicht als Kunst anerkannt. Es sind hier für den deutschsprachigen Raum zu nennen: Karl Holtei, Emil Vacano, Signor Saltarino (d.i. Otto Waldemar), Signor Domino (d.i. Emil Cohnfeld) und Joseph Halperson. Die Arbeiten dieser Zirkushistoriographen und Chronisten sind wichtige Quelle für das Leben und die Tätigkeiten Fahrender, wichtige Quelle für die Überlebentechnik Artistik. Zirkushistoriographen widmeten sich der bis dahin nicht aufgezeichneten Geschichte umherziehender Menschen, als ‚Fahrend Volk‘, ‚Saltimbanque‘ und ‚Wanderkünstlerwelt‘ bezeichnet. Es ist bemerkenswert, dass sich in der genannten Zirkusliteratur eine Differenzierung positiv und negativ bewerteter mobiler Lebenspraxis findet, ganz analog zur Theaterhistoriographie, die zwischen den Schauspielern als Künstlern und Schmierenkomödianten unterscheidet. So schreibt der Wiener Zirkushistoriker Joseph Halperson 1927:

„Welcher Abstand von den kümmerlichen Zuständen der Vergangenheit, dem sozial gedrückten, im Banne gesellschaftlicher Vorurteile lebenden vormaligen Gaukler zu dem selbstbewussten Artisten von heute! Noch gibt es natürlich zigeunernde Truppen ‚Publikspieler‘, die auf Jahrmärkten und Kirchweihen unter freiem Himmel ihre primitiven Künste in ärmlicher Umgebung zum Besten geben, Nachkommen jener Mittelalterlichen Bankisten. Sie sind die Plebs der Wanderkünstlerwelt, deren begabte und geschäftstüchtige Angehörige in komfortablen, tausende von Zuschauern fassende Etablissements auftreten, in großen Wandergesellschaften engagiert sind, die mit einem vielgegliederten Apparat an Menschen, Tieren, Requisiten in Extrazügen den Erdball durchqueren“ (Halperson 1926: 10).

Halperson, dessen *Buch vom Zirkus* den nicht-geachteten Zirkusleuten ein Denkmal setzte, arbeitet mit denselben Vorurteilen gegen Nicht-Sesshafte, gegen die er doch anschreiben wollte. Die ‚zigeunernden Truppen‘, die er hier diffamiert, zeichnen sich durch Armut aus, ihre artistischen Produktionen werden als ‚primitive Kunst‘ bezeichnet. Im Nationalsozialismus lässt sich eine besonders perfide Wortklauberei in Zusammenhang mit antiziganistischen Vorurteilen gegen ‚Fahrende Leute‘ feststellen. Im 1937 erschienen Buch *Manege frei!* von Hermann Dembeck findet sich folgendes Zitat:

„Die Fahrenden haben irgendwann einmal den Begriff des Zirkuszigeuners erfunden. Mit dem Zigeunervolk hat dieser Begriff nichts zu tun. Zigeuner, jene Angehörige des nomadisierenden Volkes, haben bei den Fahrenden nichts zu schaffen. Kein Wanderzirkus würde einen wirklichen Zigeuner auch nur einen Tag beschäftigen. Zur Arbeit sind diese Vaganten der Landstraße aller Völker der Erde nicht brauchbar, und Roßtäuscher oder Wahrsager braucht man nicht einmal im kleinsten Freiluftzirkus“ (Dembeck 1937: 114).

Um 1937 wurden in Sammellagern Menschengruppen zusammengepfercht, die als ‚Zigeuner‘ vermessen, kategorisiert und ethnisiert wurden. Mit der Ethnisierung Umherziehender als ‚wirkliche Zigeuner‘ oder ‚nomadisierendes Volk‘ will Dembeck gegen das gesellschaftlich tief verankerte Vorurteil gegen Fahrende Leute anschreiben, dabei aber auf die romantisierende Aura des Wortes Zigeuner nicht verzichten.

Reisenden Zirkusleuten haftet bis heute (vor allem in Österreich) ein sich romantisierend oder verächtlich artikulierendes Vorurteil gegen ihre Lebenspraxis an. Gastiert ein Wanderzirkus an der Peripherie einer Stadt wie Wien, finden sich in kürzester Zeit Nachrichten über entlaufene Lamas in Medien, Tierschutzdebatten, die den Zirkusleuten, Quälerei und Profitgier unterstellen, eine Gesetzesübertretung suggerieren. Dies wird nicht beachtet, da es sich um eine inzwischen sehr kleine Gruppe von Menschen, handelt. Auf die größte nicht-sesshafte Gruppe der Gegenwart, die Refugees, wird zurzeit das gesamte Spektrum des antiziganistischen Vorurteils projiziert.

Mobilität wird in einer neoliberal ausgerichteten Gesellschaft als hoher Wert angesehen. Mobilität von Studierenden und Lehrenden gilt als Grundvoraussetzung gelungener oder gelingender akademischer Karrieren, ebenso wie in privatwirtschaftlichen Karrierewegen. Vielsprachigkeit und Flexibilität, die Bereitschaft private Lebenswünsche den höheren Zielen eines Arbeitgebers/einer Arbeitgeberin unterzuordnen wird als ausgezeichnete Voraussetzungen für die Erlangung gutbezahlter Jobs erwartet. Mobilität zeichnet sich durch eine gewisse Freiwilligkeit aus, aber auch durch den gesellschaftlichen Konsens, dass es sich hier um einen Wert handle. Unfreiwillige Mobilität, erzwungene, wie Flucht und Migration, oder aber dem gesellschaftlichen Konsens zuwiderlaufende Lebensentwürfe

führen zur Stigmatisierung von ‚Nicht-Sesshaftigkeit‘ und ‚Umherziehen‘, die einen Ausschluss aus der (neoliberalen) Gesellschaft zur Folge hat.

Birgit Peter hat sich mit einer Arbeit über Zirkus für Theaterwissenschaft habilitiert und ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Leiterin des historischen Archivs am Institut für Theater-, Film- und Medienwissenschaft der Universität Wien.

End, Markus (2013): *Was ist Antiziganismus?* In: *Antiziganismus in Österreich. Dokumentation rassistischer Vorfälle gegen Roma/Romnja und Sinti/Sintize. Informationen über Opfer und ZeugInnen von Rassismus*. Romano Centro, Sonderheft 78., Dezember 2013, S. 4–5.

Dembeck, Hermann (1937): *Manege frei! Mit Zeichnungen von Heinz Rammelt*. Berlin: Buchmeister.

Devrient, Eduard (1861): *Geschichte der deutschen Schauspielkunst*. 9 Bde., Bd. 4: *Das Hoftheater*. Leipzig: hg.v. J. J. Weber (= Dramatische und Dramaturgische Schriften von Eduard Devrient 8).

Halperson, Joseph (1926): *Das Buch vom Zirkus. Beiträge zur Geschichte der Wanderkünstlerwelt*. Düsseldorf: Ed. Lintz.

Hampe, Theodor (1902): *Die fahrenden Leute in der deutschen Vergangenheit. Mit 122 Abbildungen und Beilagen nach Originalen, größtenteils aus dem fünfzehnten bis achtzehnten Jahrhundert*. Leipzig: Eugen Diederichs (= Monographien zur deutschen Kulturgeschichte hg.v. Georg Steinhausen X).

CIRCUS MOBILITIES

Zwischen Alltag und Projektion

Elena Lydia Kreusch

Abseits vom traditionellen ‚Artisten, Tiere, Attraktionen‘, und fernab von Familienbetrieben und dem Tingeln im Wohnwagen, wie dies dem traditionellen Zirkus zugeschrieben wird, ist der zeitgenössische Zirkus in seiner heutigen Form eine hoch differenzierte, performative Kunstform mit spezifischen Lebens- und Mobilitätsrealitäten (1): Der europäische zeitgenössische Zirkus entwickelte sich Mitte der 1990er Jahre aus der Tradition früherer, weiterhin fortbestehender Zirkusformen und verweist auf Verschiebungen in Inhalt, Ästhetik und sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen.

Einen zentralen Aspekt dieser Entwicklung stellt die Auflösung des Synonyms von Zirkus und zirkulärem Bühnenraum dar (2). Dies lässt sich am Beispiel Frankreichs aufzeigen, wo heute nur mehr 23,7 Prozent der zeitgenössischen Zirkuskompanien über ein Zirkuszelt verfügen (vgl. David-Gibert 2006: 38) und der Großteil der Künstler*innen auf Theaterbühnen und Festivals zuhause ist. Auch die fortschreitende Auflösung von Familienverbänden welche mit der Eröffnung der ersten öffentlich zugänglichen Zirkusschulen im Frankreich der '70er Jahre begann (vgl. Hivernat/Klein 2010: 18), trägt zur Verschiebung spezifischer Lebensrealitäten, der oft selbständig arbeitenden Künstler*innen des zeitgenössischen Zirkus bei.

Im vorliegenden Artikel sollen die Mobilitätsmodi zeitgenössischer Zirkuskünstler*innen in den Blick genommen werden. Es ist nicht das Ziel des Artikels eine Dichotomie zwischen traditionellen und zeitgenössischen Zirkusrealitäten zu suggerieren oder Mischformen und abweichendes Erleben zu negieren. Vielmehr geht es darum, Alltagsrealitäten einer großen Anzahl von zeitgenössischen Künstler*innen zu beleuchten und deren Umgang mit den (emotionalen) Herausforderungen dieses Lebensstils zu hinterfragen (3).

Für ein besseres Verständnis der spezifischen Mobilitätsrealitäten von zeitgenössischen Zirkusartist*innen, scheint es sinnvoll, zunächst die ökonomischen Funktionsweisen in den Blick zu nehmen, welche die Zirkusform von anderen abgrenzt.

Ökonomische Rahmenbedingungen und Mobilitätsmodi

Traditionelle Zirkusse sehen sich mit vergleichsweise hohen Investitionskosten konfrontiert: Es müssen Zelt, Tribüne, Licht- und Tontechnik, Transport-LKWs und Wohnwagen angeschafft werden. Laufende Kosten beinhalten neben Künstler*innen-Gagen unter anderem Heizungs- und Wartungskosten, Kosten für Kraftstoff und Versicherungen etc. (vgl. David-Gibert 2006: 58). Es wird in der Regel mit den Städten und Gemeinden über die Nutzung von Stellplätzen und Infrastruktur verhandelt und eine entsprechende Gebühr entrichtet (vgl. ebd.: 99ff). Schätzungen zufolge muss ein Zirkusunternehmen für die Produktion einer Show im Zirkuszelt rund 50 Prozent mehr finanzielle Ressourcen aufwenden, als für die Produktion einer Show im Saal, wo die Kosten für Infrastruktur und technisches Personal bereits größtenteils von den Spielstätten selbst abgedeckt sind (vgl. Quentin 2008: 16). Im traditionellen Zirkus besteht darüber hinaus ein direkter Zusammenhang zwischen der Anzahl verkaufter Tickets (und Merchandise) und der Deckung der Fixkosten. Der Druck genügend Zuschauer*innen akquirieren zu müssen, steht hier jedoch in einem Spannungsverhältnis zu strukturellen Hürden mit denen sich die traditionellen Zirkusunternehmen konfrontiert sehen: Mit einigen Ausnahmen, werden die Zirkusse immer weiter an den Stadtrand gedrängt. Teils lässt die moderne Stadtplanung immer weniger offene Plätze zu, welche mit großen Lastwagen zugänglich wären. Teils scheinen Vertreter*innen der Stadt weniger bereit für Verhandlungen um Stellplätze. Eine dezentrale Lage macht es den Zirkusunternehmen schwerer, Publikum zu gewinnen. In vielen Stadtgebieten gibt es darüber hinaus Verbote für das Aufhängen von Reklame-Postern und somit müssen teuer Werbeflächen angemietet werden, um ein breites Publikum zu erreichen. Im zeitgenössischen Kontext hingegen kommt ein anderes ökonomisches Prinzip zum Tragen, welches sich an die

institutionalisierte Tanz- und Theaterwelt anlehnt: Die zeitgenössischen Kompanien sind in ihrer Mehrzahl als Vereine organisiert und beziehen in vielen Ländern öffentliche Förderungen. Shows werden für einen im Vorhinein vereinbarten Preis direkt an Festivals und Spielstätten verkauft, dieser ist vollkommen unabhängig von tatsächlich erreichten Publikumszahlen. Die Spielstätten integrieren die Shows in ihr laufendes Programm und übernehmen die Kommunikation nach außen (vgl. David-Gibert 2006: 103ff.).

Diese unterschiedlichen Produktionsbedingungen wirken sich auch stark auf die jeweiligen Reiserealtäten von Zirkuskünstler*innen aus: Traditionelle Zirkusse planen ihre Routen eigenverantwortlich und streben häufig ein zirkuläres Reisemuster an. Sie schlagen ihre Zelte in regelmäßigen Abständen in den selben Städten auf um so ein Stammpublikum an sich zu binden und den Werbeaufwand zu minimieren. Auch erfordert das Reisen auf dem Landweg mit LKWs und ggf. Tiertransportern eine geographisch effiziente Route.

Hingegen folgt die Reiselogik zeitgenössischer Zirkusartist*innen einzig der Nachfrage der Festivals und Spielstätten ohne große Rücksicht auf geographische Distanzen: Effiziente Transportmittel und die vergleichsweise kürzere Zeit, welche für den Auf- und Abbau in bereits feststehenden Bühnenräumen benötigt wird, erlauben es zeitgenössischen Zirkuskünstler*innen bspw. an zwei aufeinander folgenden Tagen an zwei geografisch entfernten Orten aufzutreten. Es ist überaus selten, mit ein und derselben Show mehrmals hintereinander auf demselben Festival eingeladen zu werden. Mit anderen Worten: Die Routen der Künstler*innen variieren ständig und sind nur schwer vorauszusagen. Lipphardt spricht im Zusammenhang künstlerischer Mobilität daher häufig von ‚fragmentiertem‘ Reisen (vgl. 2015: 36). Diese Art des Reisens wirft darüber hinaus ökologische Fragen auf, welche innerhalb der Diskurse um künstlerische Mobilität nur selten tiefgehender thematisiert werden.

Der mobile Lebensstil von Zirkuskünstler*innen wird gemeinhin romantisiert: Ein aufregendes Abenteuerleben zwischen internationalen Metropolen wie Paris, London und Madrid. Jedoch wird am Beispiel des zeitgenössischen Zirkus deutlich, dass die reisenden Künstler*innen nur selten etwas von den Städten, in denen sie auftreten, sehen und Zeit haben die Menschen die sie dort treffen, wirklich kennen zu lernen. Frédéric Arsenaux, zeitgenössischer Zirkuskünstler beschreibt dies so: „Unser Alltag besteht

aus ständig wechselnden Flughäfen, Hotelzimmern und Bühnenräumen.“ Im überspitzten Sinne werden die zeitgenössischen Zirkuskünstler*innen also von einem Ort zum nächsten ‚teleportiert‘ – ohne die Möglichkeit zu haben, diese räumlich oder kulturell zu kontextualisieren. Dennoch soll hier nicht der Eindruck entstehen, die Künstler*innen seien diesen Mobilitäts- und Marktmechanismen hilflos ausgeliefert. Zwar haben nur wenige die finanziellen Mittel, lukrative Aufträge ablehnen zu können, jedoch werden subtile Widerstandsstrategien entwickelt, um Freiräume zu schaffen. Einige Künstler*innen bestehen auf eine Mindestregelung bei Buchungen (bspw. müssen mindestens zwei aufeinander folgende Shows am selben Ort gebucht werden, damit ein Vertrag zustande kommen kann), andere schreiben niedrige Publikumszahlen vor, um so die Veranstalter zur Buchung mehrerer Shows zu bewegen. Wiederum andere konzipieren mächtige Bühnendekors, welche zusätzliche Auf- und Abbautage vor Ort erfordern oder sogar das Reisen auf dem Landweg erforderlich machen. Diese Entschleunigungsstrategien wirken sich direkt auf Mobilitäts-Rhythmen aus und können beispielsweise dazu führen, den Aufenthalt an der jeweiligen Spielstätte zu verlängern oder den Akt des Reisens und die Umgebung bewusster zu erleben.

Doch nicht nur die zeitgenössischen Reisemodi unterscheiden sich von traditionelleren Formen der Zirkusmobilität, auch die Aufenthalte selbst sind anders: Traditionelle Zirkusse reisen mit Zelt und Wohnwagen. Wo sie sich niederlassen, errichten sie ein kleines Dorf: Jeder Wohnwagen hat seinen bestimmten Platz, die Künstler*innen haben ihren eigenen abgetrennten Raum und doch leben alle zusammen als Gemeinschaft. Die Wege vom Wohnwagen zum Zelt sind kurz und durch die Umzäunung des Geländes scheint es, als reise ihr Zuhause (4) und ihr Territorium mit ihnen – wohin auch immer sie fahren.

Die Künstler*innen des zeitgenössischen Zirkus’ hingegen übernachten in getrennten, meist von der Spielstätte entfernten Hotelzimmern. Somit müssen Team-Besprechungen oder Momente der Geselligkeit immer schon im Vorhinein geplant werden; all das kostet Zeit und Energie und verkompliziert die persönliche Lebenssituation: „Egal wohin ich gehe, ich kann niemals jemanden ‚zu mir‘ einladen, ich bin immer selbst Gast und meist in Orten, mit denen ich mich nicht verbunden fühle“ (Frédéric Arsenaux, zeitgenössischer Zirkuskünstler).

Ähnliches gilt für die Aufführungssituation selbst: Ein Publikum in ein Zirkuszelt einzuladen bedeutet das Publikum in die eigene Welt zu lassen. Das Zelt ist ein bedeutungsvoller Ort, ist ein intimer Raum der Künstler*innen. Sie kennen jeden Zentimeter auswendig, verbringen den Großteil ihres Alltags hier und sind nicht auf die Hilfe externer Personen oder Mittler*innen angewiesen. Dadurch ist der Austausch mit dem Publikum ein direkter. Für einen Moment haben die ‚mobilen Subjekte‘ Hausrecht und im Gegenzug wird die lokale Bevölkerung zum Gast.

Im Kontext des zeitgenössischen Zirkus sind es vor allem die Künstler*innen die zu Gäste werden: Sowohl Lebens- als auch Bühnenräume werden nur temporär zur Verfügung gestellt und müssen von den Künstler*innen ständig neu entdeckt werden. So sind die Dimensionen der Bühnen bspw. nie identisch. Die Vorhangaufhängung, die Möglichkeiten des Bühnenauf- und -abgangs, die Ausstattung des Backstage-Bereichs, die Anordnung des Publikumsraums – alles ist ständig neu und fördert eine Abhängigkeit zum technischen Personal vor Ort. In einem Theaterhaus zu spielen, bedeutet somit das Spielen in fremdem Territorium: Sowohl die Künstler*innen als auch das Publikum sind hier zu Gast, während das Theaterhaus als intermediär fungiert.

Soziales Umfeld und Gefühle von Zugehörigkeit

Am Beispiel des Zirkus lässt sich beobachten, wie die vermeintlichen Grenzen zwischen ‚persönlich‘ und ‚beruflich‘, ‚privat‘ und ‚öffentlich‘ durch den Akt des Reisens verschwimmen. Dennoch hat die Mehrzahl der zeitgenössischen Zirkuskünstler*innen eine Wohnung, welche als klarer Ankunfts- und Abreisepunkt fungiert und als ‚zu Hause‘ definiert wird, wie Marianna de Sanctis, zeitgenössische Zirkuskünstlerin, ausführt: „Für mich ist ‚zu Hause‘ wo all meine Dinge sind, wo ich kochen kann und wo ich andere einladen kann.“

Viele der Künstler*innen verbringen jedoch weniger als 20 Prozent des Jahres in ihrer Wohnung, was bei vielen zu emotionaler Belastung zu führen scheint. Das überraschend binäre Verständnis vieler Künstler*innen von räumlichen Realitäten kommt häufig durch eine klare Trennung zwischen ‚Unterwegssein‘ und ‚Zuhausesein‘ zum Ausdruck:

„Wir haben unsere erste Show vier Saisons lang getourt: mehr als 200 Auftritte! Irgendwann konnte ich einfach nicht mehr, körperlich und psychisch. Weil wir dauernd von zuhause fort waren.“ (Frédéric Arsenault, zeitgenössischer Zirkuskünstler)

Weiters wird das Fusionieren der Sphären von ‚zu Hause‘ und ‚unterwegs‘ um einiges komplizierter, wenn Kinder involviert sind. Ermöglicht das Wohnwagenleben des traditionellen Zirkusmodells das Mitreisen von Kindern oder Beziehungspartner*innen ohne gravierende logistische Schwierigkeiten, scheint dies im Angesicht des Mobilitätsmodus des zeitgenössischen Zirkus komplizierter. Weder Förderprogramme, noch die Großzahl der Spielstätten und Residenz-Zentren scheinen die Bedürfnisse von Eltern wirklich zu antizipieren. Somit werden die Künstler*innen meist mit den finanziellen und logistischen Herausforderungen alleingelassen. Die verfügbaren Strategien sind limitiert und meist kostspielig: Eine*n mobile*n Babysitter*in einstellen, gemeinsam mit dem/der Partner*in reisen oder mit langen räumlichen Trennungen umgehen etc.

„Meine größte Herausforderung heute ist, mein Familienleben trotz meines mobilen Lebensstils zu meistern. Mein Familienleben und meine berufliche Realität in Balance zu halten, ich werde nicht lügen, das ist alles andere als leicht“ (Frédéric Arsenault, zeitgenössischer Zirkuskünstler).

Soziale Bindungen außerhalb der Künstlerkreise sind nur schwer aufrecht zu erhalten. Das Internet spielt hier für viele eine wichtige Rolle, um mit Familie und Freund*innen in Kontakt zu bleiben. Einige finden in der virtuellen Sphäre eine Kontinuität und Routine, die ihnen im Alltag fehlt. Ein tiefgehender Kontakt mit der Außenwelt, abgesehen von dem kleinen Universum des Theaters mit Techniker*innen und anderen Künstler*innen, ist während des Reisens eher selten:

„Oft ist es schwierig, Gemeinsamkeiten mit Menschen zu finden, die unseren Lebensstil nicht teilen. Ich verliere auch oft ein Gefühl von Zeit und Raum, da unser Rhythmus so anders ist und wir so wenig Kontakt zur Außenwelt haben“ (Frédéric Arsenault, zeitgenössischer Zirkuskünstler).

Aber auch das Kennenlernen von neuen Menschen innerhalb der Zirkusszene scheint mit Ambiguität belegt:

„Auf Tournee lernt man dauernd neue Leute kennen, aber irgendwann macht das zynisch: Man fährt ja eh sofort wieder ab und darf sich daher nicht zu sehr binden. Man kann nie wissen, ob man sich wiedersieht“ (Marianna de Sanctis, zeitgenössische Zirkuskünstlerin).

Vor allem für Solo-Künstler*innen ist die soziale Isolation belastend und steht im starken Kontrast zum täglichen Erleben auf der Bühne. Die Künstler*innen kommen mit hunderten von Menschen in Kontakt, fühlen sich aber dennoch einsam. Auch die vermeintliche ‚Ersatzfamilie‘ des Ensembles vermag dies nur selten zu kompensieren.

Reise-Narrative und Projektionen

Im Gegensatz zu Mobilitätsmodi von traditionellen Zirkusfamilien scheinen die Erfahrungen von zeitgenössischen Zirkuskünstler*innen wesentlich weniger spezifisch: Die zeitgenössische Zirkusmobilität schwimmt zunehmend mit Mobilitätspraktiken anderer Kunstformen wie Musik, Tanz oder Theater. Selbst ein Exkurs zu jetsetten Managern scheint nicht allzu abwegig. Somit wird es notwendig, zeitgenössische Zirkusmobilität im Kontext von Globalisierung, EU-Transnationalisierung und Arbeitsmarkliberalisierung zu verstehen sowie im Kontext der damit verbundenen komplexen ‚work-life arrangements‘, welche das Leben einer ständig wachsenden Anzahl an Menschen weltweit bestimmen.

Dennoch scheint der zeitgenössische Zirkus trotz veränderter Mobilitäts- und Lebensrealitäten von einer historisch gewachsenen Exotisierung betroffen, welche die Künstler*innen als ‚mobile Andere‘ stilisiert und kulturelle Erwartungen auf sie projiziert, die all zu oft mit traditionellen Zirkusbildern verknüpft sind. Auf der Bühne werden ‚Zirkuskörper‘ daher vom Publikum anders gelesen als bspw. Theater- oder Tanzkörper und beim Aufeinandertreffen mit Interessierten steht vor allem der mobile Lebensstil der Künstler*innen im Fokus der Neugierde.

„Das ist wahrscheinlich das Anstrengendste am ständigen Reisen: Immer die gleiche Geschichte wiederholen zu müssen. Mein Leben scheint exotisch, vor allem für Menschen, welche nicht viel reisen“ (Darragh McLoughlin, zeitgenössischer Zirkuskünstler).

Dennoch ist diese Projektionsleistung nicht nur einseitig. Die Mehrheit der Künstler*innen hält selbst an ‚Reise-Freiheit-Narrativen‘ fest. Es wird geliefert was die Zuhörer*innen hören wollen. Geschichten mit dem Duft von Freiheit und Abenteuer. Das Zirkusleben als Gegenmodell zum getakteten und langweiligen Bürojob. Die Künstler*innen investieren in diese „kollektive Illusion“ (Bourdieu 1990: 66) durch kontinuierliche Selbstinszenierung und rationalisieren somit ihre Lebensentscheidung. Es ist anzunehmen, dass dies eine wesentliche Strategie ist, welche es den Künstler*innen ermöglicht in ihrem Mobilitätsalltag nachhaltige Erfüllung zu finden und emotionale Stresssituationen zu überwinden: „Ich habe die Freiheit dort hinzugehen, wo auch immer ich sein muss!“ (Darragh McLoughlin, zeitgenössischer Zirkuskünstler)

Denkt man über die tieferliegende Bedeutung dieser Aussage nach, so wird klar, wie sehr jeder kleinste Aspekt des Lebens, von Reiserouten bis hin zum direkten sozialen Umfeld, komplett vom künstlerischen Projekt bestimmt wird. Viele Produktionen entstehen länderübergreifend, unter Zusammenarbeit mit Menschen verschiedener Disziplinen und Nationalitäten. Geographische Flexibilität ist eine absolute Voraussetzung um Förderungen zu erhalten, passende Dramaturg*innen zu finden etc. „Das setzt alles viel Reisen voraus und im Endeffekt habe ich nicht wirklich die Wahl“ (Darragh McLoughlin, zeitgenössischer Zirkuskünstler).

Künstlerische Mobilität wird zurecht als eine Form privilegierter Mobilität gelesen, welche nicht zuletzt an einen Aufenthaltsstatus und Reisepass geknüpft ist. Dennoch ist eine ausschließlich positive Konnotation dieses Begriffs, wie sie häufig von der Europäischen Kommission propagiert wird, kritisch zu hinterfragen: Hier werden Mobilitätsdruck durch vermeintliche Sachzwänge, emotionale Kosten von hypermobilen Lebensrealitäten, ständige Jobunsicherheit und finanzielle Prekarität sowie die Einbettung künstlerischer Mobilität in ungleiche Machtverhältnisse und Rassisierungs-, Genderisierungs-, In- und Exklusionsprozesse verdeckt. Es lohnt sich einen genaueren Blick hinter das Wechselspiel von Projektionen und Alltagsrealitäten zu werfen und zu hinterfragen wie sich diese wechselseitig bedingen, reiben oder stabilisieren.

Elena Lydia Kreusch ist Stipendiatin der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (DOC) am Institut für Theater-, Film und Medienwissenschaft der Uni Wien und Co-Direktorin der zeitgenössischen Zirkuskompanie Squarehead Productions.

Anmerkungen:

- (1) Der Realitätsbegriff der in der Folge im Kontext von ‚Lebensrealität‘, ‚Alltagsrealität‘ und ‚Mobilitätsrealität‘ verwendet wird, ist hier in keinsten Weise als universelle Essentialisierung gedacht, sondern bezieht sich auf die Subjektiven Erfahrungen der Akteur*innen sowie auf die materiellen Gegebenheiten mit welchen sich diese konfrontiert sehen.
- (2) Der Begriff ‚Zirkus‘ leitet sich aus dem lateinischen ‚circus‘ und dem griechischen ‚kirkos‘ ab und bedeutet ‚Kreis‘. Die Begriffe wurden im antiken Griechenland und Rom genutzt um die kreisförmige Arena zu bezeichnen, in der Wagenrennen und Gladiatoren ausgetragen wurden.
- (3) Hierzu dienen in der Folge Interview-Ausschnitte, welche von der Autorin im Rahmen der Diplomarbeit „Circus Nomads. Space – Home – Identity“ mit zeitgenössischen Zirkuskünstler*innen geführt wurden.

- (4) Familienverbände und das Leben im Wohnwagen fördern ein anderes Erleben von ‚Zugehörigkeit‘. Dennoch muss auch hier in Betracht gezogen werden, dass sowohl Eigenprojektionen der Künstler*innen, als auch Fremd-Projektionen am Werk sind, um romantisierte Vorstellung vom traditionellen Zirkusleben aufrecht zu erhalten.

Bourdieu, Pierre (1990): *The Logic of Practice*. Cambridge: Polity Press.

David-Gibert, Gwénola (2006): *Logiques et enjeux économiques*. Paris: La documentation Française.

Hivernat, Pierre/Véronique Klein (2010): *Panorama contemporain des arts du cirque*. Paris: Éditions Textuel.

Lipphardt, Anna (2015): *Der Nomade als Theoriefigur, empirische Anrufung und Lifestyle-Emblem. Auf Spurensuche im Globalen Norden*. In: bpb (Hg.): *Aus Politik und Zeitgeschichte* 26-27/2015, 32–38.

Quentin, Anne (2008): *L'économie des arts du cirque*. In: HorsLesMurs (Hg.): *Le Goliath, guide des arts du cirque*. Paris: HorsLesMurs.



Die Grenze zwischen Serbien und Ungarn, Sommer 2015. Foto: David Tiefenthaler

LEBENSQUALITÄT UND MOBILITÄT

Was die Forschung zur Lebensqualität zu unserem Verständnis von Mobilität beitragen kann

Michael Hagelmueller

Nach der großen Enttäuschung über die Klimakonferenz 2009 in Kopenhagen, bei der keine rechtlich bindenden Klimaschutzziele erreicht wurden, waren die Erwartungen für die Pariser Klimakonferenz im Dezember letzten Jahres gelinde gesagt verhalten. Das Ergebnis, sich auf eine Einschränkung der durchschnittlichen Klimaerwärmung um mindestens zwei Grad Celsius bzw. 1,5 Grad Celsius zu einigen, war daher umso überraschender. Nichtsdestotrotz ist der finale Vertrag ein klassischer Vertreter der für die UN-Diplomatie so typischen Dokumente, in denen sich alle an den Verhandlungen beteiligten Länder wiederfinden sollen. Dieser groß angelegte Kompromiss hat auch zur Folge, dass weite Teile des Vertrages das Erreichen des oben genannten Ziels offen lassen – konkrete Strategien wie Dekarbonisierung der Wirtschaft werden im Vertrag nicht erwähnt. Dennoch eröffnet der Vertrag diskursive Räume für eine Debatte, in denen die Nationalstaaten Strategien zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes diskutieren können und müssen. Es braucht nun Vorschläge für konkrete Maßnahmen, wie das sehr ambitionierte Ziel des Vertrages erreicht werden kann.

Die Diskussion muss schlussendlich eine Antwort auf die Frage des ‚Wie‘ geben, die die Verhandlungen in Paris, vermutlich sehr bewusst, ausgespart haben. Zwischen den Zeilen und hinter der Klimawissenschaft vom International Panel on Climate Change (IPCC), stellt der Pariser Klimavertrag unser gesamtes, auf fossilen Rohstoffen basierendes Gesellschaftssystem in Frage. Zentral ist dabei die Ausarbeitung einer Strategie, wie Lebensqualität ermöglicht werden kann, ohne die Biosphäre zum Kollaps zu bringen. Die mittlerweile schon sehr umfangreiche

Wissenschaft über Lebensqualität kann die Basis für die notwendige Transformation hin zu einer nachhaltig organisierten Gesellschaft bilden. Sie bietet der Politik jene Linse, durch die gesellschaftliche Ziele anders bzw. genauer definiert werden können, abseits von den Klassikern wie etwa BIP-Wachstum oder Beschäftigung. Das Feld kann dabei grob in zwei Strömungen unterteilt werden: Die erste, eher populärwissenschaftliche Strömung ist jene der subjektiven Lebensqualität, die einen Fokus darauf legt, wie Menschen subjektiv ihr Leben wahrnehmen (vgl. Seligman 2003; Layard 2005; Frey 2008). Typischerweise wird subjektive Lebensqualität mit Fragen wie ‚Wie glücklich sind Sie auf einer Skala von eins bis zehn?‘ gemessen. Kritik an diesem Ansatz kommt oft aus der anderen Strömung, jener der objektiven Lebensqualität: Zu isoliert und vereinfachend sei die Betrachtung der subjektiven Strömung (vgl. Nussbaum 2012). Objektive Lebensqualität hingegen betrachtet auch die Strukturen, die das Individuum umgeben, wie die Qualität politischer Institutionen oder seit kurzem auch Aspekte des Ressourcenverbrauchs und Klimawandels (vgl. Polishchuk and Rauschmayer 2012). In der Praxis werden meist beide Strömungen kombiniert, wobei der objektive Ansatz eine gewichtigere Rolle einnimmt.

Amartya Sen zählt mit seinem Capability Approach (CA) (vgl. Sen 1999) zu den einflussreichsten AutorInnen auf dem Gebiet der objektiven Lebensqualität und schaffte es auch die Mainstream-Politik zu einem gewissen Grad zu beeinflussen. Capabilities sind dabei jene Dinge, die man ‚sein und tun‘ kann, um die individuelle Vorstellung des guten Lebens zu verwirklichen, wie etwa die Möglichkeit zur Schule zu gehen oder gesund zu sein. Die Politik

soll dabei die Rahmenbedingungen gestalten, die es den Menschen ermöglichen, ihre gewünschten capabilities zu verwirklichen. Sen war am für PolitikologInnen bekannten ‚Stiglitz-Report‘ der EU (vgl. Stiglitz et al. 2009) beteiligt, der den BIP-Fokus der Politik kritisierte und in die Beyond-GDP-Initiative der EU mündete. Die Beyond-GDP-Initiative ist darauf ausgelegt, der Politik neue Indikatoren als Entscheidungsgrundlage zu liefern, die verschiedene capabilities messen. Darunter fallen z.B. Indikatoren zur Qualität von Jobs oder zur sozialen Mobilität, die ein ganzheitliches Bild der Lebensqualität in einem Land geben sollen. Ähnliche Ansätze verfolgen auch der OECD Better Life Index und der UN Human Development Index, denen ebenfalls der CA zugrunde liegt. Die Erwartungen waren groß, dass damit ein Richtungsschwenk in der EU-Politik eingeläutet werden würde. Das Ergebnis war jedoch ernüchternd, denn abseits davon, dass mehr Daten erhoben und Indikatoren entwickelt wurden, vermisst man eine fundamentale Wende im Handeln der EU.

Dabei wohnt dem CA und den politischen Initiativen, die ihn nutzen, durchaus systemkritisches Potential inne. Laut Sen muss jedes Land demokratisch festlegen, welche capabilities politisch ermöglicht werden sollen und aus gesamtgesellschaftlicher Sicht wünschenswert sind. Manche capabilities sind aus individueller Sicht wesentlich, haben jedoch weitreichende, negative ökologische Konsequenzen, was wiederum die Gesellschaft insgesamt gefährdet. Konflikte sind genau in diesem Spannungsfeld zwischen Individuum und Gesellschaft zu erwarten. Aus diesen Konflikten eröffnet sich aber die Möglichkeit, dass sich aufgrund der sich ändernden ökologischen Rahmenbedingungen auch das Verständnis von Lebensqualität wandelt. Anders als die subjektive Lebensqualität, die sozusagen einen Zielzustand kennt (zugespitzt formuliert eine 10 auf der Skala), kann der CA neue, gesamtgesellschaftliche Ziele formulieren und die Auswahl der capabilities abändern, die gefördert werden sollen.

Eine Anpassung erscheint für eine capability ganz besonders notwendig: Mobilität. Sie zählt zu den für Klima und die Umwelt schädlichsten capabilities, trotzdem ist uneingeschränkte Mobilität als capability zur absoluten Selbstverständlichkeit geworden. Sowohl die private als auch die geschäftliche Mobilität ist auf Wachstumskurs – und damit auch deren CO₂-Ausstoß. Der weltweite Flugverkehr hatte 2011 nur einen Anteil von 2,42 Prozent am globalen CO₂-Ausstoß, aber aufgrund der niedrigen Preise, wird

diese Art der Fortbewegung immer mehr zum Standard für viele Reisende. Der Flugverkehr zählt daher zu den am stärksten wachsenden Treibern des globalen CO₂-Ausstoßes. Allein in Österreich hat sich der Flugverkehr seit 1995 mehr als verdoppelt (vgl. Statistik Austria 2016). Laut OECD wird es weltweit bis 2050 bis zu 54 Billionen neue private und geschäftliche Fahrten (durch PKW, LKW, aber auch Züge und andere Transportmittel) geben, wobei fast 100 Prozent dieser neuen Bewegungen in Schwellenländern stattfinden werden (vgl. ITF 2015). Schwellenländer wie China, die ihren BürgerInnen ein ähnlich mobiles Leben wie im Westen ermöglichen wollen, sind daher auf bestem Wege unser individualisiertes Mobilitätskonzept zu übernehmen: China ist mittlerweile der größte Automarkt der Welt und Verkauf und Produktion sind 2015 wieder um 3,3 bzw. 4,7 Prozent gewachsen (vgl. CAAM 2016), ähnlich stark wie in den Jahren davor. Die OECD geht weiter davon aus, dass die Emissionen bis 2050 selbst in sehr konservativen Szenarien im Privatverkehr um bis 120–230 Prozent, im Warentransport (Zug, LKW) um 230–420 Prozent steigen werden (vgl. OECD 2015).

Diese Entwicklungen scheinen nur schwer mit den Zielen aus Paris vereinbar. EU und OECD geben sich aber optimistisch, man brauche nur auf effiziente Lösungen zu setzen. Mobilität könne weiterhin auf hohem Niveau garantiert werden und gleichzeitig ökologisch verträglich sein, indem technologische (z.B. E-Autos) und soziale Innovationen (z.B. Car-Sharing) genutzt werden. Studien bestätigen, dass Car-Sharing nicht nur die Anzahl der Autos verringern kann, sondern auch die Stunden, die ein Auto ungenutzt herumsteht (im Schnitt 23h pro Tag) deutlich reduzieren kann. Alleine in Wien besteht das Potential bis zu 10.000 Autos bei gleichbleibender Mobilität einzusparen (vgl. VCÖ 2011). Zusätzlich sollen intelligente Verkehrssysteme (z.B. selbstfahrende Autos) den Verkehr so abstimmen, dass Kraftstoffverbrauch und Unternutzung beträchtlich reduziert werden können. Die Fluggesellschaften werden auch nicht müde zu unterstreichen, dass Flugzeuge immer effizienter werden oder Flugreisen durch carbon-offsetting (Ausgleich des CO₂-Ausstoßes des Fluges durch Klimaschutzprojekte) quasi klimaneutral stattfinden können.

Jedoch gibt es bei diesen Effizienz-Lösungen einen empirisch beobachtbaren Effekt, der das Potential dieses Ansatzes entscheidend einschränkt: der Rebound-Effekt (vgl.

Sorell et al. 2009; Van den Bergh 2011). Dieser besagt, dass bei steigender Effizienz eines Produktes oder Prozesses, die Kosten der Nutzung reduziert werden können. Das wiederum hat zur Folge, dass man ein Produkt oder den Prozess auch stärker nutzt. Im Falle des Car-Sharings bedeutet das, dass mehr Menschen den Service nutzen, zwar verteilt auf weniger Autos, aber insgesamt nehmen die getätigten Fahrten zu. Ähnliches gilt für den Flugverkehr, der durch steigende Effizienz in erster Linie billiger wurde und dessen CO₂-Ausstoß in absoluten Zahlen weiterhin stark wächst. Der Rebound-Effekt kann dabei direkt (Car-Sharing wird billiger, also fahre ich mehr) und indirekt auftreten (Ich spare Geld durch Car-Sharing und konsumiere in einem anderen Bereich mehr). Chitnis et al. (2014) zeigen beispielsweise, dass der Rebound-Effekt von effizienteren Autos bzw. E-Autos bis zu 65 Prozent der durch die Technologie eingesparten Emission ausmachen kann. Aus diesem Grund sind solche Innovationen mit größter Vorsicht zu bewerten und es wäre fatal, sich aus Sicht der Politik nur auf diese zu konzentrieren.

Der Rebound-Effekt zeigt in Richtung eines zentralen Problems, wenn man über Strategien zur ökologischen Transformation spricht: Die Weltsicht, dass Nachhaltigkeit und ein Aufhalten (oder Ausbremsen) des Klimawandels in erster Linie durch das sogenannte grüne Wirtschaftswachstum erreicht werden können – unsere Vorstellung von Mobilität muss dafür kaum umgebaut werden, denn Innovationen werden das Klimaproblem schon lösen (vgl. Jänicke 2008). Die Fakten sprechen aber, trotz all des technologischen Fortschritts der letzten Jahre (und Jahrzehnte), dagegen: Der weltweite CO₂-Ausstoß und die Zerstörung der Umwelt haben zu- und nicht abgenommen (vgl. Jackson, 2009; IPCC, 2014). Empirisch ist die Hypothese, dass wir mit Innovationen alleine den Weg aus der Klimakrise finden, nicht nachweisbar. Einschränkungen in Bezug auf unsere Mobilität sind wohl unumgänglich, denn etwa 14 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes sind auf den Verkehr zurückzuführen (vgl. IPCC 2014). Relokalisierung ist vor allem für den Warentransport eine mögliche Lösungsstrategie zur Reduktion der negativen ökologischen Auswirkungen. Dort produzieren, wo konsumiert wird, ganz egal ob in der Landwirtschaft oder für Sportschuhe, kann Transportwege entscheidend reduzieren. In der Landwirtschaft gibt es schon einen Trend der lokalen Produktion, dieser muss aber politisch stärker gefördert

werden. Die Common Agricultural Policy (CAP) der EU, die fast die Hälfte des EU-Budgets ausmacht, fördert trotz Reformen nach wie vor große (also industrielle) ProduzentInnen – hier könnte man leicht ansetzen, um die regionale und kleinstrukturierte Landwirtschaft zu stärken. Der Sportschuh-Hersteller adidas hat bekanntgegeben, die Produktion wieder zurück nach Deutschland zu verlegen (vgl. BINE 2015) – da man näher an den KundInnen ist und schneller auf sich verändernde Trends reagieren kann. Politisch kann man die Rückholung ebenfalls forcieren, indem der CO₂-Ausstoß durch den Transport der Produkte in der Besteuerung berücksichtigt wird.

Der Privatverkehr hingegen muss von individualisierten auf öffentliche Strukturen verlagert werden. Zuerst müssen verheerende steuerliche Begünstigungen für den Privatverkehr, wie etwa die Pendlerpauschale oder die Diesel-Begünstigung, abgeschafft werden. Das WIFO hat kürzlich berechnet, dass von etwa vier Mrd. Euro an österreichischen Förderungen, die negativ für die Umwelt sind, fast die Hälfte davon auf den Verkehr entfällt (vgl. Kletzan-Slamanig/Köppl 2016). Intelligente Verkehrssysteme gemeinsam mit gut ausgebauten öffentlichen Verkehrsstrukturen könnten den Individualverkehr in weiterer Folge ersetzen. Das bedeutet, dass selbstfahrende Autos den öffentlichen Verkehr in urbanen Zentren ergänzen, Fahrten zusammengelegt werden und unnötige Strecken bzw. Nichtnutzung reduziert werden. Dazu braucht es aber ein starkes Bekenntnis der Politik weg vom individualisierten Verkehr, vor allem auch in Schwellenländern wie China. Hier sollten von Anfang an öffentliche Verkehrskonzepte forciert werden und der PKW-Verkehr auf einem Minimum gehalten werden. Dazu braucht es sorgfältige Planung die den regionalen und städtischen öffentlichen Verkehr ineinandergreifen lassen, um ein gut integriertes Mobilitätskonzept zu verwirklichen. Städte wie London haben dazu eine zentrale koordinierende Stelle (Transport for London), die für Planung, Koordination und Finanzierung des Verkehrskonzeptes zuständig ist. In London darf diese sogar eine Steuer auf PKWs einheben (congestion charge), um den Individualverkehr zu reduzieren. Mit den entsprechenden Kompetenzen ausgestattet und klaren Zielvorgaben durch die Politik (z.B. Reduktion des CO₂-Ausstoßes), können solche Einheiten den Transport in urbanen Zentren emissionsärmer gestalten.

Auch Fernreisen mit dem Flugzeug sollten steuerlich eingeschränkt werden (vgl. FTE 2015). Der britische Think Tank New Economics Foundation, der sich auch intensiv

mit dem Thema der nachhaltigen Lebensqualität beschäftigt, schlägt daher eine progressive Steuer auf Vielfliegen vor, d.h. je mehr ich fliege, desto mehr Steuern zahle ich auf den Flugpreis. Diese würde nicht jeden Menschen gleich treffen, sondern vor allem jene, die durch ihr Mobilitätsverhalten die Umwelt überproportional belasten. In Großbritannien werden beispielsweise 70 Prozent der Flüge von 15 Prozent der Menschen getätigt, die mehrheitlich den höheren Einkommensschichten angehören (vgl. Devlin&Bernick, 2015). Abgesehen davon, dass durch eine solche Maßnahme das Privileg des Fliegens potentiell gleicher verteilt wird, könnte es aber auch zu einer Aufwertung des Reisens an sich führen: Die Weltreise kann durch ihre Einmaligkeit den Blick für die Besonderheit einer solchen öffnen. Die Slow-Food-Bewegung, die stärker den Genuss der Erfahrung in den Mittelpunkt rückt, zeigt, wie sich Konsummuster verändern können, ohne es als Einschränkung der persönlichen Freiheit wahrzunehmen – ein solches Verständnis könnte sich auch für Fernreisen entwickeln.

Diese und andere teils unbequeme Lösungen würden unseren Anspruch auf Mobilität stark verändern. Gegenwind ist daher zu erwarten, denn wir haben uns schließlich an unsere Mobilität gewöhnt. Aber laut IPCC müssen für das Zwei-Grad-Ziel die Emissionen bis 2050 weltweit um 82 Prozent reduziert werden. Es wäre blauäugig zu glauben, dass eine solche Reduktion nicht zu Einschränkungen unserer Mobilität (und unseres Konsumverhaltens generell) führen müsste. Die Politik muss offen darüber sprechen, wie sich unsere Mobilität verändert, wenn man die Klimaerwärmung auf mindestens zwei Grad begrenzen möchte. Die Wissenschaft rund um Lebensqualität kann dabei unterstützen, wie diese Transformation zu einer nachhaltigen Mobilität begleitet werden kann, ohne dass dabei tiefe Einschnitte das soziale Gefüge destabilisieren. Es braucht dazu durchaus Abstufungen: Das Recht auf einen günstigen Individualtransport für einen Menschen mit voller Gehfähigkeit kann nicht gleichgestellt werden mit jenem eines Menschen im Rollstuhl. Für eine/n RollstuhlfahrerIn ist beispielsweise ein eigenes Auto ungleich wichtiger, um capabilities zu verwirklichen, als für jemanden, dem Rad und öffentlicher Verkehr uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Die CA-Literatur definiert solche Abstufungen über ‚wertvolle‘ capabilities, also jene, die für das Individuum notwendig und gesamtgesellschaftlich wünschenswert sind (vgl. Schultz et al. 2013).

KritikerInnen, die nun rufen, das würde in einer Art Öko-Diktatur enden, seien daran erinnert, dass Staaten schon lange Freiheiten einschränken (z.B. beim Rauchen oder im Straßenverkehr), um die menschliche Gesundheit zu schützen. Schultz et al. (ebd.) schlagen daher vor, die Auswirkungen von gewissen Handlungen mit ihren negativen, ökologischen Konsequenzen gegenüberzustellen (z.B. über den ökologischen Fußabdruck) und dann jene einzuschränken, wo der Zugewinn an Freiheit für das Individuum in keiner vertretbaren Relation zu den negativen gesamtgesellschaftlichen Effekten steht. Die Konsequenzen dieser Einschränkungen müssen von der Politik sorgfältig überwacht werden, sodass Spill-over-Effekte, wie beispielsweise, dass ärmere Bevölkerungsschichten gewisse Einschränkungen härter treffen, abgefedert werden. Dass dies ein komplexes und aufwändiges Unterfangen ist, steht außer Frage, aber die Datenlage dazu war dank der diversen Lebensqualitäts-Indikatorensets noch nie besser. Die Politik kann also sehr gut feststellen, wie und vor allem bei wem sich Einschränkungen der Mobilität zu stark auswirken würden.

Natürlich können diese Einschränkungen nur funktionieren, wenn sie gesellschaftlich akzeptiert werden und dazu ist ein Wertewandel notwendig, nicht nur dahingehend wie wir Mobilität definieren, sondern in Bezug auf das gute Leben insgesamt. Dieser Prozess ist politisch schwer anzustoßen, da auch Zivilgesellschaft, Wirtschaft und das Individuum selbst einen solchen Wertewandel beeinflussen. Die Politik kann jedoch den Prozess moderieren und abseits der Förderung der oben genannten Lösungen, alternative Lebensstile aufzeigen und darüber informieren, dass eine reduzierte Mobilität nicht negativ bewertet werden muss. So schlägt etwa Dobson (2007) vor, die Thematisierung der ökologischen Konsequenzen unserer Handlungen stärker in den Curricula der Schulen und Universitäten zu verankern, um so ein kritisches Hinterfragen der eigenen Lebensweise zu fördern. So paradox es für manche klingen mag, aber Einschränkungen bzw. ein Leben, das weniger auf materiellem Konsum (bzw. uneingeschränkter Mobilität) beruht, kann in der persönlichen Wahrnehmung als ebenso erfüllend gelten (vgl. Alexander/Ussher: 2012).

Für eine gelungene Transformation braucht es daher beides: eine kontrollierte Reduktion der Mobilität und ein neue, ökologisch sinnvolle Vorstellung des guten Lebens. Das konsumorientierte Verständnis von Lebensqualität, das sich

im Laufe der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts herausgebildet hat, ist nicht mehr zeitgemäß. Die Frage sollte daher nicht mehr sein, wie wir unsere Technologien und die Umwelt an dieses konsumorientierte Verständnis anpassen können, sondern wie sich unser Verständnis von Lebensqualität wandeln kann, damit wir innerhalb der Grenzen der Biosphäre unseres Planeten bleiben.

Michael Hagelmüller hat sich in seinem Studium ‚Wellbeing in Public Policy and International Development‘ mit Lebensqualitätskonzepten und deren Operationalisierung in der politischen Praxis befasst.

Alexander, S./S. Ussher (2012): *The Voluntary Simplicity Movement: A multi-national survey analysis in theoretical context*. In: *Journal of Consumer Culture* 12(1), 66–86.

BINE (31.03.2015): *Schuhfertigung kehrt nach Deutschland zurück*. <http://www.bine.info/themen/news/schuhfertigung-kehrt-nach-deutschland-zurueck/> (Zugriff: 30.03.2016).

CAAM – China Association of Automobile Manufacturers (2016): *The sales and production witnessed stable growth*. <http://www.caam.org.cn/AutomotivesStatistics/20160120/1305184266.html> (Zugriff: 30.03.2016).

Chitnis M./S. Sorrell /A. Druckman/S.K. Firth/T. Jackson (2014): *Who rebounds most? Estimating direct and indirect rebound effects for different UK socioeconomic groups*. In: *Ecological Economics* 106, 12–32.

Devlin, S./S. Bernick (2015): *Managing aviation passenger demand with a Frequent Flyer Levy*. New Economics Foundation. http://hacan.org.uk/wp-content/uploads/2015/06/FFL-FINAL-DRAFT-in-template_updated.pdf (Zugriff: 30.03.2016).

Dobson, A. (2007): *Environmental citizenship. Towards sustainable development*. In: *Sustainable Development* 15/5, 276–285.

Frey, B. S. (2008): *Happiness. A Revolution in Economics*. Cambridge (US): Massachusetts Institute of Technology.

Christie Aschwanden (02.01.2015): *Every Time You Fly, You Trash The Planet — And There's No Easy Fix*. http://fivethirtyeight.com/features/every-time-you-fly-you-trash-the-planet-and-theres-no-easy-fix/?ex_cid=538fb (Zugriff: 30.03.2016).

IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change (2014): *Climate Change 2014. Synthesis Report*. <http://www.ipcc.ch/report/ar5/syr/> (Zugriff: 30.03.2016).

ITF – International Transport Forum (2015): *Urban Mobility System Upgrade*. OECD Publishing. <http://www.internationaltransportforum.org/cpb/projects/urban-mobility.html> (Zugriff: 30.03.2016).

Jackson, T. (2009): *Prosperity without Growth? The transition to a sustainable economy*. Sustainable Development Commission. <http://www.sd-commission.org.uk/publications.php?id=914> (Zugriff: 30.03.2016).

Jänicke, M. (2008): *Ecological modernisation: new perspectives*. In: *Journal of Cleaner Production* 16/5, 557–565.

Kletzan-Slamanig, Daniela/Angela Köppl (2016): *Subventionen und Steuern mit Umweltrelevanz in den Bereichen Energie und Verkehr*. WIFO – Wirtschaftsforschungsinstitut. http://www.wifo.ac.at/publikationen/detail-view=yes&publikation_id=58641 (Zugriff: 09.04.2016).

Layard, R. (2005): *Happiness. Lessons from a new science*. London: Penguin Books.

Miegel M./S. Wahl/M. Schulte (2011): *Für einen Bewusstseinswandel. Von der Konsum zur Wohlstandskultur*. DenkwerkZukunft. <http://www.denkwerkzukunft.de/index.php/aktivitaeten/index/Bewusstseinswandel%20Memorandum> (Zugriff: 30.03.2016).

Nussbaum, M. C. (2012): *Who is the happy warrior? Philosophy, happiness research, and public policy*. In: *International Review of Economics* 59/4, 335–361.

OECD (2015): *ITF Transport Outlook 2015*. OECD Publishing. <http://www.oecd.org/berlin/publikationen/itf-transport-outlook-2015.htm> (Zugriff: 30.03.2016).

Polishchuk, Y./F. Rauschmayer (2012): *Beyond ‚benefits‘? Looking at ecosystem services through the capability approach*. In: *Ecological Economics* 81, 103–111.

Schultz, E./M. Christen/L. Voget-Kleschin/P. Burger (2013): *A sustainability-fitting interpretation of the capability approach. Integrating the natural dimension by employing feedback loops*. In: *Journal of Human Development and Capabilities* 14/1, 115–133.

Seligman, M. E. P. (2003): *Authentic happiness. Using the new positive psychology to realize your potential for deep fulfillment*. London: Nicholas Brealey.

Sen, A. (1999): *Development as freedom*. Oxford: Oxford University Press.

Sorrell S./J. Dimitropoulos/M. Sommerville (2009): *Empirical estimates of the direct rebound effect. A review*. In: *Energy Policy* 37/4, 1356–1371.

Statistik Austria (2016): *Personenverkehr*. http://statistik.at/web_de/statistiken/energie_umwelt_innovation_mobilitaet/verkehr/luftfahrt/personenverkehr/index.html (Zugriff: 30.03.2016).

Stiglitz, J. E./A. Sen/J.-P. Fitoussi (2009): *Report of the commission on the measurement of economic performance and social progress*. http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/documents/rapport_anglais.pdf (Zugriff: 30.03.2016).

Van den Bergh, J. (2011) *Energy Conservation More Effective with Rebound Policy*. In: *Environmental and Resource Economics* 48, 43–58.

VCÖ (2011): *VCÖ-Studie: Carsharing verringert Verkehrsprobleme*. http://www.greenpeace.org/austria/global/austria/marktcheck/uploads/media/vcoe_info_carsharing.pdf (Zugriff: 30.03.2016).

RAUM MACHT FRAU – FRAU MACHT RAUM

Hanna Reiner

Im Rahmen einer Konzeptualisierung, dass Raum einen „historischen sowie aktuellen Konstruktions- und Konstitutionsprozess abbildet“ (Ruhne 2011: 84) kann die Namensgebung öffentlicher Straßen und Plätze als umfassende Reflexion der Repräsentation von Frauen im öffentlichen Raum genannt werden. Von rund 4.379 personenbezogenen Straßennamen in Wien beziehen sich aktuell 361 auf Frauen (vgl. MA 57 2015).

Das Bundesministerium für Bildung und Frauen (BMBF) veröffentlicht jährlich den Gender Index, mit dem eine kontinuierliche geschlechterdifferenzierte Datenerhebung und Datenauswertung in Österreich zur Verfügung gestellt werden soll. In seinem Gender Index 2015 bezieht sich das BMBF auf die im November 2011 vom Österreichischen Institut für Familienforschung (ÖIF) veröffentlichte empirische Repräsentativstudie „Gewalt in der Familie und im nahen sozialen Umfeld“, an der 1.292 Frauen im Alter von 16 bis 60 Jahren teilgenommen haben (vgl. BMBF 2015a: 60).

Demnach erlebte jede dritte Frau (29,5 %) seit ihrem 16. Lebensjahr sexualisierte Gewalt. Die betroffenen Frauen erfuhren diese in etwa gleich häufig in einer Partnerschaft (10,7 %), im Freundes- bzw. Bekanntenkreis (10,1 %) sowie an öffentlichen Orten (10,1 %). Drei Viertel aller befragter Frauen (74,2 %) wurden seit ihrem 16. Lebensjahr Opfer sexueller Belästigung. Am häufigsten (55,7 %) gaben die Teilnehmerinnen an, dass ihnen „jemand zu nahe gekommen ist, sodass es als aufdringlich empfunden wurde“, gefolgt davon, dass mit ihnen „in einer Art und Weise gesprochen wurde, die sie als sexuell belästigend empfanden“ (44,7 %). An dritter Stelle wurde genannt, dass den Betroffenen „nachgepiffen oder sie angestarrt wurden und sich dadurch sexuell belästigt gefühlt haben“ (42,9 %). Dabei erlebten immerhin 29,7 Prozent der Frauen diese Formen der psychischen Übergriffe als „bedrohlich“. Erfahren wurde sexuelle Belästigung relativ gesehen am häufigsten an öffentlichen Orten (51,3 %), gefolgt von der Arbeits- oder Ausbildungsstelle (36,9 %) und dem Freundes- und Bekanntenkreis (24,2 %) (vgl. BMBF 2015a 60ff.).

Nicht zuletzt zeigt die aus der Studie hervorgehende Relevanz öffentlicher Orte in Bezug auf das gesellschaftliche Phänomen der sexualisierten Gewalt und der sexuellen Belästigung, die Notwendigkeit, zwischen personaler und struktureller Gewalt zu unterscheiden. Eine solche Studie kann das Ausmaß personaler – von einem handelnden Subjekt ausgehender – Gewalt darstellen. Nicht dezidiert benennt sie aber eine Form der strukturellen Gewalt, die einem gesellschaftlichen System inhärent ist, das auf ungleichen Machtverhältnissen und ungleicher bis sexistischer Repräsentation basiert. In Folge bedingt strukturelle Gewalt Formen personaler sexualisierter Gewalt und sexueller Belästigung und die Art und Weise des gesellschaftlichen Umgangs damit. Die Bedeutung „öffentlicher Orte“ als erlebte Gefahrenräume für Frauen wirft die Frage auf, welche Maßnahmen auf struktureller Ebene gesetzt werden (können), um mit der Gestaltung des öffentlichen Raums sichere Mobilität und damit gleiche Lebens- und Verwirklichungschancen für Frauen und Mädchen zu garantieren.

Das Thema Sicherheit wurde in der Wiener Stadtplanung erstmals 1991 mit der Ausstellung „Wem gehört der öffentliche Raum – Frauenalltag in der Stadt“ thematisiert. Das Frauenbüro der Stadt Wien hat in den 1990er Jahren mit Publikationen wie „Draußen-einfach-sicher“, „Sicherheit in Wohnhausanlagen“ und „Richtlinien für eine sichere Stadt“ Arbeitsunterlagen für eine solche Stadtplanung erarbeitet. Die Gestaltung öffentlicher und halböffentlicher Räume wird seitdem als ausschlaggebend für Unsicherheiten und Angstgefühle und den daraus resultierenden Konsequenzen für den Alltag und die Bewegungsfreiheit von Frauen und Mädchen thematisiert:

„Die alltägliche und gesellschaftlich oftmals tolerierte Belästigung von und Gewalt an Frauen bedingt, dass insbesondere Frauen in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt sind. Um bedrohlichen Situationen aus dem Weg zu gehen, nehmen sie Umwege in Kauf oder lassen sich in ihrer Mobilität und

ihren Aktivitäten einschränken. Vor allem an Orten, die nicht gemieden werden können, wie wichtige Wegeverbindungen, Eingänge zu Gebäuden und Zugängen zu Haltestellen, ist die Berücksichtigung von Sicherheitsaspekten bei der Gestaltung wesentlich“ (Stadtbaudirektion 2015b: 1).

Dabei ist ein Ziel, dem Ruf nach mehr Überwachung als Reaktion auf sexualisierte Gewalt und sexuelle Belästigung durch gestalterische Möglichkeiten vorzubeugen (vgl. Stadtbaudirektion 2015a).

Die von der Leitstelle für Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen erarbeiteten Gestaltungskriterien für die Vermeidung von sogenannten Angsträumen und zur Stärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls von Frauen und Mädchen in öffentlichen und halböffentlichen Räumen umfassen mehrere Maßnahmen. Einerseits soll Orientierung, Übersicht und Einsehbarkeit durch die transparente Gestaltung von Sichtverbindungen zwischen Innen- und Außenraum sowie belebten und ruhigen Zonen im Sinne der sozialen Kontrolle geschaffen werden, andererseits sollen Beleuchtung, Zugänglichkeit und Belegung von öffentlichen Räumen mittels attraktiver Gestaltung und hoher Aufenthaltsqualität sowie der Planung von angrenzenden Gebäuden zum öffentlichen Raum hin orientiert, positiv wirken. Verantwortlichkeit mittels Identifikation, Konfliktvermeidung durch flexible Nutzbarkeit sowie Ausweichmöglichkeiten und die Beseitigung von Verschmutzungen, die den Eindruck von Verwahrlosung vorbeugt und damit das subjektive Sicherheitsgefühl erhöht, können außerdem zur Stärkung des Sicherheitsgefühls beitragen. Auch werden seit Mitte der 1990er Jahre Aspekte des Gender Mainstreamings bei der Planung des U-Bahn-Ausbaus sowie der Instandhaltung von Parkanlagen geprüft. Diese umfassen Kriterien wie Orientierung, Transparenz, Beleuchtung und der sozialen Kontrolle mittels Belegung (vgl. Stadtbaudirektion 2015b).

Die Leitstelle der Stadtbaudirektion betont aber gleichzeitig, dass „bauliche Aspekte nur einen Teil des Problems lösen“ können –

„Die Stärkung der Wehrhaftigkeit von Frauen und Mädchen sowie der sozialen Sensibilität und Verantwortung für das, was auf der Straße passiert, damit belästigte Frauen mit Unterstützung rechnen können, sind Voraussetzungen, um deren ungehinderte Mobilität zu gewährleisten“ (vgl. ebd.: 4).

Im Jahr 1997 präsentierte das Frauenbüro (MA 57) der Stadt Wien die Studie „Verspielte Chancen? Mädchen in den öffentlichen Raum!“ (Bernard/Schlaffer 1997), die aufzeigte, dass Mädchen in der Rauman eignung von Parkanlagen und öffentlichen Spielflächen zurückhaltender agieren – mit nachteiliger Auswirkung für ihr Körper- und Selbstbewusstsein, welches nicht nur bezüglich eines psychisch und physisch autonomen und selbstbewussten Auftretens im öffentlichen Raum im späteren Leben von Bedeutung ist.

„Die Lektion, daß man unschwer aus öffentlichen Räumen verdrängt werden kann, ist für Mädchen nicht nur unmittelbar schädlich. Ihr Rückzug in passives, marginalisiertes Verhalten, unterstützt von Eltern, die vor Gefahren warnen, und einer Infrastruktur, die ihre Existenz nicht vorsieht, ihre Wünsche nicht berücksichtigt und sie den Regeln des Dschungels überläßt, hat eine stark negative Erziehungswirkung“ (vgl. Bernard/Schlaffer 1997: 11).

Das neue Problembewusstsein für die spezifische und komplexe Situation von jungen Frauen und Mädchen im öffentlichen Raum ermöglichte die Entwicklung von Strategieplänen sowie Pilotprojekten für Parkanlagen in Wien. So wurden zwei Parkflächen in Wien-Margareten (der Einsiedlerpark und der Bruno-Kreisky-Park) geschlechtersensibler gestaltet, indem das Freiraumkonzept vernetzter, flexibler, differenzierter und sicherer gedacht wurde (vgl. Stadtbaudirektion 2015a). Seit Anfang 2000 ist die „gezielte Berücksichtigung von Mädchen- und Fraueninteressen in der Planung“ in Form von Gender Mainstreaming als „zentrales strategisches Arbeitsfeld in der Wiener Stadtplanung“ (vgl. MA18 2013: 13) etabliert.

Für ein Verständnis der Bedeutung der Gestaltung öffentlichen Raums in Bezug auf die sichere Mobilität von Frauen sowie ihrer Repräsentation kann Renate Ruhnes' Konzeptualisierung herangezogen werden. Ruhne legt öffentlichem Raum

„ein relationales und prozesshaftes Raumverständnis zu Grunde [...], das auf die soziale Konstruiertheit des Raumes rekurriert und das die sozialen Konstrukte aber auch in ihrer Materialität als ‚objektive‘ Erscheinungsformen zu berücksichtigen in der Lage ist. Der materialisierte Raum wird dabei als (in historischen und aktuellen Prozessen) konstruiert und

konstituiert verstanden. Gleichzeitig wird er aber auch selbst wiederum als konstituierend im Kontext gesellschaftlicher Prozesse angenommen. Dies erfordert die Annahme eines wechselseitigen Wirkungsgefüges, in welchem sich einerseits soziale Strukturen räumlich ‚materialisieren‘ und aber umgekehrt der materialisierte Raum auch auf soziale Gegebenheiten einwirkt“ (Ruhne 2011: 88).

Neben den strukturellen Maßnahmen in der Stadtplanung und -entwicklung mittels Gender Mainstreaming, ist es daher auch notwendig, Bewusstsein für einen kritischen und verantwortungsvollen Umgang mit sexualisierter Gewalt und sexueller Belästigung und ein Bewusstsein für die Notwendigkeit von Zivilcourage in der Gesellschaft und der medialen Öffentlichkeit zu schaffen. Im Rahmen der Kampagne „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“, zwischen dem 25. November (dem Internationalen Gedenktag für die Opfer von Gewalt an Mädchen und Frauen der UN) und dem 10. Dezember (dem Internationalen Tag der Menschenrechte), setzte das BMBF im Jahr 2015 den Schwerpunkt auf bundesweite Kooperationen sowie Sensibilisierung der Öffentlichkeit (vgl. BMBF 2015b). Weiters wurde, mit Förderung der Europäischen Kommission und des BMBF, vom Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser (AÖF), der Wiener Interventionsstelle gegen Gewalt in der Familie und der Bundesjugendvertretung (BJV) die zweijährige Kampagne „GewaltFrei Leben“ (2014/15) durchgeführt, die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit sowie einen Leitfaden für verantwortungsvolle Medienberichterstattung umfasste. Problematisch ist hierbei die oftmals durch Schutzvereinnahmungen, Schuldzuweisungen an die Opfer und Bagatellisierung geprägte Darstellung (vgl. Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser 2015). Roxanne Gay beschreibt in ihrer Essaysammlung *Bad Feminist* (2014) einen solchen medial-öffentlichen Umgang mit sexualisierter Gewalt und sexueller Belästigung schlicht wie folgt: „That is not simply the careless language of sexual violence. It is the criminal language of sexual violence“ (Gay 2014: 136).

Hanna Reiner hat Politikwissenschaft an der Universität Wien studiert und wird im Herbst 2016 ihren Master in Human Rights in Manchester beginnen.

Benard, Cheryl/Edit Schlaffer (1997): *Verspielte Chancen? Mädchen in den öffentlichen Raum!* Wien: Frauenbüro-MA 57.

Bundesministerium für Bildung und Frauen (BMBF) (2015a): Gender Index 2015. https://www.bmbf.gv.at/frauen/gender/gender_index_2015.pdf (Zugriff: 30.03.2016).

Bundesministerium für Bildung und Frauen (BMBF) (2015b): „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“. https://www.bmbf.gv.at/frauen/gewalt/16_tage_gegen_gewalt.html (Zugriff: 09.03.2016)

Gay, Roxanne (2014): *Bad Feminist. Essays*. New York: HarperCollins.

Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser/Informationsstelle gegen Gewalt (2015): „GewaltFrei Leben“. *Kampagne zur Verhinderung von Gewalt an Frauen und Kindern*. http://www.gewaltfreileben.at/images/Bilder/PDFs/gewaltFREI_Folder_Ueberblick.pdf (Zugriff: 30.03.2016).

MA 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung (2013): *Handbuch Gender Mainstreaming in der Stadtplanung und Stadtentwicklung*. Werkstattbericht Nr. 130, Wien.

MA 57 – Wohnen und öffentlicher Raum- Frauen in Wien (2015): *Geschlechtergerechte Stadtplanung und Stadtentwicklung*. <https://www.wien.gv.at/menschen/frauen/stichwort/wohnen/geschlechtergerechte-stadtplanung.html> (Zugriff: 30.03.2016).

Ruhne, Renate (2011): *Raum Macht Geschlecht: Zur Soziologie eines Wirkungsgefüges am Beispiel von (Un)Sicherheiten im öffentlichen Raum*. Wiesbaden: VS.

Stadtbauverwaltung – Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen (2015a): *Geschlechtssensible Freiraumgestaltung*. <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/alltagundfrauen/pdf/raum-la.pdf> (Zugriff: 30.03.2016).

Stadtbauverwaltung – Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen (2015b): *Sicherheit im öffentlichen und halböffentlichen Raum*. <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/alltagundfrauen/pdf/sicherheit-la.pdf> (Zugriff: 30.03.2016).

TELEVISION EXPANDED & DIE POPULARISIERUNG POLITISCHER NARRATIVE

Stefan Schweigler und Stefan Sulzenbacher

Interdependenzen von mobiler Medialität und aktuellen Präferenzen im Unterhaltungsfernsehen

Gesellschaftliche Vorlieben für Genres, Stile und Themen in kulturellen Praxen wie Literatur, Film und Fernsehen fluktuieren. Eine Dekade relativer Popularität des Melodramas kann von einer Dekade relativer Popularität der Sitcom abgelöst werden – daneben gibt es freilich marginale Genres, die nie mehrheitsfähig werden, sowie jene Genres und Formate, die es vormals waren, nicht mehr sind, aber vielleicht wieder werden können. All diese Fluktuationen erfolgen nebeneinander und miteinander und sind immer auch mit historischen, politischen, materiellen und diskursiven Stoffen verbunden. Trotz Ambivalenzen und immer nur relativen Verschiebungen innerhalb solcher Komplexe lassen sich temporäre Zuspitzungen von Mediatisierungsprozessen beobachten, die herausstechen und Fragen aufwerfen.

In den letzten fünfzehn Jahren (oft wird 9/11 als Wendepunkt genannt) wird etwa in Film und Fernsehen eine leichte Zunahme der Präferenz von Rezipient_innen für explizit-politische Inhalte und Themen vermerkt, seien sie nun realpolitisch oder fiktional. Auch die Ebene der Medienproduzent_innen nimmt diese inhaltliche Nachfrage wahr und reagiert ihrerseits mit mehr Angebot in diesem Bereich. Produktionsunternehmen wirtschaften sodann auf Basis von Erfahrungs- und Marktforschungswerten, die eine derzeit etwas höhere Wahrscheinlichkeit für kommerziellen Erfolg in der Nische politischer Filme und Fernsehsendungen ablesbar machen. In diesem Rahmen wird die verstärkte Attraktivität des politischen

Dokumentarfilms (z. B. Wagenhofer) genauso auffällig, wie etwa die Etablierung von langjährigen oder aktuell neuen Sendeplätzen von Late-Night-Shows mit Schwerpunkt Polit-Satire (*Willkommen Österreich, Bist du depert!*, *The Nightly Show with Larry Wilmore*, *Last Week Tonight with John Oliver*). Nicht zuletzt ist als Beispiel hierfür auch eine ganze Reihe fiktionaler Serien zu nennen, in denen politische Narrative überwiegen (*The West Wing*, *House of Cards*, *Alpha House*, *Veep*, *Scandal*, *Borgen*, aber auch fiktive Mittelalterpolitik in der Kategorie ‚High Fantasy‘ bei *Game of Thrones*). Anders als noch in den 1990ern verzeichnen solche Produktionen von Unterhaltungsfernsehen nun tendenziell höhere Einschaltquoten.

Dieser Text ist theoretisch im Bereich der Medienökologie verortet. Darunter wird eine relationale Betrachtung von medialen Forschungsgegenständen verstanden, die auch sogenannte Einzelmedien (z.B. ‚das‘ Fernsehen) stets in einem Geflecht von Wechselbeziehungen denkt: Zwischen Medien untereinander; zwischen historischen Gleich- und Ungleichzeitigkeiten; zwischen ästhetischen, technischen und kommunikationsspezifischen Dimensionen von sozialem Mediengebrauch. In diesem Zusammenhang werden Medien ebenso wie Menschen als Akteur_innen beschrieben, wofür wiederum der Begriff ‚Agency‘ relevant ist. Denn dieser definiert sich als

„die ‚Handlungsmacht‘ von Akteuren, das heißt ihren Anteil an Handlungen, Prozessen, Entwicklungen, Funktionsweisen, der einen nachweisbaren, erkennbaren, plausibel beschreibbaren Unterschied für deren Ablauf macht“ (Cuntz 2012: 28).

Vor diesem Hintergrund analysieren die folgenden Überlegungen mögliche Schnittstellen zwischen den genannten aktuellen Präferenzen für das Politische in

Unterhaltungssendungen und generellen medienökologischen Veränderungen von Fernsehen. Im Folgenden möchten wir die immer häufiger besprochene Annahme einer derzeitigen Popularisierung des Politischen, aber auch die Figur der Posttelevisualität kurz vorstellen. Daran anschließend werden wir auf Phänomene zu sprechen kommen, in denen politische Themen und neue Formen mobiler Televisualität ganz intrinsisch paarweise auftreten. Anhand solcher Brückenfiguren soll deutlich werden, dass zwischen politischen Narrativen und audiovisueller Mediatisierung fließende Austauschbeziehungen denkbar sind; dass die Agency von makropolitischen Erzählungen mit der Agency von sich wandelnden Fernsehordnungen zusammenwirkt; dass es sich also um ein größeres Ensemble von Effektivitäten handelt, welche gemeinsam mitunter die Präferenz für beispielsweise staatspolitische Storylines in Serien als ‚eine‘ von vielen Konsequenzen akut hervorbringen. Dabei stellen wir die These auf, dass die derzeit relative Beliebtheit von politischen Stoffen weder mit kritischerem Politikbewusstsein per se, noch mit verrohender Boulevardisierung des Politischen zu Gunsten eines allgemeinen Populismus zu synonymisieren ist. Vielmehr möchten wir an diesem Thema aufzeigen, wie diskursive Prozeduren und medientechnische Fluktuationen sich verschränken und neue Dispositive anordnen, innerhalb derer politisches Thematisieren andere/neue Formen performativer Materialisierung ausprobiert.

Popularisierung und Boulevardisierung des Politischen

Wenn wir hier von der Annahme einer Popularisierung des Politischen sprechen, müssen wir zuerst einräumen, was damit im Speziellen gemeint ist. Wenngleich wir im Anschluss an Foucault oder auch Deleuze/Guattari Politiken als eine Gemengelage von makro- und mikropolitischen Fluchtlinien begreifen, so ist ‚das Politische‘ wie es hier genannt wird, näher im Bereich eines engen, herkömmlichen, aber vor allem gemeinläufigen Politikbegriffs. Wir übernehmen mit dem Ausdruck ‚Popularisierung des Politischen‘ nämlich eine Formulierung, die in dieser Form zunehmend häufig gebraucht wird und bereits in ihrem Gebrauch diese semantische Einschränkung begründet vorwegnimmt. Auf einer Tagung am Wiener Institut für Zeitgeschichte zu Produktionen des Politischen im neueren Dokumentarfilm wurde

etwa die Auffälligkeit des kommerziellen Erfolges von jüngeren Filmen (vgl. *Let's Make Money* von Erwin Wagenhofer) in der Abschlussdiskussion differenziert besprochen. In der Diskussion entstand die konsensuale Erwägung, dass bei solchen Erfolgen nicht automatisch von einer neuen kritischen Rezipient_innenschaft ausgegangen werden kann, sondern zunächst von einem Phänomen der Popularisierung des Politischen (1).

Wird in kultur- und sozialwissenschaftlichen Zusammenhängen auf eine Popularisierung des Politischen referenzialisiert, so ist damit üblicherweise eine steigende Konjunktur im allgemeinen Interesse an all jenen Stoffen gemeint, in denen es um wirkliche, satirische oder fiktionale Formen von regionaler-, städtischer oder staatlicher Regierungs- und Oppositionspolitik (im engsten Sinne) geht. Ferner können aber auch Akteur_innen wie Präsident_innen, Institutionen wie EU, UNO oder NATO sowie Konzerne oder Gewerkschaften Figuren in diesen Narrativen sein. Und die Liste ließe sich erweitern. Weniger sind damit aber mikropolitische Praxen und Regierungstechnologien wie Medien oder Geschlecht gemeint, es sei denn, die Makropolitik selbst bespricht diese Bereiche (besonders augenfällig beispielsweise im dänischen Polit-Serial *Borgen*). Das Politische, von dem hier die Rede ist, meint also das, was gemeinläufig mit Politik assoziiert wird. Politisches im hier beschriebenen (beschränkten) Bedeutungsumfang würde nun, so die Annahme, etwas populärer werden. Populärer bedeutet wiederum zunächst nur, dass diese Themen und Stoffe mehr Interesse auf sich ziehen und plötzlich auch als unterhaltender wahrgenommen werden, womit grundsätzlich noch keine Auf- oder Abwertung einhergeht. Eine Popularisierung darf nicht mit Populismus verwechselt werden, ebenso wenig ist sie direkter Ausdruck von verstärkter kritischer Reflexivität über Politik. Das Phänomen einer solchen Popularisierung des Politischen ist nichtsdestotrotz bereits diskursiv überformt.

Zum einen gibt es jene Bereiche, in denen sie als positive Politisierung gefeiert wird, etwa am Beispiel des politischen Dokumentarfilms:

„Es hat sich ausgekichert für die Jünger der Spaßgesellschaft. Die Generation der lustigen Individualisten muss endlich einsehen, dass ein Leben ohne Politik ein Leben ohne Sinn ist und eine ständige Gefahr bedeutet. Die Gesellschaften der westlichen Welt [...] verlassen fluchtartig den sinnfreien Raum der seichten Unterhaltung“ (Schäfer 2001).

Dieses Beispiel zeigt exemplarisch wie ein Filmkritiker die Renaissance des politischen Dokumentarfilms zu diesem Zeitpunkt verheißungsvoll findet, aber nicht miteinbezieht, dass eine generelle Popularisierung des Politischen nicht zwingend für eine Abkehr von der (vermeintlich apolitischen) ‚seichten Unterhaltung‘ oder für ein Verlassen des ‚sinnfreien Raums‘ steht. Es gibt aber zum anderen auch jene Bereiche, in denen vor einer ‚Boulevardisierung‘ des Politischen gemahnt wird und die inflationär verstreuten, populistischen Gratiszeitungen im öffentlichen Wiener Verkehr beklagt werden, welche sich durch die Popularisierung politischer Stoffe umfangreicher Leser_innenzahlen erfreuen. Derzeit kann sogar eine Petition mit dem Aufruf zum Verbot der Entnahmeboxen unterschrieben werden, die sich an Maria Vassilakou richtet, und wie folgt begründet wird: „Die gratis Zeitung ‚Heute‘ trägt mit ihrer populistischen Berichterstattung zur Verrohung der politischen Kultur bei“ (2). Populismus ist zwar mit einer allgemeinen Popularisierung des Politischen nicht gleichzusetzen, steht aber auch immer in einem Verhältnis zu ihr, zumal eine längerfristige oder akute, allgemeine Popularität politischer Stoffe zum Nährboden für eine Zuwendung zum Populismus avancieren kann. Drittens wird die Annahme einer gesteigerten Präferenz für politische Themen auch metatextuell diskutiert. So wurde etwa 2007 in einer Tagung an der FU Berlin die „Boulevardisierung des politischen Diskurses“ als ein Phänomen der Ambivalenzen begriffen, dem auch Potenziale eingeschrieben sind (3). Dieser komplexen und heterogenen Idee von einer Popularisierung des Politischen schließen wir uns an. Darüber hinaus werden wir später auf den Begriff der Boulevardisierung auch hinsichtlich jener Dimensionen eingehen, die ihm als interessante Motive für Fragen der Mobilität und des Television Expanded eingeschrieben sind.

Posttelevisualität und Expansion des Fernsehens

Allfällige Ortswechsel von A nach B führen in urbanen Ballungsräumen wie Wien gegenwärtig auch eine gesteigerte Mobilität von Bildschirmen vor Augen, die in fernseh- und medienwissenschaftlichen Debatten wahlweise unter den Begriffen ‚Expanded Television‘, ‚Para-Television‘ oder ‚posttelevisuelles Fernsehen‘ verhandelt wird. Diese mediale Form der Mobilität verweist auf vielfältige Verschiebungen

televisueller Dispositive, die vor dem Eindruck einer räumlichen wie zeitlichen Ausweitung und Entgrenzung des Televisuellen diskutiert werden und Praxen des Fernsehens – wenn überhaupt – weniger direkt an die klassischerweise damit assoziierten punktuellen Lokalitäten (dem Zuhause, dem Wohnzimmer und der Couch) und linearen Temporalitäten (dem ‚Flow‘ – dem Programmfluss der Sender) bindet.

Angesprochen sind damit einerseits anhaltende Neuverteilungen von Bewegtbildern in der (teil-)öffentlichen Sphäre, die nicht (mehr) an distinkte Medienereignisse wie Public-Viewings oder Freiluft-Film-Screenings mit ihren verbindlichen Beginnzeiten gekoppelt sind, sondern vielmehr als ganz selbstverständliche Nebenerscheinung des mediatisierten Alltags auftreten und durch technisch-apparative Entwicklungen und deren Popularisierung kogeneriert sind. So etwa die zunehmende Zahl von Flachbildfernsehschirmen in diversen Warteräumen (Ärzt_innenpraxen etc.), in Restaurants, in öffentlichen Verkehrsmitteln, im Flugzeug und in Schaufenstern sowie ihre individualisierte Variante der mobile/portable devices im Hand-, Hosentaschen- oder Rucksackformat (Smartphones, Laptops, Tablets). Michael Strangelove fasst die entsprechenden Zahlen der aktuellen Cisco Visual Networking Indexes dahingehend zusammen, dass demzufolge bis Ende 2018 weltweit über 4,5 Milliarden Abonnements für Smartphone-Verträge prognostiziert werden, bereits jetzt die Anzahl der mobil mit dem Internet verbundenen Apparate die menschliche Weltbevölkerung in Summe übersteigt und Geräte, die mobiles Fernsehen ermöglichen, zu den am schnellsten wachsenden Sparten elektronischer Konsumgüter gehören (vgl. Strangelove 2015: 133).

Der Entkopplung von distinkten Medienereignissen der im öffentlichen Raum zirkulierenden Bewegtbilder entspricht andererseits eine zunehmende Mobilisierung von Fernsehinhalten auch im Hausgebrauch. Konnten Anfang der 00er-Jahre mithilfe digitaler Videorekorder platzsparende Festplatten-Archive televisuell distribuierte Inhalte zur zeitversetzten oder wiederholten Rezeption angelegt werden, so ermöglichen mittlerweile diverse (Subscription-) Video-on-Demand-Dienste wie YouTube, Vimeo, Hulu, Amazon Video oder Netflix ein posttelevisuelles Fernsehen, das bei entsprechender Internetverbindung – unabhängig vom Fernsehgerät und der Programmstruktur linearer TV-Sender – potenziell immer und überall stattfinden kann. Elana Levine und Michael Newman zeichnen in diesem

Zusammenhang eine Kontinuitätslinie der in unzähligen Technik-Werbungen versprochenen (Inter-)Aktivität und Agency nach, die sich stets von der jeweils vorherigen, ‚alten‘ und retrospektiv mit Passivität und Weiblichkeit konnotierten Realisierungsform linearen Fernsehens abhebt (vgl. Levine/Newman 2012: 131ff.). Eine entsprechende Kontinuitätslinie folgt dabei ganz der von Markus Stauff beschriebenen Gouvernamentalität des ‚neuen‘ Fernsehens (Stauff 2005), indem sie sukzessiv autonomere Subjektivierungsweisen in Aussicht stellt, die sich durch richtigen Technikgebrauch vom Flow emanzipieren und das eigene Selbst durch individualisierten Zugriff auf die Inhalte besser realisieren können.

Indem die (vermeintlich) medienspezifische Lokalität (das Private) und Temporalität (der Flow) des Fernsehens derart zur Disposition gestellt werden, berührt dies auch das – seit jeher – äußerst heterogene Feld der Fernsehwissenschaft selbst und führt hier zu disziplinären Verwerfungen und Neuordnungen. Begriffen wie Posttelevisualität sind folglich bereits divergierende Lesarten ihrer selbst inhärent. Sie werden auf der einen Seite als neue Medienspezifik verstanden, die von Fernsehen verschieden sei, also schlicht eine Vielfalt von völlig neuen Medienformen an sich markiere: „Der Begriff Fernsehen wird auf etwas übertragen, das überhaupt kein Fernsehen ist“ (Bleicher 2012: 109). Auf der anderen Seite – die auch wir bevorzugen – kann ein ‚expanded‘ Fernsehen als Aktualisierung eines in Veränderung begriffenen Mediums besprochen werden, das ohnehin immer schon medienökologischen Wandel vollzogen hat und im Kontext von umfassenden Prozessen der ‚Remedialisierung‘ (vgl. Seier 2007) zu denken ist, also nicht ‚auch‘, sondern ‚vor allem‘ in seinen Bezügen zu anderen Medien. Jene Bezüge werden dabei aber nicht einfach als kleine gegenseitige Beeinflussungen zwischen distinkten Bereichen aufgefasst, sondern als die Medien überhaupt erst konstituierenden Unterstützungsstrukturen, welche einen Aspekt ihrer performativen Materialisierung ausmachen.

Tagespolitisches Fernsehen Expanded

Wir beobachten also, dass Fernsehen zunehmend in öffentliche Räume migriert oder sich dorthin erweitert – bis hin zum Ausstellen des geglückten Weltrekordversuchs im Dauerfernsehen in der Schaufensterauslage einer

Möbelhauskette auf einem der historisch wichtigsten Boulevards der Stadt Wien: in der Wiener Mariahilferstraße im März 2016 (4). Ein Begriff von einer Boulevardisierung des Fernsehens würde in diesem Zusammenhang in erster Linie jenes zunehmende Hineinreichen des Fernsehens in den öffentlichen Raum beschreiben, ohne damit bereits negative Konnotationen mit sich zu bringen. Ironischerweise scheint aber auch gerade Fernsehen nicht Gefahr zu laufen, seine Boulevardisierung als Qualitätsverlust interpretieren zu lassen, da es ohnehin auf der Skala der Qualitätsmedien (in Traditionen bildungsbürgerlicher Anschauung) weit unten rangiert. Am Boulevard begegnen uns nun aber auch Variationen von erweitertem Fernsehen, die konkrete tagespolitische Inhalte an jenen Orten der Mobilität mediatisieren. Neben der Möglichkeit des Streamings via Smartphone von in Kurzformaten durch TV-Theken bereitgestellten Nachrichtenbeiträgen etwa des ORF werden auch parodistisch-politische Nachrichten in kurzer Videoform unterwegs rezipiert – die Online-Satirezeitung Tagespresse bespielt ihre Kanäle beispielsweise mittlerweile auch mit Videos, die eine Mimikry auf Fernsehnachrichten darstellen, quasi im Stil einer ZIB-Mockumentary. Dabei gehört das Bespielen eines eigenen YouTube-Kanals mit kurzen Clips, die sich an der Segmentierung der jeweiligen Sendung orientieren, für US-amerikanische Politainment-Shows mittlerweile zum guten Ton. Eines der meistbesprochenen Phänomene in diesem Zusammenhang stellen überdies die ‚Infoscreens‘ dar. Sie werden als ein Paradebeispiel für Posttelevisualität beschrieben, tauchen als Leinwandprojektionen in U-Bahn-Stationen und als Flachbildschirme in Straßenbahnen auf. Vor allem diese noch recht junge Fernsehform trägt massiv zu einer Rezeption von tagesaktuellen Politika in mobilen Öffentlichkeiten bei. Dass die Boulevards und die Orte des Verkehrs aber nicht unterkomplex als Räume reiner mobiler Aktivität verstanden werden dürfen, sondern als Räume in denen eine komplizierte Mischung von Aktivität und Passivität vorherrscht, beschreibt Anna McCarthy mitunter am Beispiel daran, wie Fernsehbildschirme gedeihlich Orte des Wartens besetzen, was insbesondere auf Infoscreens zutrifft:

„[T]he screen organizes and compartmentalizes space by its physical position, and it comes to occupy that place because of an archive of formal and informal placement protocols“ (McCarthy 2001: 222).

Dieselbe komplexe Gemengelage aus Aktivität und Passivität gilt selbstverständlich auch für das nach bürgerlich-patriarchaler Logik mit Weiblichkeit und Politikferne assoziierte ‚Häusliche‘ und dessen (post-)televisuelle Mobilisierung. Es ist auch bereits seit geraumer Zeit Gegenstand feministischer Fernsehwissenschaft – wie etwa Tania Modleskis Analyse der strukturellen wie funktionalen Zusammenhänge zwischen Genres des Daytime-Fernsehens, z.B. der Soap-Opera und Reproduktionsarbeit belegt (vgl. Modleski 2001 Orig. 1983).

Die von McCarthy beschriebene „continuousness of the TV schedule“ (McCarthy 2001: 196) durchläuft und durchdringt in diesem Sinne wirkmächtig die Protokolle der Routinen ebenso wie jene der Wartezeiten, sowohl des privaten als auch vermehrt des öffentlichen Fernsehens. Formate wie Infoscreens und TV-Theken, die über Smartphones rezipiert werden, gesellen sich nicht einfach nur zur Omnipräsenz von Gratiszeitungen dazu, sondern erweitern die Erfahr- und Erlebbarkeit politischer Medialität um die Perzepte und Affekte von Mikronarrationen durch (audio-)visuelle ‚Bewegtbilder‘. Es ließe sich also spekulieren, dass solche Fernsehformen in urbanen Räumen einerseits daran Anteil haben, dass eine stärkere Integration von tagespolitischen Themen, Ideen, Diskursen, sogar von damit verbundenen Vokabeln vonstatten geht – dies wäre ein Argument, das Inhalte und Themen betrifft. Die Art und Weise ‚wie‘ diese Themen aber durch spezifische fernsehmediale Perzepte erfahren werden, sollte aber nicht unterschätzt werden: Auf einer solchen Ebene ließe sich nämlich die These aufstellen, dass diese TV-Formen zumindest eine gewisse Einübung und Eingewöhnung in die Rezeption von audiovisuell-seriellen Narrationen (mit politischer Denomination) forcieren und dadurch eine nicht nur inhaltliche, sondern auch formale Präferenz für das audiovisuelle Politische etwa in fiktionalen Serien bezuschussen.

Konjunkturen politischer Erzählungen

Solche fiktionalen Unterhaltungsmedien widmen sich nicht erst neuerdings politischen Stoffen. Die Mediologie kann auf eine lange Tradition politischer Erzählungen zurückblicken. Der Bogen reicht dabei von royalen Shakespearedramen über Romane bis hin zu Miniserien

im TV. Dass aber aktuell „eine interessante Affinität zwischen dem seriellen Erzählen und dem Thema Politik“ (Kelleter/J.S. 2014: 11) zu verzeichnen ist, wurde auch in einem Interview mit den Medienwissenschaftlern Frank Kelleter und Andreas Jahn-Sudmann resümiert. Die aktuelle Veränderung von Fernsehserien unter dem Einfluss neuer Distributionskanäle (Streaming etc.) und neuer Rezeptionsgewohnheiten (Binge Watching etc.) bringt derzeit viele Serien hervor, bei denen die Rede und zugleich Anrufung von Qualitätsfernsehen neuerlich konzentriert aufkommt. Als frommes Beispiel für Quality-TV wird eine Polit-Serie wie *House of Cards* dabei häufig zu allererst angeführt. Plausibilisiert wird die mutmaßlich hohe Qualität versuchsweise immer wieder an der filmisch-cineastischen Erzählweise, an der technisch aufwendigen und teuren Produktionsweise, an der Raffinesse der Montage, der Kamera- und Beleuchtungstechnik, an den eloquent geskripteten Dialogen, aber auch an den oft politischen Inhalten dieser Serien.

Festzuhalten ist dabei auch nach Kelleter und Jahn-Sudmann, dass eine Demarkation von minder- und hochqualitativem Fernsehen mediologisch keine produktive oder kritische Differenzierung darstellen kann, dass ihr umgangssprachliches Auftauchen allerdings auf einen aktuellen Korpus von Problemen und offenen Fragen hinweise, welche das Medium und die Praxiszusammenhänge in die es eingebunden ist, derzeit aushandeln. Man könnte meinen, dass eine Krise des Fernsehens, die mit seiner Boulevardisierung (etwa seiner Expansion in die Nähe der Gratiszeitung) in bestimmten televisuellen Communities eine Renitenz hervorruft, die Refugien einer gegensätzlichen Konjunktur behaupten will – also Bereiche, in denen das Fernsehen seine vermeintliche Migration in den Qualitätsverlust umgekehrt durch eine zweite Expansion hin zum Hochkulturellen kompensiere. TV-Kritiker_innen feiern die lediglich als punktuell verstandenen medialen Wechselwirkungen zwischen Fernsehen und kulturell legitimierteren Erzählformen wie Film und Roman sowie die damit einhergehende ‚Zopfdraturgie‘ (5) regelmäßig als Innovationsleistung des gegenwärtigen Quality-TV – meist ohne Erwähnung der entsprechenden Vorlage komplexen seriellen Erzählens in Form von Soap-Operas. Kelleter und Jahn-Sudmann argumentieren die verstärkte Investition in Polit-Serials dagegen in erster Linie anhand der strukturellen Passformigkeit von weiten politischen Handlungsbögen für serielle Erzählformen.

Als medienökologische Analyse möchte dieser Text allerdings einen Schritt weitergehen und insbesondere die in den vorangehenden Kapiteln beschriebenen Phänomene zu Kelleter und Jahn-Sudmanns These als weitere Aspekte von Möglichkeitsbedingungen der Popularisierung politischer Stoffe adjustieren. So werden beispielsweise eben auch Polit-Serials zunehmend in expandierter, posttelevisueller Form rezipiert und Serienerzählungen zugleich regelmäßig über die angenommene Grenze des Fernsehens hinweg ausgeweitet – bspw. in mockumentarischer Form anlässlich des 2013 White House Correspondents' Dinner (6). Die entsprechenden Clips, die sich neben zahllosen politisch(-satirisch)en Kurznachrichten unterwegs am Smartphone streamen lassen und in dieser Hinsicht das audiovisuelle Gegenstück der Kurzmeldungen in Gratiszeitungen bilden, befördern dabei gewissermaßen auch die Expansion des Politischen.

Bei Betrachtung der Weltrekordler_innen im Dauer-Fernsehen, die sich im Schaufenster des Boulevards der Mariahilfer Straße am 15. März darauf einigen konnten, ihren TV-Marathon mit *House of Cards* zu eröffnen (4), sollte schließlich klar geworden sein, dass lange Handlungsbögen, die sich aus dem Spinnen politischer Intrigen ergeben, aus medienökologischer Perspektive zwar auch von Gewicht, jedoch nur eine Facette der vielfältigen Verschränkungen von Boulevardisierung des Politischen und Expansion des Fernsehens sind.

Stefan Schweigler ist Mitarbeiter am Institut für Theater-, Film- und Medienwissenschaft und forscht derzeit zu Mediologien von Affekt, Attachement und Assemblage.

An selbigem Institut ist Stefan Sulzenbacher Stipendiat der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (DOC) und promoviert zu posttelevisuellen Selbsttechnologien aus männlichkeitskritischer Perspektive.

Anmerkungen:

- (1) Paraphrasiert nach einem Bericht von Andrea Seier. Angaben zur Tagung von 10.–12.05.2012: <http://www.univie.ac.at/Geschichte/salon21/?p=8821> (Zugriff: 02.02.2016).
- (2) Petition siehe: https://secure.avaaz.org/de/petition/Mag_Maria_Vassilakou_Entfernung_der_Heute_Entnahme-boxen_aus_Bereichen_der_Wiener_Linien/?pv=4 (Zugriff: 21.02.2016).

(3) Aus dem Folder der Tagung ‚Politik auf dem Boulevard? Die Rolle von Männern und Frauen bei der Popularisierung von Politik durch die Medien‘, http://www.polsoz.fu-berlin.de/kommwiss/arbeitsstellen/journalistik/media/2008_02_08-Konferenz__Politik_auf_dem_Boulevard_/Programm_-_Politik_auf_dem_Boulevard.pdf (Zugriff: 21.02.2016).

(4) Vgl. Sarah Brugner/Michael Luger (16.03.2016): *Weltrekordversuch in Wien: 92 Stunden Dauerfernsehen*. <http://derstandard.at/2000033016270/92-Stunden-Dauerfernsehen-Weltrekordversuch-in-Wien> (Zugriff: 15.04.2016).

(5) Verschachtelte narrative Muster: Sie überschreiten eine duale Struktur um die Serialisierung und Sukzessivität von vielen Rahmen- und Binnenhandlungen. Ein Problem tut sich auf; ein anderes spitzt sich zu; ein weiterer Handlungsstrang wird vorläufig beendet.

(6) Unter folgendem Link kann ein Mitschnitt des Dinners eingesehen werden: C-Span (27.04.2016): *House of Cards at 2013 White House Correspondents' Dinner*. <https://www.youtube.com/watch?v=CXgq238dil0> (Zugriff: 15.03.2016).

Bleicher, Joan (2012): „Der Begriff Fernsehen wird auf etwas übertragen, das überhaupt kein Fernsehen ist“. Joan Bleicher über altes und ‚neues‘ fernsehen. In: *montage AV Zeitschrift für Theorie und Geschichte audiovisueller Kommunikation* 21/1/2012, 109–114.

Cuntz, Michael (2012): *Agency*. In: Christina Bartz u. a. (Hg_innen): *Handbuch der Mediologie. Signaturen des Medialen*. München: Fink, 28–40.

Kelleter, Frank/Andreas Jahn-Sudmann (2014): „Eine interessante Affinität zwischen dem seriellen Erzählen und dem Thema Politik“. Von Soap Operas zum Quality TV. In: *Indes. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft* 4/2014, 5–22.

Levine, Elana/Michael Newman (2012): *Legitimizing Television. Media Convergence and Cultural Status*. New York: Routledge.

McCarthy (2001): *Ambient Television. Visual Culture and Public Space*. Durham/London: Duke Univ. Press.

Modleski, Tania (2001): *Die Rhythmen der Rezeption. Daytime-Fernsehen und Hausarbeit*. In: Ralf Adelmann u. a. (Hg_innen): *Grundlagentexte zur Fernsehwissenschaft. Theorie – Geschichte – Analyse*. Konstanz: UVK UTB, 376–387.

Schäfer, Andreas (2001): *Die Spaßgesellschaft am Ende. Andreas Dörner findet in „Politainment“ Spuren der Politik in der medialen Unterhaltung*. http://www.literaturkritik.de/public/rezension.php?rez_id=4349&ausgabe=200112 (Zugriff: 15.04.2016).

Seier, Andrea (2007): *Remediatisierung. Die performative Konstitution von Gender und Medien*. Münster: Lit.

Stauff, Markus (2005): *„Das neue Fernsehen“. Machtanalyse, Gouvernementalität und digitale Medien*. Münster: Lit.

Strangelove, Michael (2015): *Post-TV. Piracy, Cord-Cutting, and the Future of Television*. Toronto u. a.: Univ. Press.

A HOSTILE & INEFFICIENT MERITOCRACY

The negative consequences of today's Gesellschaft and how we avoid them

James Hollis

Contemporary debates on social mobility largely focus on how to ensure that dispossessed social groups penetrate upper income strata. Such debates seek to develop strategies, which can then be used to provide opportunity and subsequent upward mobility for a range of deprived social groups. It is hoped that such strategies can in turn be used to provide answers to a number of pressing social questions. For example, how can society provide children from impoverished families with the same life chances as those from well to do backgrounds? Or how can society be moulded to ensure that women are better represented on company boards in relation to men? Or, and more recently, how can European countries ensure that refugees arriving from the Middle East and Africa can begin a dignified life in their newly adopted homelands? Such questions lie at the heart of social mobility discourse and will undoubtedly continue to incite vigorous debate in the foreseeable future.

However, although debates on social mobility largely relate to the means, which may be employed in order to achieve social justice, comparatively little regard is paid to the ends that social mobility strategies are striving towards. In other words whereas there is ample discussion concerning the means, which may be employed in order to spread opportunity, analysis is not as forthcoming with respect to the nature of the society that is currently emerging as a result of current social labours. This has much to do with the fact that social mobility tends to assume the answer to this ostensibly obvious question. That answer tends to incline towards idealistic notions of a society where individuals from a range of deprived backgrounds are adequately represented throughout the upper income echelons of society. With this in mind, this article will seek to investigate

the social model of Gesellschaft around which today's society is organized and which remains the primary social blueprint upon which contemporary strategies on social mobility are based. It will do this by investigating the key underlying tenets of Gesellschaft and those of its predecessor Gemeinschaft, social models which have contributed significantly in framing both past as well as contemporary debates on social justice. It will outline that western society has for all intents and purposes assumed the form of a Gesellschaft with individual life directions being largely based on ability as opposed to background. It will highlight that whilst a meritocratic Gesellschaft might seem an attractive social model, it nevertheless constitutes a model characterized by high levels of status inequality and resulting social antagonism. By drawing on the theory of comparative advantage it will argue that the objective of social mobility should be to encourage individual talent irrespective of the particular socio-economic bracket within which a particular talent and its resulting vocation may fall. This would not only give rise to a more harmonious society but also to a more efficient society in economic terms. Finally, the article will suggest a new organizational model for society, which seeks to combine the positive elements of both Gemeinschaft and Gesellschaft, whilst keeping the disadvantageous elements inherent within both models to a minimum.

Gemeinschaft: A Harmonious but Exclusive Community

As first proposed by the German philosopher and sociologist Ferdinand Tönnies, the term 'Gemeinschaft' within sociological discourse is used to refer to a particular unit of

social organization, in this case a community (see Loomis 1957). *Gemeinschaft* is characterized by high levels of solidarity amongst its members, which has much to do with its family-centric nature (see *ibid.*). Community solidarity does not however, imply a community of economic equality. As is the case with many other social and economic models, *Gemeinschaft* constitutes a community of ‘haves’ and ‘have-nots’. Such a reality should not however, be regarded as a source of instability for *Gemeinschaft* itself as a result of any underlying social antagonisms amongst its members. This is because whilst enduring differences in terms of income, *Gemeinschaft* is also characterised by low levels of “status inequality” (Brint 2001: 15). That is, a *Gemeinschaft* constitutes a place where all of its members regardless of socio-economic status are able to find acceptance (see *ibid.*). Taking the example of a lawyer and a manual factory worker as a case in point. Whereas a lawyer may enjoy a better standard of living compared to that enjoyed by a factory worker, the role of factory worker within a *Gemeinschaft* is nonetheless, regarded on more or less equal terms with that of a lawyer.

Notwithstanding its social harmony *Gemeinschaft* does, however, suffer from one significant shortcoming, that of its exclusive nature. In addition to ‘community’ *Gemeinschaft* can also be translated to mean ‘group’. On consideration of the word group, one is likely to envisage a group of individuals, some or all of whom not only have power over the direction of the group, but also have power over its constitution. That is, a group can be just as exclusive as it can be inclusive; such is the nature of a *Gemeinschaft*. Not only does *Gemeinschaft* fail to facilitate mobility between its various social groupings, but it can even go so far as to block any attempts at inter-group mobility. This is largely due to its family-centric nature where a communal unit such as a town is considered as a family and where town “clans” represent “the elementary organisms of its body” (Loomis 1957). Furthermore, the children of town clans are regarded by all as the “anticipated masters of their clan” (*ibid.*). By contrast, whilst “strangers” to the community may be accepted as “guests” they are unlikely to be able to assume the role of representatives of the community itself (see *ibid.*). Thus, such a state of affairs does not bode well for social mobility as it suggests that the clan or social group within which an individual is born is likely to be where that individual will spend the rest of his or her

life. This is because membership of social groups or clans within a *Gemeinschaft* is exclusively reserved for those who originate from those groups.

The implications of *Gemeinschaft* for social mobility can be traced throughout pre-twentieth century European history and culture. The most classic example in this regard being that of a very intellectually gifted child born into an impoverished family within a *Gemeinschaft*. Given his background, this individual would have found it nearly impossible to use his intellectual prowess in a white-collar and therefore better-paid job for the benefit of both himself and for society at large. This would have been largely due to his circumstances where he could neither access the education necessary to develop his talent, nor readily find the opportunity to apply his talent in any practical way thereafter. Such opportunities would have been *de facto* reserved for those individuals emanating from the higher social strata. Conversely, a far less intelligent child born into a wealthy family—because of his access to education as well as his familial or ‘clan connections’—would almost certainly have been guaranteed a high-income career along with its impressive standard of living. Such a state of affairs led many progressive intellectuals of the nineteenth century to question both the structure and morality of the *Gemeinschaft* upon which western civilization at the time was based (see Micklethwait and Wooldridge 2014). As a consequence, many radicals throughout western society began to seek strategies with the aim of producing a social and economic order in which people’s life chances were based on ability and not on background (see *ibid.*). The steady implementation of such strategies led to the decline of *Gemeinschaft* and to the emergence of a new social model, that of *Gesellschaft*.

Gesellschaft: A Meritocratic but Antagonistic Society

Ferdinand Tönnies himself treated society’s progression from a *Gemeinschaft* to a *Gesellschaft* in evolutionary terms. For Tönnies, *Gemeinschaft* represented humanity’s childhood and *Gesellschaft* represented its maturity (see Brint 2001). The ‘maturing process’ itself would come about over time as the village or town within which *Gemeinschaft* was situated gradually gave way to the larger and more alienating city (see Loomis 1957). In contrast

to Gemeinschaft, Gesellschaft constitutes a space wherein each individual is what he is “through his own personal wealth and contracts” (Loomis 1957). As a consequence of this and in direct opposition to Gemeinschaft, the difference between natives and strangers within a Gesellschaft is rendered irrelevant as individuals are accepted based on their abilities and achievements (Loomis 1957). In a Gesellschaft therefore, the communal or group barriers once prevalent within a Gemeinschaft are rendered non-existent and individuals are free to achieve social progression based on their own individual efforts. From the perspective of social mobility, the shift from Gemeinschaft to Gesellschaft within any society can be regarded as in a positive light. Despite on-going debates of how social mobility can continue to be improved for a number of disadvantaged social groups, western society has for all intents and purposes assumed the form of a Gesellschaft. One need look no further than the world of work as it stands today where the playing field has been opened up to those social groups who would not have otherwise had a chance to prove themselves were they to live within a Gemeinschaft. The situation today as far as social mobility is concerned, is a major improvement on that which existed one hundred or even fifty years ago.

Gesellschaft is not however, without its own shortcomings. As with Gemeinschaft, Gesellschaft can also be translated to mean more than one thing, including ‘corporation’. When thinking of a corporation one is likely to envisage a business entity and one, which is constantly striving to achieve efficiency. It behaves in this fashion in order to compete or survive within the particular market within which it operates, the latter of which constitutes a very competitive environment. It is within this market setting that the best flourish and those that are less able founder. Consequently, the corporation seeks to attract the very best of employees in order to enable it to compete with rival corporations who also seek the most talented and the most competent of workers. Additionally, the inside of a corporation must necessarily constitute both a competitive as well as pressurized environment as the corporation’s employees strive to meet the corporation’s high standards. This is a reflection of the harsh competition raging between corporations in the marketplace. Whilst this is the natural state of affairs of any market economy, it is also a reflection of the tone of life facing those living within a Gesellschaft. One of the reasons

for the heightened levels of competition prevalent within a Gesellschaft has to do with the fact that Gesellschaft in contrast to Gemeinschaft is characterized by high levels of status inequality. This is because it is the wealthiest members of Gesellschaft—some of whom may not have been wealthy to begin with—, who are the perceived standard setters of society, standards to which the lower income social strata feel obliged to conform with (Loomis 1957). These lower income social groups seek to imitate such standards through the accumulation of knowledge and wealth and through this social power (see *ibid.*). But attempts at obtaining social power only cover up the many inner hostilities with a Gesellschaft, which are caused as a result of the conflicting interests of individuals (see *ibid.*). That is, the interests of the individual members of Gesellschaft frequently come into conflict with one another as they compete with one another for both wealth and status.

So although individuals may have the opportunity to achieve social mobility within a Gesellschaft many feel under an obligation to achieve not just mobility but also significantly higher incomes in order to obtain those social standards set by the very wealthy within society. This creates not only a highly pressurized environment but also a highly antagonistic society. It also encourages discourse on social mobility to focus more on encouraging a select number of talents and their resulting high-income vocations to the detriment of other career paths. This can have a number of practical implications not least in economic terms, as the next section will show.

Comparative Advantage in Talent

In addition to the social antagonisms brought about by high levels of status inequality another shortcoming associated with today’s Gesellschaft is its inefficiency in economic terms. Any truly economically efficient society needs to be able to encourage talents of all descriptions irrespective of what their promise in socio-economic terms may be for the individuals concerned. That is, there is a need to place more emphasis on encouraging diversity in talent. This is important from the point of view of comparative advantage; a term first coined by the British political economist David Ricardo. As set out by Ludwig von Mises this theory holds that:

Collaboration of the more talented, more able, and more industrious with the less talented, less able, and less industrious results in benefits for both. The gains derived from the division of labor are always mutual. [H]igher productivity achieved under the division of labor is present because its cause—the inborn inequality of men and the inequality in the geographical distribution of the national factors of production—is real. (Derobat and Topan 2015: 8).

Comparative advantage is therefore to be understood as the ability of an individual to produce a good or service at a lower cost than another (Derobat and Topan 2015). Or where a particular individual has a “higher relative efficiency with regards to production given the range of possible goods to be produced at a specific point in time” (ibid.: 9). According to comparative advantage therefore, individuals are more efficient at producing certain goods or services relative to other goods and services. This suggests that people have differing levels of abilities with respect to different areas of economic life with one individual being naturally inclined to produce a particular good or service better than the next.

Individuals should as a consequence specialise in the production of a good or service within an area within which they are most naturally inclined. So for example, someone who is particularly talented in solving mathematical equations should specialise within this particular area and engage himself within a profession, which demands a high-level of mathematical aptitude. Similarly, someone who demonstrates a natural affinity with political science should ideally concentrate the bulk of his future labours within this particular field. Indeed, the majority of strategies on social mobility are likely to agree with this logic. Furthermore, they are likely to go on to argue that such an argument militates in favour of enhanced access to education in order to allow such talents to fully prosper. This would not just be right in itself from a social justice standpoint, but would also be beneficial for society as a whole.

The shortcoming inherent within today’s social mobility discourse however, lies in the fact that the comparative advantage argument tends to stop here. As set out by comparative advantage, individuals are inherently unequal in terms of their output within different areas of economic life. Or put differently, each individual has a particular area, whether this be academic or practical where they are naturally endowed and where they are therefore likely to

produce the greatest output when compared to other areas. Furthermore, comparative advantage is blind with respect to socio-economic background. Thus, it could well be that someone from an affluent family has a natural affinity in crafting objects and fixing machines, whereas someone from a poor family may prove to be an exceptionally talented economist. Comparative advantage would hold in this scenario that it would be beneficial for society as a whole for the former to develop his mechanical aptitude and go on to take up a career, which involves producing handicrafts and/or fixing vehicles. Similarly, it would argue that the other individual should take up employment as for example, an economist for an economic think tank or business. What is also clear however is that the above logic could and should work the other way round. That is, where the above talents of both individuals are switched then so too should their respective economic roles within society even when their socio-economic backgrounds remain the same.

Such logic does not on the other hand, tend to go down well within a *Gesellschaft* characterized by high levels of status inequality. Or such logic is not attractive within a society where those from lower income social groups feel pressurized into imitating the high standards set by the wealthy within society. Social mobility tends to embrace this narrative by largely focusing its efforts on ensuring that those from low-income bracket social groups are able to penetrate high-income brackets. This is because many practically inclined careers tend to fall into lower income brackets when compared to more academically inclined professions. Comparatively little attention is however, devoted to the question of how society might ensure that the talents of all irrespective of socio-economic background are not only developed but fully utilized for the overall benefit of society. How this might be achieved in practice is what the final section of this article will lay out.

Towards a New Model for Society: The Case for Fellowship

Given its shortcomings the question, which then arises, is what can be done in order to overcome the socio-economic weaknesses inherent within today’s *Gesellschaft*? As underlined above, the root cause of *Gesellschaft*’s drawbacks has to do with its high levels of status inequality resulting

in social antagonism and economic inefficiency. *Gemeinschaft* by contrast due to its low levels of status inequality, offers a more attractive alternative to *Gesellschaft* in this regard. This is because *Gemeinschaft* shows appreciation for an individual's personality and contribution to group life as opposed to focusing solely on the narrower aspects of rank and achievement (see Brint 2001). Furthermore, there is nothing to prevent today's *Gesellschaft* from assuming more of the characteristics traditionally associated with *Gemeinschaft*. Indeed and as mentioned above, Tönnies regarded society's progression from *Gemeinschaft* to *Gesellschaft* in evolutionary terms. Nevertheless, Tönnies still viewed *Gemeinschaft* along with "its own distinctive set of empirical coordinates and consequences" as constituting an alternative to *Gesellschaft* (see *ibid.*: 2). One cannot however, escape from *Gemeinschaft*'s most significant shortcoming with respect to social mobility, that of its exclusive nature. Given the distinct social and economic disadvantages associated with both *Gemeinschaft* and *Gesellschaft*, another model for society is therefore required. Curiously enough, whereas *Gemeinschaft* and *Gesellschaft* differ in relation to one another with respect to meaning both however, share one noun in common; that of "fellowship". A fellowship can be construed *inter alia*, as a group of individuals who share mutual interests. It also constitutes a term, which can be associated with notions of charity. As a form of social organization therefore, fellowship could offer an encouraging alternative to both *Gemeinschaft* and *Gesellschaft*. This is not because it stands in opposition to both but because it could potentially borrow the best features of both social models whilst at the same time ensuring that the negative traits inherent within both remain at a minimum. Beginning with what the charitable aspect of a fellowship could look like: Charity within a fellowship might assume the following form; where individuals recognise that those who deserve to progress into higher income strata owing to their ability should be given the opportunity to do so irrespective of their particular socio-economic backgrounds. This would thus achieve the meritocratic element present within *Gesellschaft* but not as forthcoming within *Gemeinschaft*. Additionally, charity could assume the form of a charitable attitude on the part of the individual members of a fellowship in relation to each individual's personality and contribution to group life. This would then allow for the creation of a society where the individual contributions of society's members to

both social and economic life irrespective of their relative wealth and status, are valued for their own sake. Such a charity in attitude could then have as its consequence the achievement of the low levels of status inequality, which is inherent within a *Gemeinschaft* but lacking within a *Gesellschaft*. Furthermore, a society whose members share mutual interests must necessarily encompass the mutual interest that all members would necessarily have in both the progression and advancement of the society within which they live. A society, which enables its members to make use of their different talents to the full—made possible by low levels of status inequality—would then allow a more economically efficient social model to emerge. This is because a society in which all talents are being used to the full would then give rise to a society whose members are all adhering to comparative advantage notions of economic efficiency.

Conclusion

The aim of this article has not been to dismiss the important contributions made by social mobility strategies in advancing the cause of social justice. Such strategies have contributed a great deal to spreading opportunity and improving the lives of countless of people from disadvantaged social groups. Rather, this article seeks to highlight some of the more disdainful social and economic aspects, which are associated with today's *Gesellschaft* but are nevertheless commonly overlooked. Although the *Gesellschaft* social model allows for social and economic progression based on merit it nevertheless constitutes a pressurized and antagonistic society, which lacks the social harmony present within a *Gemeinschaft*. Such high levels of status inequality help to create social antagonisms amongst *Gesellschaft*'s wealth and status-seeking members. It can also lead to a degree of economic inefficiency as the majority of *Gesellschaft*'s members obsessively seek to penetrate high-income brackets. This they do as a means of gaining wealth and status rather than focusing instead on enhancing their individual talents, some of which may not necessarily point towards a vocation with a promise of social power. Most importantly however, this article has attempted to offer a practical alternative to today's *Gesellschaft*, that of fellowship. As an alternative form of social organization fellowship's potential lies in the fact that it could combine

Gesellschaft's meritocracy with Gemeinschaft's social harmony whilst at the same serving as a economically more efficient model for society.

In September 2009 following his inauguration as President of the United States, Barack Obama delivered a speech to school pupils at Wakefield High School in Arlington, Virginia. His speech was primarily aimed at explaining to high school students who were about to begin the new academic year what their individual responsibilities with respect to their education were:

„[E]very single one of you has something that you're good at. Every single one of you has something to offer. And you have a responsibility to yourself to discover what that is. That's the opportunity an education can provide.“ (Barack Obama 2009)

He then went on to list a number of career opportunities, which could be made available as a result of a good education; these were doctor, teacher, police officer, nurse, architect, soldier and lawyer (see Barack Obama 2009). What is most revealing about this speech is President Obama's appreciation for the fact that talent comes in different forms and that each talent, its resulting vocation and contribution to society should be regarded as valuable for its own sake. This article has attempted to show that today's Gesellschaft requires more of such an attitude for the sake of both social harmony amongst its members and economic efficiency. But this can only happen if social mobility strategies place more of an emphasis on encouraging more equality of status within society by encouraging diversity in talent. This would be in addition to their continued attempts at breaking down those social barriers, which continue to hinder meritocratic advancement to high-income careers. This would have as its consequence the encouragement of a society, which seeks to make use of the diverse talents of all by ensuring that Gesellschaft's members along with their natural gifts are where society truly needs them to be.

*The views and opinions expressed in this article are those of the author and do not reflect the official policy or position of the European Commission or of any other European Union entity.

James Hollis is a graduate of the Diplomatic Academy of Vienna and of the City Law School in London. He is currently working as a trainee in the Directorate-General for Neighbourhood and Enlargement Negotiations at the European Commission in Brussels.

Brint, S. (2001): *Gemeinschaft Revisited: A Critique and Reconstruction of the Community Concept*. In: *Sociological Theory* 2001/19, pp. 1–24.

Dorobat, C.E./ M.-V. Topan (2015): *Entrepreneurship and Comparative Advantage*. In: *Journal of Entrepreneurship* 2015/24, pp. 1–16.

Google: Google Translate. <https://translate.google.com/#en/de/fellowship> (access: 22.02.2016).

Loomis, C. (1957): *Ferdinand Tönnies: On Gemeinschaft and Gesellschaft*. [Studymore.org.uk/dsston.htm](http://studymore.org.uk/dsston.htm) (access: 02.02.2016).

Micklethwait, J./ A. Wooldridge (2014): *The State of the State: The Global Contest for the Future of Government*. In: *Foreign Affairs* 2014/93, pp. 118–132.

Obama, Barack (08.09.2009): *Presidential National Address to Students*. www.c-span.org/video/?288771-2/presidential-national-address-students (access: 10.02.2016), 24:48.

DIE TRANSFORMATION DER MOBILEN VIEHZUCHT IN DIE SESSHAFTHKEIT AM QINGHAI-TIBET HOCHPLATEAU

Ute Wallenböck

Aufgrund ihrer Suche nach Freiheit und ihrer Vermeidung jeglicher Bindung und Festlegung galten NomadInnen lange als die Manifestation von Ruhe- und Orientierungslosigkeit. Wie der russische Forschungsreisende Nikolai Michailowitsch Prschewalski (1839–1888) berichtet, sei das Nomadentum ein Leben ohne Arbeit und Sorgen: „Das ganze Leben vergeht mit Nichtstun“ (Prschewalski 1881: 50). Die Beobachtung, dass tibetische und mongolische NomadInnen nicht arbeiten, findet sich in der westlichen Literatur am Ende des 19. und Beginn des 20. Jahrhunderts oft wieder (vgl. Filchner 1929; Rockhill 1891). Auffällig ist dabei aber der stetige Bezug dieses Charakteristikums auf die Männer, Frauen wurden hingegen als fleißig beschrieben. Implizit kann daher interpretiert werden, dass die Sesshaften aufgrund der Bestellung der Felder fleißig arbeiten, ViehzüchterInnen, deren Tätigkeiten der westlichen Forschung jedoch unbekannt waren, stets mit dem Stereotyp der Faulheit ausgezeichnet wurden.

Im September 1995 hatte ich den ersten Kontakt mit tibetischen und mongolischen nomadischen Gruppen in den Ausläufern des tibetischen Hochplateaus, in den heutigen chinesischen Provinzen Gansu und Qinghai. Mit der romantischen Vorstellung der nomadischen Lebensweise hatte diese Erfahrung jedoch nichts zu tun, denn der erste Eindruck vermittelte eher, die bereits in Reiseberichten des 19./20. Jahrhunderts westlicher Forscher dargestellte Rückständigkeit und ‚Unzivilisiertheit‘ der nomadischen Bevölkerung, v. a. was die Körperhygiene und den Alltag betraf (vgl. Prschewalski 1881; Tafel 1914; Kozlow 1955; Rockhill 1891). Ich ließ mich von der mit Vorurteilen behafteten,

falschen Darstellung der nicht-westlichen Welt verführen, verglich damals sogar mein Leben mit dem der ‚Anderen‘ (vgl. Said 1994). Aber gerade diese betonte Andersartigkeit und die dadurch geformte Mystifizierung und Exotisierung des NomadInnentums erweckte mein Interesse an der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dieser Kultur, diesem Lebensstil und dieser Wirtschaftsform – und dieser Lebensphilosophie.

Im Laufe der letzten zwanzig Jahre konnte ich die tiefgreifenden Veränderungen in der Alltagskultur der tibetischen und mongolischen NomadInnen miterleben, von den Meilensteinen der Modernisierung (z.B. Glühbirne statt Kerze, Motorrad statt Pferd, Militärzelte und Campingzelte statt schwarze Yakhaar-Zelte und/oder Jurten) bis hin zur Implementierung der Umsiedlungspolitik der chinesischen Zentralregierung und den daraus resultierenden politischen Spannungen zwischen Zentrum und Peripherie.

In diesem Artikel gehe ich jedoch ausschließlich der Frage nach, welche Möglichkeit(en) die nomadische Bevölkerung an der Peripherie Chinas hat, der staatlichen Assimilierung entgegenzuwirken. Obschon die junge Generation nach Einkommen, Schulbildung und Wohlstand strebt und somit die auf sozioökonomischen Faktoren beruhende Tendenz zur Umsiedlung in die Städte steigt, wartet die chinesische Regierung den natürlichen Prozess der Sesshaftwerdung nicht ab, sondern versucht den Assimilierungsprozess so schnell wie möglich umzusetzen. Aufgrund der Ansiedlung der tibetischen NomadInnen in Dörfern wird zwar traditionelles Wissen verloren gehen, aber gerade durch den oktroyierten Assimilierungsprozess wird die nomadische Identität neu konstruiert und gleichzeitig gestärkt. Durch

zunehmendes Selbstbewusstsein und erhöhte Bereitschaft zum Bekenntnis zur eigenen kollektiven Identität, flammt Widerstand gegen die Zentralregierung auf.

Was bedeutet es, NomadIn zu sein?

Zuerst muss der Begriff NomadIn im Kontext mit TibetInnen erklärt werden. Im Tibetischen unterscheidet man grundsätzlich zwischen Menschen, die Ackerbau und Landwirtschaft betreiben (Tib. rong pa), die „im Tal leben“, und den ‚Drokpa‘. Die Bezeichnung ‚Drokpa‘ (Tib. ’brog pa) (1) bedeutet im eigentlichen Sinne „Mensch der Einsamkeit“, also ein Mensch, der in einem Gebiet lebt, das für die Landwirtschaft nicht nutzbar ist und sich dadurch auf die Viehzucht von vorwiegend Schafen und Yaks spezialisiert. (Pferde werden nicht wie bei den MongolInnen gezüchtet und in großen Herden gehalten, da sie in der Wirtschaft der tibetischen NomadInnen fast ausschließlich eine Nutzungsrolle spielen.) Der Begriff ‚Drokpa‘ repräsentiert jedoch eigentlich das Selbstbild der ViehzüchterInnen, im Gegensatz zu dem der BäuerInnen. Die ‚Drokpa‘ bilden demnach eine abgeschlossene soziale Gruppe, die eigene Vorstellungen von sozialer Ordnung, Moral, Recht und Werten hat, welche in permanenter Wechselwirkung mit gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen stehen (vgl. Gertel et al. 2012). Sie passen sich jeweils den aktuellen Gegebenheiten an und reagieren dementsprechend. Folglich kam es in den letzten Jahrzehnten zu Veränderungen in den traditionellen Praktiken und in der nomadischen Kultur (vgl. Ptackova 2011) und infolgedessen auch der Identität. Die Konstruktion der nomadischen Identität grenzt sie schließlich als Kollektiv von den Sesshaften ab.

Welchen Einfluss hat die vom Staat geleitete Sesshaftmachung auf die nomadische Gesellschaft?

Seit Gründung der Volksrepublik China im Jahr 1949 verfolgte die Zentralregierung das Ziel der politischen Stabilität. Indem der Staat im ganzen Land einen einheitlichen gesellschaftlichen Standard einführte, erscheint die

Integration der Nicht-Han-Chinesen einfacher. Das bedeutet in anderen Worten: Standardisierung und Homogenisierung ohne Rücksicht auf kulturelle Unterschiede und die Umwelteinflüsse.

Mit der Übernahme des Qinghai-Tibet-Hochplateaus durch die kommunistische Partei Chinas (KPCh) in den 1950er Jahren des letzten Jahrhunderts begannen die ersten Versuche der Sesshaftmachung, denn die staatliche Autorität betrachtete die Nicht-Sesshaftigkeit als rückständig und ‚primitiv‘. Darüber hinaus wollte Mao Zedong Mensch und Natur unter seine Kontrolle bringen; was viel Zerstörung mit sich brachte. Mit der Kulturrevolution, der Errichtung der Volkskommunen und der Kollektivierung wurde letztlich die Selbstständigkeit der nomadischen Bevölkerung beendet. Sogar im Hochland wurden feste Bauten für Volkskommunen errichtet; zudem wurde das Vieh zum kollektiven Eigentum, folglich kam es auch zu einer Veränderung der Herdenstruktur. Diese Politik der Kollektivierung scheiterte jedoch. In den 1980er Jahren unter Deng Xiaoping wurde im Zuge der wirtschaftlichen Liberalisierung einerseits die Phase der Dekollektivierung eingeführt: Mit dem neu etablierten so genannten ‚Haushaltsverantwortlichkeitssystem‘ (Chin. Jiating liancha chengbao zerenzhi) wurde das Vieh wieder zum Privateigentum. Die Herdentiere wurden gleichmäßig an Familien verteilt, und jeder Haushalt wurde wieder zu einer selbständigen Wirtschaftseinheit. Da nun die NomadInnen wieder selbst für ihr Vieh verantwortlich waren, wurde mit der Einzäunung des Weidelandes und dem Bau von Winterhäusern begonnen, was wiederum das Ende der freien, flexiblen Mobilität bedeutete. Andererseits wurde die Infrastruktur verbessert, welche die Migration von Han-ChinesInnen und vorwiegend auch Hui (MuslimInnen) in das Hochland förderte.

Ab dem Jahr 2000 begannen aufgrund der Implementierung einzelner Förderprogramme innerhalb der Politik der ‚Großen Erschließung des Westens‘ (Chin. Xibu da kaifa) weitere Veränderungen für die nomadische Bevölkerung, die die ökonomische Entwicklung der Gebiete im Westen Chinas zum Ziel erklärte, um die politische und soziale Stabilität zu wahren, welche wiederum durch eine bessere wirtschaftliche Lage (Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens) erreicht werden konnte. Unter dem Blickwinkel der Verbesserung sozioökonomischer Bedingungen, und u.a. zur Vermeidung der Übergrasung, wurde im Jahr 2000 mit dem Programm ‚Rückzug von der Weide, um das Gras



Abb. 1: *Yaks vor neuer Siedlung*, Gemeinde Youganning, Autonome Kreis Henan der MongolInnen, Autonome Bezirk Huangnan der TibeterInnen, Qinghai Provinz. 2011. Foto: Ute Wallenböck

wieder wachsen zu lassen‘ (Chin. *tuimu huancao*) Ansiedlungspolitik betrieben, auch unter dem Begriff der ‚Ökologischen Umsiedelung‘ (Chin. *shengtai yimin*) propagiert. Im Qinghai-Tibet-Hochplateau wurde außerdem von 1996 bis 2004 das Programm ‚Umfassende Bündel des vierfachen Aufbaus‘ (Chin. *sipeitao jianshe*) umgesetzt. Der erste Fokus dieses Entwicklungsplans war unter anderem, im Hochland neue Häuser und gar neue Dörfern aus dem Nichts entstehen zu lassen (vgl. Abb. 1) bzw. feste Winterbehausungen für die nomadischen Familien zu bauen. Die neuen Gebäude sind meist traditionell gebaute bzw. steril wirkende, jedoch an die lokale Kultur angepasste Reihenhäuser (vgl. Abb. 2). Neben der verstärkten Einzäunung der Weidegründe zählte der Ausbau des Gesundheitswesens und der Schulbildung zu den weiteren Punkten des vierfachen Aufbaus. Zudem wurden neue Vorschriften für die Zuteilung von Weideland erlassen, welche wiederum Konflikte unter Familien hervorbrachten (vgl. Pirie 2005). Diese jüngsten Maßnahmen sind ein Hinweis darauf, dass der chinesische Staat politische Kontrolle über alle Weidegebiete bekam, und somit eine genauere Überwachung möglich geworden ist. Propagiert

wird jedoch ausschließlich mit dem Ziel der Integration der ‚rückständigen‘ NomadInnen in die zivilisierte Gesellschaft der dominanten Han-ChinesInnen. Schließlich galten bzw. gelten noch immer die NomadInnen aufgrund ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit, Mobilität und ihrer Lebensphilosophie als eine der am schwersten in den chinesischen Staat integrierbaren sozialen Gruppen.

Die Sesshaftmachung individueller Haushalte

Die Viehwirtschaft bestimmt den Lebenswandel der tibetischen NomadInnen und die damit verbundenen Aktivitäten. Beim Lebensstil der tibetischen NomadInnen des Qinghai-Tibet-Hochplateau handelt es sich um Weidewanderungen in jahreszeitabhängigen Frequenzen. Für die Wintermonate gab es schon seit den 1980er Jahren feste Behausungen. Die Größe dieser Winterquartiere war von der finanziellen Lage der Familie abhängig. Die Sesshaftmachung und der Verkauf der Herden waren und sind

jedoch ein tiefer Schnitt in die Gesellschaft der ‚Drokpa‘, denn mit der Sesshaftwerdung finden sie sich in einer vollkommen neuen Umgebung wieder. Mit dem Versuch, sich der neuen Umgebung anzupassen und modern zu sein, kommen neben dem Verlust der eigenen Kultur auch neue wirtschaftliche Probleme. Für Familien, die sich zur Ansiedelung (Chin. dingju) bzw. auch Umsiedelung (Chin. yimin) entschließen, stellt der Staat Subventionen zur Verfügung, damit sie Kredite aufnehmen und Wohnungen oder Häuser kaufen können. In den ärmeren Regionen vergibt der Staat auch Kompensationen in Form von Häusern oder Unterstützung durch Direktzahlungen. Voraussetzung dafür ist aber der Verkauf der gesamten Herde. Einige umgehen diese Politik, indem sie die Familie offiziell trennen – die Großeltern werden sesshaft und die jüngere Generation bleibt beim Vieh. Somit verfügen sie über eine Geldquelle und müssen sich keine Gedanken über neue Einkommensmöglichkeiten machen (vgl. Ptackova 2011).

Der wichtigste Aspekt der (teilweise freiwilligen) Sesshaftmachung sind die öffentlichen Einrichtungen in der direkten Umgebung, etwa Schulen und medizinische

Versorgung, aber auch die Vereinfachung des Alltags. In den neu gebauten Siedlungen gibt es (darüber hinaus) Elektrizität und zentrale Wasserstellen. Nicht zu unterschätzen sind auch die sozialen Netzwerke – früher weit voneinander entfernt, leben die NomadInnen nun Haus an Haus. Auf ersten Blick bringt die Sesshaftwerdung viele Vorteile – die bessere Integration in die chinesische Gesellschaft, Schulbildung und bessere berufliche Qualifikation. So erwähnte eine ungefähr 40-jährige Nomadin in einem Gespräch:

„Ich war nie in der Schule, ich habe nie Lesen und Schreiben gelernt, aber meine Kinder sollen etwas lernen. Helfen kann ich ihnen aber nicht. Sie sollen nicht so ein hartes Leben wie ich führen.“

Bezugnehmend auf den Komfort der Sesshaftmachung hebt eine Mitte 60-jährige, freiwillig angesiedelte Tibeterin im Gespräch den Vorteil des Brunnens direkt im Hof hervor. Seit ihrer Kindheit musste sie weite Strecken zu Fuß zurücklegen, um den eigenen Haushalt mit Wasser zu versorgen.



Abb. 2: *Siedlung in Bau*, Gemeinde Youganning, Autonome Kreis Henan der MongolInnen, Autonome Bezirk Huangnan der TibeterInnen, Qinghai Provinz. 2011. Foto: Ute Wallenböck

Jedoch herrscht große Unzufriedenheit bezüglich der Qualität des Baumaterials: Obschon die Häuser neu sind, kam es ziemlich bald zu Schäden – wie Eindringen von Regenwasser durch das Dach, deren Schadensbehebung aber keiner Garantieleistung unterliegen (vgl. Abb. 3).

Kein Vieh bedeutet aber auch weniger Arbeit: Waren Frauen zuvor mit Milchverarbeitung, Weben (Erneuerung bzw. Ausbesserung der Yakhaarzelte), Filzen etc. beschäftigt, so hat sich mit der Sesshaftmachung eine gewisse Leere in den Alltag eingeschlichen. Zudem verdrängen Fernsehen, Handy und Internet langsam die traditionelle Alltagskultur und der Staat erhält sukzessive mehr Einfluss auf die neue Lebensweise. So ist erkennbar, dass nicht nur die gesellschaftlich-organisatorischen Strukturen dem Transformationsdruck der Zentralregierung ausgesetzt sind, sondern auch die lokalen Identifikations- und Wertemuster. Emily



Abb. 3: Zu Siedlung in Bau >> Schimmelige Wand, drei Jahre später, Gemeinde Youganning, Autonome Kreis Henan der MongolInnen, Autonome Bezirk Huangnan der TibeterInnen, Qinghai Provinz. 2014. Foto: Ute Wallenböck

Yeh und Mark Henderson (2008) behaupten sogar, dass die TibeterInnen aufgrund der veränderten Lebensweise ihre Identität verlieren würden und nun eine neue suchen müssten.

Unterschiedliche Identitäts- und Kulturkonzepte sind im Laufe der Zeit durch die Öffnung sozialer Räume, in denen kulturelle Vermischungen stattfinden können, entstanden. Demnach ist Identität ein soziales und kulturelles Phänomen, sie bezieht sich auf Zugehörigkeit im sozialen und kulturellen Kontext. Kulturelle Identität steht somit mit der Gesellschaft in Beziehung, die sich wiederum aufgrund ihrer Lebensweise auf die Kultur bezieht. Die nomadische Lebensweise steht so in enger Verbindung mit Raum und Ort, es kommt zu einer Verortung hinsichtlich des Hochplateaus mit seinen Weidegebieten als ‚Heimat‘ und ‚Herkunft‘. Im Zuge ihrer An- und Umsiedelung müssen sich die Noma-

dInnen mit der veränderten Umwelt auseinanderzusetzen und die eigenen Vorstellungen mit den neuen Umständen in Einklang gebracht werden. Auf der Suche nach den eigenen Wurzeln und einer neuen nomadischen Identität stößt man wiederum auf Relikte der historischen Alltagskultur. Denn Identität wird auch durch historisches Bewusstsein und Gedächtnis geprägt. So kommt es – gebietsabhängig – zur Wiederbelebung von tibetischer und/oder mongolischer Sprache, Kultur und Bräuchen.

Fallbeispiel

Am Beispiel des Autonomen Kreis Henan der MongolInnen innerhalb des Autonomen Bezirk Huangnan der TibeterInnen in der chinesischen Provinz Qinghai wird im Folgenden gezeigt, welche Möglichkeiten zumindest im Kleinen bestehen, dem Assimilierungsprozess der Zentralregierung entgegenzutreten. Da es der lokalen Bevölkerung nicht möglich ist, offen gegen die Assimilierungsideen der Zentralregierung vorzugehen, entwickeln sie im Kollektiv Handlungsstrategien, um den Einfluss und die Macht des Staates innerhalb ihres Lebensbereichs zu begrenzen (vgl. Scott 1990). Aufgrund der Unterlegenheit der nomadischen Bevölkerung ist weder eine offene Konfrontation möglich, noch erscheint eine solche sinnvoll, wenn man beispielsweise an die blutigen

Niederschlagungen der Tibet-Aufstände im Jahr 2008 denkt. So fügen sich die mongolischen und tibetischen NomadInnen vom Autonomen Kreis Henan scheinbar der Politik der Zentralregierung, wenden jedoch Verzögerungstaktiken und Verheimlichungen an, um die aktuellen Lebensumstände ihren eigenen Vorstellungen anzupassen, wie beispielsweise die Trennung der Familie nach Generationen, damit der Viehbestand erhalten bleiben kann. Zudem werden die Dominanz der Han-ChinesenInnen sowie die Ideologie der Kommunistischen Partei in Frage gestellt, was aber nur in diskursiven Strukturen wie beispielsweise in doppeldeutigen Aussagen und Witzen erkennbar wird. In diesem Fall wird die Sprache als Medium des Widerstandes begriffen.

Je stärker der Assimilationsprozess von der chinesischen Regierung vorangetrieben wird, desto intensiver entdecken die ‚Drokpa‘ ihre Affinität zu ihren kulturellen Wurzeln wieder, wie beispielsweise traditionelles Handwerk. Damit einerseits das Wissen um das (lokale) traditionelle Kunsthandwerk nicht in Vergessenheit gerät, und um andererseits der Verarmung der sesshaft gemachten Nomadinnen entgegenzuwirken, wurden in den letzten Jahren zwei Frauenorganisationen gegründet. Diese Organisationen sehen ihren Auftrag darin, die Kunst des traditionellen mongolischen und tibetischen Handwerks wie beispielsweise das Weben und Filzen weiterzugeben und außerdem die gefertigten Produkte sowohl national als auch international zu vermarkten (vgl. Abb. 4). Das Wissen um das traditionelle nomadische Kunsthandwerk stärkt das Bewusstsein der Frauen, trotz Sesshaftmachung, Nomadinnen zu sein. Desweiteren wurden seit 2004 vereinzelt kleine Geschäfte eröffnet, in denen fast ausschließlich mongolische Produkte verkauft werden, vorwiegend jedoch Bilder und Statuen von Dschinghis Khan, dem Begründer des Mongolenreichs; einem Weltreich, welches aus verschiedenen nomadischen Stämmen entstanden ist. Somit wird das Zugehörigkeitsgefühl zu den (historischen) nomadischen Steppenvölkern Zentral- und Innerasiens gestärkt. Eine weitere kollektive Handlungsstrategie in Bezug auf den Erhalt und der Vermittlung der Sprache, Geschichte und Kultur der MongolInnen war die Gründung des ‚Vereins zur Rettung der mongolischen Kultur und Geschichte



Abb. 4: *Lokale Frauenorganisation*, Gemeinde Youganning, Autonome Kreis Henan der MongolInnen, Autonome Bezirk Huangnan der TibeterInnen, Qinghai Provinz. 2014. Foto: Ute Wallenböck

der MongolInnenen vom autonomen Kreis Henan‘. In regelmäßigen Abständen finden Wettbewerbe und andere Veranstaltungen zur mongolischen Sprache und Geschichte statt, um die Verbindung zu den historischen Ahnen nicht in Vergessenheit geraten zu lassen (vgl. Wallenböck 2016).

Conclusio

Die nomadische Mobilität verfolgt den Zweck, natürliche Ressourcen durch extensive Weidewirtschaft zu erschließen. Diese Mobilität war/ist jedoch sowohl räumlich als auch zeitlich von lokalen Gegebenheiten abhängig. So wurde bereits in den 1980er Jahren im Qinghai-Tibet Hochplateau mit dem Bau von festen Häusern begonnen. Die zweite Periode der Bautätigkeiten folgte dann in den 1990er Jahren. Die wohl bedeutendste Bauphase kann schließlich mit der Jahrhundertwende angesetzt werden, in der auch eigene Ortschaften und Ortsteile entstanden sind. Selbst

in Weidegebieten schreitet also die Urbanisierung voran. Mit der An- und Umsiedelungspolitik verschwindet jedoch langsam die über Jahrtausende hinweg etablierte nomadische Kultur. Die sesshaft gemachten NomadInnen passen sich nach außen hin zwar der Politik der Zentralregierung an, versuchen aber weiterhin ihre Kultur zumindest größtenteils zu erhalten. Sei es durch die Aufteilung der Familie in ‚angesiedelte‘ und ‚sesshaft gemachte‘ Generationen oder eben durch lokale Vereine und Organisationen zum Erhalt der Nomadenkultur (v.a. des Kunsthandwerks). Sobald jemand aus einer (ehemaligen) Nomadenfamilie stammt, bezeichnet man sich trotzdem als ‚Drokpa‘, dessen Heimat die Weiten des Hochplateaus sind. Außerdem spielt bei der Bezeichnung NomadIn weniger die konkrete Lebensform eine Rolle, es handelt sich vielmehr um eine soziale Einstufung und damit einen Gegenstand sozialer Strategien.

Ute Wallenböck, Universitätsassistentin am Institut für Ostasienwissenschaften/Sinologie und Lehrbeauftragte am Institut für Südasien-, Tibet und Buddhismuskunde.

Filchner, Wilhlem (1929): *Om mani padme hum. Meine China- und Tibetexpedition*. Leipzig: Brockhaus.

Gertel, Jörg/Sandra Calkins (Hg.) (2012): *Nomaden in unserer Welt*. Bielefeld: transcript.

Kozlow, Pjotr Kusmitsch (1955): *Die Mongolei, Amdo und die Stadt Chara-choto*. Leipzig: Brockhaus.

Pirie, Fernanda (2005): *Segmentation within the State. The Reconfiguration of Tibetan Tribes in China's Reform Period*. In: *Nomadic Peoples* 9/1, 83–101.

Prschewalski, Nicolai Mikhailovitch (1881): *Reisen in der Mongolei, im Gebiet der Tanguten und den Wüsten Nordtibets in den Jahren 1879–1880*. Universität Jena.

Ptackova, Jarmila (2011): *Sedentarisation of Tibetan nomads in China. Implementation of the ‚Nomadic settlement‘ project in the Tibetan Amdo area; Qinghai and Sichuan Provinces*. In: *Pastoralism. Research, Policy and Practice*, Springer Open Journal. <http://pastoralismjournal.springeropen.com/articles/10.1186/2041-7136-1-4> (Zugriff: 14.04.2016).

Rockhill, William Woodville (1891/reprint 2000): *The Land of the Lamas: Notes of a Journey through China, Mongolia, and Tibet*. Varanasi: Pilgrims Publishing.

Said, Edward W. (1994): *Orientalism*. New York: Vintage Books.

Scott, James (1990): *Domination and the arts of resistance. Hidden Transcripts*. Yale University Press.

Tafel, Albert (1914): *Meine Tibetreise*. Stuttgart: Union Deutsche Verlagsgesellschaft.

Wallenböck, Ute (im Erscheinen): *Marginalisation at China's Multi-Ethnic Frontier. The Mongols of Henan Mongolian Autonomous County in Qinghai Province*. In: *Journal of Chinese Current Affairs*.

Yeh, Emily/Mark Henderson (2008): *Interpreting Urbanization in Tibet. Administrative Scales and Discourses of Modernization*. In: *JIATS* 4, 1–44.



Stockholm bei Nacht, Blick auf Gamlastan, 2015. Foto: David Tiefenthaler

TODESMÄRSCH IM KONTEXT DER NATIONAL-SOZIALISTISCHEN ‚ENDPHASENVERBRECHEN‘

Walter Manoschek

Todesmärsche sind die restriktivste Form von Mobilität im NS-System. Sie sind ausschließlich fremdbestimmt, widersetzen, etwa durch Flucht, bedeutete den Tod. Wer zu schwach, zu krank oder zu erschöpft war, um die Todesmärsche mitzumachen, wurde erschossen. Jegliche Form der Immobilität war gleichzusetzen mit Tod.

Die Endphase des Zweiten Weltkrieges bedeutet auch die Endphase der nationalsozialistischen Verbrechen, die nunmehr zum überwiegenden Teil auf dem Territorium des Großdeutschen Reiches stattfanden (1). Der Terror, der vom NS-Regime sechs Jahre lang nach außen getragen worden war, kam nun zurück ins Großdeutsche Reich. Trotz der aussichtslosen militärischen Lage hielt das Morden bis zum letzten Tag an. Die Befehlsstrukturen in der Endphase waren zum Teil andere als zuvor, der Kreis der Täter und Täterinnen erweiterte sich um Akteursgruppen, die bislang nicht direkt am Holocaust beteiligt waren (Volkssturm, HJ, Gendarmerie, ZivilistInnen). Ebenso wurde der Kreis der Opfer größer. Er wurde neben den bisherigen Gruppen von rassisch, politisch, religiös usw. Verfolgten nunmehr auch auf ‚Gemeinschaftsschädlinge‘, ‚Minderwertige‘ und ‚Asoziale‘ – also auf jene, die zu inneren Feinden abgestempelt wurden – ausgedehnt. Es handelt sich um eine weitgehend eigenständige Periode in der Geschichte der NS-Gesellschaft sowie des NS-Regimes mit spezifischen Strukturen, situativen Zwängen und eigenen Gesetzmäßigkeiten.

Nun starben die Opfer nicht mehr in den Vergasungsanlagen oder durch die Exekutionskommandos der Einsatzgruppen und der Polizeiregimenter, sondern wurden bei der Räumung der Lager und auf Todesmärschen erschossen, verhungerten in den KZs oder gingen an Seuchen zugrunde. Die Periode der Endphasenverbrechen zählt damit zu den mörderischsten der NS-Herrschaft. Sie ist

eng verbunden mit der Evakuierung der jüdischen und nicht-jüdischen Häftlinge aus den Konzentrations- und Arbeitslagern aus dem Osten auf großdeutsches Gebiet und erstreckte sich von April 1944 bis zum Tag der Kapitulation Nazi-Deutschlands am 08. Mai 1945.

Es war jene Periode, in der die Nazis als Vernichtungstechnik die Todesmärsche anwandten. Durch den militärischen Rückzug der Wehrmacht mussten die KZs und Vernichtungslager aufgegeben werden, wodurch sich auch die Massenvernichtungstechniken änderten. Ab September 1944 standen alle Vergasungsanlagen im Osten still, sodass ab diesem Zeitpunkt Vergasungen nur mehr in begrenztem Rahmen stattfanden. Bis dahin waren Todesmärsche nur eine Technik des Terrors und der Vernichtung unter vielen und in der Regel nicht die gängigste. Die Zahlen belegen, dass diese Methode in der letzten Regimephase zu einer enormen Mortalitätsrate führte. Die Anzahl der Opfer dürfte bei etwa 250.000 liegen, also 35 Prozent aller Häftlinge, die sich Anfang Januar 1945 noch im KZ-System befanden. Selbst für NS-Verhältnisse war dieser Prozentsatz exorbitant.

Die Todesmärsche lassen sich in drei Phasen untergliedern. Die erste Phase begann im Frühjahr 1944 mit dem Beginn des Rückzugs und den Evakuierungen in Ostpolen und den baltischen Gebieten; die zweite im Januar 1945 mit der Räumung der großen Lager in Polen, während die dritte Phase im März 1945 mit den Räumungen jener KZ und anderer Lager begann, die sich auf großdeutschem Boden befanden. Diese Phase hielt bis zum Kriegsende an. Die Todesmärsche der jüdischen Bevölkerung Ungarns zur Zwangsarbeit an der österreichisch-ungarischen Grenze fanden ebenfalls in diesem Zeitraum statt, erfolgten allerdings nach einem eigenen Muster. Im Unterschied zu

anderen Todesmärschen handelte es sich bei den Deportierten ausschließlich um Jüdinnen und Juden. Die Frage, ob diese Lagerauflösungen und Todesmärsche das letzte Kapitel des Holocaust an der ungarisch-jüdischen Bevölkerung markieren, lässt sich daher eindeutig mit ja beantworten. Der Ablauf selbst unterteilt sich in zwei Etappen: Die erste erfolgte von Oktober 1944 bis Januar 1945, als ein großer Teil der Budapester Jüdinnen, Juden und „Arbeitsdienstler“ in Fußmärschen an die ungarisch-österreichische Grenze getrieben wurde; die zweite Etappe begann Ende März 1945 mit den Todesmärschen aus den Lagern an der österreichisch-ungarischen Grenze nach Mauthausen und Gunskirchen.

Je näher es dem Kriegsende entgegenging desto größer wurden die eigenen Entscheidungs- und Handlungsspielräume der regionalen und lokalen Entscheidungsträger, die sie abhängig von ihrer eigenen Interpretation der sicherheitspolitischen Lage und abhängig von ihren jeweiligen subjektiven Befindlichkeiten und Interessen nutzten. Die verworrene Situation insbesondere der letzten Kriegsmonate war gekennzeichnet durch Chaos und in Auflösung begriffene Strukturen, wobei sich die Entscheidungsebenen mehr und mehr dezentralisierten. Klar dürfte nur die prinzipielle Absicht der obersten, nationalsozialistischen Führungsschicht gewesen sein, die InsassInnen der Konzentrations- und Arbeitslager nicht in die Hände des Feindes fallen zu lassen, wobei die Motivation von der Beseitigung von Zeugen der Massenvernichtung und Kriegsverbrechen bis zur Sicherstellung von Geiseln im Hinblick auf etwaige Verhandlungen mit den Westmächten reichte. Fest steht, dass über die Räumung der Lager nicht lokal entschieden wurde, sondern die oberste Führungsebene dies anordnete: Die Entscheidung darüber fiel in den höchsten Rängen und war allem Anschein nach Hitlers eigene, sicher aber Himmlers (Blatmann 1998: 1068). Da Himmlers Politik in diesem Punkt inkonsequent war, lässt sich nicht eindeutig feststellen, welche Faktoren für die Entscheidung über Evakuierungen ausschlaggebend waren.

Das handlungsleitende Prinzip war es, die KZ- und Lagerhäftlinge nicht in die Hände des Feindes fallen zu lassen. Ob die Opfer dabei überlebten, oder nicht, war sekundär. Um dieses Ziel zu erreichen, gab es unterschiedliche Optionen. Eine davon war die Ermordung vor Ort. Davon waren insbesondere Personengruppen betroffen, die krank oder nicht mehr transport- und arbeitsfähig waren. Der weitaus

überwiegende Teil der Betroffenen jedoch wurde aus den Lagern im Osten zu Fuß oder per Bahn ins Reichsinnere evakuiert um dort in den KZ und Rüstungsfirmen Sklavenarbeit zu verrichten. Dass diese Transporte und Märsche unter Bedingungen stattfanden, die zu einer hohen Todesrate bei den Evakuierten führten, macht deutlich, dass auch im letzten Kriegsjahr ein schonender Umgang mit den ZwangsarbeiterInnen kein ökonomisches Gebot war. Auch hier folgte die Behandlung der Opfer dem rassistischen Primat. Während es etwa bei der Evakuierung des im Elsaß liegenden Lagers Natzweiler-Struthof, in dem sich überwiegend westeuropäische Gefangene aufhielten, im Herbst 1944 zu keinen Massenerschießungen kam, war die Auflösung der Lager im Osten, in denen mehrheitlich Jüdinnen, Juden und OsteuropäerInnen gefangen waren, durchgehend von Massentötungen begleitet. Bei jüdischen Inhaftierten wurde der Aspekt der Wirtschaftlichkeit in aller Regel nur selten berücksichtigt.

Die Organisation der Todesmärsche nach Mauthausen und Gunskirchen

Die ungarisch-jüdischen ZwangsarbeiterInnen beim Südostwallbau – einer gigantomanischen Anlage aus Panzergräben, Bunkern und Schützenlöchern, die entlang der österreichisch-ungarischen Grenze verlief und zum Ziel hatte, die Rote Armee zu stoppen – besaßen keinen privilegierten Status. Sie waren ausschließlich ArbeitssklavInnen ohne politischen Wert. Für jene, die zum Schutzwallbau vorgesehen waren, aber bei ihrem Eintreffen bereits zu schwach oder zu krank waren, um diese harte Arbeit zu verrichten, wurden zwei sogenannte ‚Erholungslager‘ eingerichtet. Das eine befand sich in Werkhallen im Ort Lichtenwörth. Bis zum Jahresende 1944 kamen in mehreren Transporten 2.500 Personen, bis auf 100 Männer nur Frauen, in Lichtenwörth an. Bis Ende März starben 288 InsassInnen, teils an Typhus, vor allem aber an Hunger.

Noch schlimmere Zustände herrschten im Erholungslager Felixdorf. Anfang 1945 wurde es in einer schwer bombenbeschädigten Mühle eingerichtet, die nicht einmal über Fensterscheiben verfügte. Die InsassInnen – fast ausschließlich Männer – waren Anfang Jänner eingetroffen. Sie setzten sich aus 2.700 Kranken aus mehreren Lagern

des Südostwalls zusammen, von denen 68 bereits bei ihrer Ankunft tot waren. Etwa 600 Arbeitsfähige wurden zur Zwangsarbeit in Betrieben eingesetzt. Als das Lager nach vier Monaten, Anfang April 1945, befreit wurde, waren nur mehr 75 bis 80 InsassInnen am Leben. Die übrigen waren zum Großteil an Typhus gestorben.

Als sich die Rote Armee dem Südostwall näherte, begannen Ende März 1945 die Transporte der ungarisch-jüdischen ArbeiterInnen, die bis dahin am Südostwall Zwangsarbeit verrichteten in das KZ Mauthausen. Die SchanzarbeiterInnen im Gau Niederdonau und im Abschnitt Ödenburg hatten nur kürzere Strecken zu Fuß zurückzulegen, bevor sie per Bahn oder per Schiff donauaufwärts nach Mauthausen gebracht wurden. Die Evakuierung aus diesem Gebiet erfolgte deshalb so rasch, weil damit gerechnet wurde, dass die Rote Armee zuerst durch das nördliche Burgenland

und Niederösterreich nach Wien und erst danach durch die Steiermark nach Graz vorstoßen würde. Da die Bahnverbindungen in diesem Raum noch funktionierten und ausreichend Züge zur Verfügung standen, gelangten viele tausende ZwangsarbeiterInnen auf diesen Wegen nach Mauthausen.

Die im Gau Steiermark schanzenden Jüdinnen und Judenhingegen mussten die gesamte Strecke vom Südostwall bis in das KZ Mauthausen in Fußmärschen zurücklegen. Obwohl die Rote Armee Ende März 1945 bereits bis wenige Kilometer an die österreichisch-ungarische Grenze vorgedrungen war, zeigte sich, dass die nationalsozialistischen Organisationsstrukturen in diesem Fall nach wie vor bestens funktionierten. Die Deportation der jüdischen SchanzarbeiterInnen war schon von langer Hand geplant und die nötigen Vorkehrungen waren getroffen worden.



Gedenkstätte des Todesmarsches ungarischer Juden und Jüdinnen, Fürstenfeld, Südoststeiermark, 20.06.2015. Fotos: Christian Bruckner

Am 28. März 1945 traf Heinrich Himmler mit Mitgliedern des Aussenkommandos des Sonder- und Einsatzkommandos von Eichmann sowie mit den Gauleitern von Wien (Baldur von Schirach), Niederdonau (Hugo Jury), Steiermark (Sigfried Uiberreither), Oberdonau (August Eigruber) und dem Kommandanten des KZ Mauthausen (Franz Ziereis) in Wien zusammen. Bei diesem Treffen erteilte Himmler den Befehl, sämtliche in Österreich stationierte ungarisch-jüdische ZwangsarbeiterInnen nach Mauthausen zu deportieren. Die Gefangenen sollten unter möglicher Schonung ihres Lebens und nach Möglichkeit per Bahn, LKW oder Schiff in das Lager verbracht werden. Der Befehl liegt nicht in schriftlicher Form vor. Die übereinstimmenden Aussagen von Schirach, Uiberreither und Ziereis nach dem Krieg deuten darauf hin, dass dieser ‚Schonungsbefehl‘ Himmlers tatsächlich existierte.

Der Befehl Himmlers bedeutete nicht den Startschuss für die Evakuierungen, sondern sollte nur die Rahmenbedingungen, unter denen sie stattfinden sollten, abstecken. Denn die ersten Lager wurden bereits ab 22. März im östlichsten Teil des Südostwalls, im ungarischen Abschnitt Kőszeg/Güns geräumt und die ZwangsarbeiterInnen auf verschiedene Lager auf österreichischer Seite aufgeteilt. Die etwa 200 nicht mehr Arbeits- und Marschfähigen wurden per Bahn nach Burg und von dort aus weiter ins burgenländische Rechnitz transportiert, wo sie in der Nacht vom 24. auf den 25. März von der lokalen Nazi-Prominenz erschossen wurden.

Zu diesem Zeitpunkt ergingen ‚Geheime Dienstanweisungen‘ an die steirischen Abschnitte, die den Abzug der SchanzarbeiterInnen auf österreichischer Seite regelten. Von diesen schriftlichen Dienstanweisungen ist nur eine einzige von der Kreisleitung Fürstenfeld vom 22. März 1945 erhalten geblieben. In der Anweisung betreffend ‚Rückführung der Jüdinnen und Juden aus dem Stellungsbau im Falle eines Alarms‘ werden detailliert die Modalitäten der Evakuierung der SchanzarbeiterInnen aus dem Kreis Fürstenfeld festgelegt, die im Alarmfall in Kraft treten sollten. Ebenso werden darin die verantwortlichen Abschnittsführer benannt und als Begleitkommandos die „auswärtigen und kreiseigenen Führungskräfte, soweit sie nicht im Volkssturm Dienst machen müssen“, eingeteilt. Diese Anweisung erhielten die Organe der Kreisleitung, die betroffenen Ortsgruppenleiter und Unterabschnittsführer des Stellungsbaus. Tatsächlich trat der Alarmfall eine Woche später, am 29. März, ein. Exakt nach Plan wurden

die SchanzarbeiterInnen aus diesem Kreis auf den dafür vorgesehenen Marschrouten und Evakuierungsetappen zu den vereinbarten Sammelpunkten gebracht. Rekonstruiert man die Märsche aus den einzelnen Unterabschnitten zu den Sammellagern, so wird auch hier ersichtlich, dass sie einem genauen Zeitplan folgten und die Deportierten an den vorher festgelegten Zielorten eintrafen. Der erste Sammelpunkt für die Transporte aus dem Kreis Oberwart, in dem auch Deutsch Schützen lag, war Hartberg. Ein erster Transport aus Rechnitz war bereits am 28. März Richtung Hartberg aufgebrochen – bereits einen Tag später stießen sowjetische Truppen in der Nähe von Rechnitz erstmals auf österreichisches Gebiet vor. Am 29. März begann der Marsch der SchanzarbeiterInnen aus Schachendorf nach Hartberg. Auch Schandorf und Burg verließen die jüdischen SchanzarbeiterInnen am 29. März Richtung Hartberg. Die Begleitmannschaften aus dem Kreis Oberwart wurden von Angehörigen des Volkssturms, der SS und der OT (Organisation Todt), also NS-Organisationen, die gerade vor Ort stationiert waren, gestellt. In Hartberg löste der lokale Volkssturm die Wachmannschaften aus den Lagern ab.

Nun wurden die tausend jüdischen SchanzarbeiterInnen auf mehrere Transporte aufgeteilt, die auf verschiedenen Routen Richtung Mauthausen weitermarschierten. Bereits auf dieser ersten Etappe zu den Sammelpunkten kam es vereinzelt zu Erschießungen von nicht mehr marschfähigen Gefangenen. Doch waren zu diesem Zeitpunkt die meisten SchanzarbeiterInnen noch in einer halbwegs guten gesundheitlichen Verfassung. Denn jene, die zu schwach oder zu krank waren, den Marsch überhaupt in Angriff zu nehmen, waren in den Lagern zurück gelassen und von nachkommenden Waffen-SS-Einheiten liquidiert worden. Diese Vorgangsweise war am Südostwall, aber auch während der Todesmärsche durch die Steiermark durchaus üblich: Die Ermordung ganzer Gruppen von Jüdinnen und Juden wurde der Waffen-SS übertragen. Von organisatorischem Chaos und gesellschaftlichen Auflösungserscheinungen findet sich hier keine Spur. Auch von der oftmals für die Kriegsendphase pauschal konstatierte völlig aus den Fugen geratene Gesellschaft, in der sich traditionelle Formen gesellschaftlicher Integration und sozialer Kontrolle aufgelöst und sich der NS-Staat von den letzten Bindungen an rechtsstaatlichen Normen verabschiedet hätte, kann in diesem Fall keine Rede sein. Vielmehr wiesen die Lagerräumungen entlang des Südostwalls

große Ähnlichkeiten mit jenen Befehlen auf, die im System der Konzentrationslager in Polen im Herbst 1944 gegeben wurden. Obwohl es zwischen den in Polen für die Evakuierung verantwortlichen höheren SS- und Polizeiführern und den Verantwortlichen der Südostwalllager keine administrativen Verbindungen gab, glichen sich die Muster der Lagerräumungen. Vor dem Hintergrund des von Himmler vorgegebenen sicherheitspolitischen Rahmens – kein Häftling durfte in die Hände des Feindes fallen – und den Anweisungen, dass die Evakuierungen geordnet zu vollziehen seien, war der Handlungsspielraum de facto eng definiert: Wo keine Transportmittel zur Verfügung standen, wurden die nicht Marschfähigen zurück gelassen und sofort oder wenig später liquidiert, die übrigen nach Mauthausen getrieben. Angesichts dessen, dass keine Anstalten gemacht wurden, die Marschfähigkeit durch ausreichende Nahrung und Unterbringung zu erhalten, stieg auf den Märschen die Todesrate exorbitant an. Diese Evakuierungen dauerten nur wenige Wochen, gehörten aber zu den mörderischsten überhaupt.

Am Beispiel dieser Todesmärsche wird eine gewisse historische Konstante besonders deutlich: Dem Nachdenken über das Einsperren und das In-die-Immobilität-gezwungen-Werden von Häftlingen kommt in wissenschaftlicher Forschung zumeist eine größere Bedeutung zu, als dem Nachdenken darüber und dem Berücksichtigen davon, dass in KZs Inhaftierte zugleich immer auch zur Mobilität fähig sein müssen und jederzeit zu Versetzungen oder anderen Migrationen gezwungen werden können. Häftlinge werden in den Augen derer, von denen sie gefangen genommen werden, nie als immobile oder statische Entität begriffen, wie es die Denkfigur eines Käfigs, Gefängnisses, Ghettos oder Lagers gemeinläufig nahe legt, oder wie es der Begriff der ‚InsassInnen‘ akzentuiert. Stattdessen, werden Häftlinge in Geschichte und Gegenwart sowohl an Orten festgehalten und immobil gemacht, als auch jederzeit auf plötzliche ‚Reisen‘ geschickt. Kranken, traumatisierten, überarbeiteten und unterernährten Inhaftierten werden jedoch durch Versetzungen oder durch einen plötzlich erzwungenen Marsch Kräfte abverlangt, die sie kaum bis nicht mehr aufbringen können. Die Todesmärsche mahnen in besonders trauriger und eindringlicher Weise, dass Formen von erzwungener Häftlingsmigration für Gesellschaft, Politik und Forschung stärker zum Thema werden sollten.

Walter Manoschek ist außerordentlicher Universitätsprofessor am Institut für Staatswissenschaft der Universität Wien mit Schwerpunkt Nationalsozialismusforschung und Erinnerungspolitik. Weitere Informationen unter: porem.univie.ac.at

Anmerkungen:

(1) Bei diesem Text handelt es sich um ergänzte Auszüge aus der von Walter Manoschek verfassten Monographie *Dann bin ich ja ein Mörder! Adolfs Storms und das Massaker an Juden in Deutsch Schützen*, Wallstein Verlag 2015.

Blatman, Daniel (1998): *Die Todesmärsche. Entscheidungsträger, Mörder und Opfer*. In: Ulrich Herbert/Karin Orth/Christoph Dieckmann (Hg.): *Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur*. Band 2, Göttingen: Fischer.

NEIN, DANKE!

Was die Studienrechtsverschärfung für Studierende bedeutet – und warum wir sie scheiße finden.

Vergangenes Semester ist es wieder passiert: Das Unileben wurde uns Studierenden erneut erschwert – durch Studienrechtsverschärfungen, Fristen, Kürzungen. Maßnahmen, die zu einer fortschreitenden Disziplinierung der Studierenden führen sollen, zu einer stärkeren Anpassung an gekürzte Lehrpläne, zu einer Entscheidungskonzentration in den Händen einiger weniger zentraler Instanzen. Und irgendwie scheint sich niemand dagegen zu wehren. Die altbewährte Salamtaktik zeigt Wirkung. Schritt für Schritt wird das Studieren, Lehren und Arbeiten an den Universitäten erschwert, allerdings in so kleinen Dosen, dass für viele ein bisschen Empörung schon zu viel des Aufwands zu sein scheint. Dabei betreffen die Veränderungen uns alle, auch uns PoWi-Inskribierte und -Lehrende. Für alle machen sich die Verschärfungen zu Beginn des Semesters bemerkbar. Du hast vergessen dich rechtzeitig für Kurse anzumelden? Sorry, die Nachfrist wurde abgeschafft. Dir fehlt noch eine Note, um dein Bachelorseminar zu beginnen? Pech gehabt, die Voraussetzungsketten setzen ein. Ein_e Professor_in ist so nett, dich nachträglich für eine Prüfung anzumelden? Tut uns leid, dazu ist er/sie nicht mehr befugt.

Beim Betreten des Neuen Institutsgebäudes fällt ein Spruch ins Auge. „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei“, aber ist dem immer noch so? Mit der Einverleibung des Wissenschafts- ins Wirtschaftsministerium ist ein weiterer Schritt hin zur Ökonomisierung der Universität getan, der als Symbol für den beständigen Abbau der freien Lehre steht. Budget- und Stellenkürzungen sind seit Jahren ein Mittel, die freien und kritischen Bildungsmöglichkeiten einzuschränken. Dies zeigt sich auch in den monatlich strikteren Studienrechtsverschärfungen, von rechtlichen bis zu finanziellen Barrieren.

Die zunehmende Strukturierung der Studien und der Notendruck äußern sich in einem Wandel – das Studium unter Zeitdruck bietet nicht mehr die Möglichkeit zur kritischen Auseinandersetzung mit Inhalten und Denkweisen, womit

sich die Unis immer noch rühmen. Stattdessen wird es zu einer Ausbildungsstätte, die bemüht ist, den wirtschaftlichen Ansprüchen zu genügen.

Gleichzeitig wirken die neuesten Änderungen paradox, führen sie doch teilweise zu unerwünschten Verlängerungen des Studiums.

„Die An- und Abmeldeverfahren zu Prüfungen und prüfungs-immanenten Lehrveranstaltungen geben ein gutes Beispiel dafür. Wo üblicherweise Professor_innen auch nachträglich noch Studierende aufnehmen konnten, verhindern dies jetzt im Normalfall strikte, von der Studienprogrammleitung zu setzende Fristen. Dies kann zur absurden Situation führen, dass bei Lehrveranstaltungen, in denen es noch freie Plätze gibt, nach Ablauf der Anmeldefristen keine weitere Aufnahme von Interessierten möglich ist.“

Auch die Verkürzung der maximalen Nachreichfristen für schriftliche Beiträge im Rahmen prüfungsimmanenter Lehrveranstaltungen schränkt Studierende in ihrer zeitlichen Planung und damit in der freien Gestaltung ihres Studiums weiter ein. Gerade für Menschen mit psychischen und/oder physischen Beeinträchtigungen, sowie für Berufstätige bedeutet dies eine zusätzliche Erschwernis des Studiums. Die Möglichkeit, Hausarbeiten zu verfassen, um dadurch die fehlende Anwesenheit kompensieren zu können, wird erschwert.“ (Statement des Zusammenschlusses der Studienvertretungen fight 4 ur studienright, 11.12.2015)

Zusätzlich können die durch die Verschärfungen möglichen Verlängerungen zu Verlust von Beihilfen und anderen finanziellen Unterstützungen führen – ein erheblicher Nachteil für jene Mitstudierenden, die auf diese Mittel angewiesen sind. Letztendlich haben Änderungen, die das freie Studium einschränken, weder für die Studierenden, noch für die Lehrenden positive Auswirkungen. Und sie sind Grund genug für ein wenig Protest und Widerstand!

Eure StV PoWi

UNLOCKED POTENTIAL

Why a strong European common foreign and security policy matters and what it could mean for the European Union as a global actor

James Hollis

Advocating in favour of a common foreign and security policy (CFSP) for Europe is far from a simple task. Even if one were to put aside the European Union's (EU) current dilemmas with respect to mass migration and macroeconomics, the very notion of EU foreign policy would most likely evoke images of division and incoherence. Indeed, such images are not far from the truth owing to frequent clashes in EU member state foreign policy interests (see Zielonka 2006). Whatever misgivings critics of CFSP may harbour, it is nonetheless becoming increasingly clear that debate and progress on this issue cannot be dismissed on the basis of current political impracticalities. This is because the events of recent years have demonstrated a pressing need for a strong EU foreign policy platform, which is as influential as it is united.

What's more, despite the shortcomings of the current CFSP framework there is however reason for optimism. This is due to the fact that the EU is beginning to carve out its own distinct presence on the international stage. With the entry into force of the Lisbon Treaty in 2009 the EU has for a number of years been represented in its international dealings by a high representative for foreign affairs who is in turn supported by an EU diplomatic core, the European External Action Service. Such advances however, mean little where there are still those not least the member states themselves, who are yet to be convinced about the merits of having a strong CFSP. Indeed, with the EU coming under increasing pressure as a result of the migrant crisis and the looming possibility of a United Kingdom 'Brexit', the EU project itself is in need of support by those who still believe in its potential.

With this in mind, the following article will be aimed towards lending support for EU foreign policy by explaining why a strong CFSP is important both for the EU and its member states. It will demonstrate that whilst individual

member states continue to project their own influence within international affairs, it has nonetheless become increasingly necessary for there to be a distinct European voice within world affairs. It will argue that member states are more likely to be successful at tackling the most pressing of globalization-induced international problems where they work together within the CFSP's framework. Finally, it will set out why the EU—were its member states to unite firmly behind a common foreign platform for Europe—has the potential of playing a significant role in shaping international affairs.

A European Voice in World Affairs

First of all, despite the numerous advantages that EU member states may be able to enjoy when pursuing their own distinct foreign policy goals, there is nonetheless an increasing need for a distinct 'European voice' within world affairs. Currently each member state retains firm control over foreign policy (see Zielonka 2006). This reality is encapsulated in the distinct foreign ministries, foreign ministers and diplomatic services of member states the combination of which enables them to represent their own political and strategic interests on the world stage. Given their numerous and varied foreign policy interests, it is not unusual for such interests to come into conflict with one another. Additionally, the political and strategic interests of member states can also differ significantly. That is, diplomatic impasses may not solely be due to clashing interests but also clashing priorities, where a particular foreign policy issue for one member state may not be deemed as important and as urgent as it is for the next. For example, whereas the current migrant crisis might constitute

an urgent foreign policy issue for Italy (see Kirchgaessner 2015), it is unlikely to constitute as pressing an issue as the political turmoil in Ukraine is for Poland (see Lyman 2015). Clashing interests and differing priorities help illustrate why it has proved such a challenge to arrive at any proper consensus on foreign policy amongst member states in general (see Zielonka 2006). Such a reality lends traction to the argument that foreign policy should remain exclusively within the remit of member states.

Notwithstanding this state of affairs, there is however a growing need for Europe to craft its own distinct voice on the international stage. That is, it has become ever clearer that the EU needs a voice, which is both distinct as it is influential when compared to the voices of other major international players such as the United States, Russia and China. This is all more so the case where positions on crucial international questions differ substantially. Taking relations with the United States as an example in this regard. First of all, one could indeed question the need for a separate European voice in international affairs, which is distinct to that of the United States given that any EU foreign policy stance is likely to coincide with that of the US. This is understandable given the strong links that many EU countries continue to have with the United States not least through their membership of the North Atlantic Treaty Organization. Notwithstanding such ties, what cannot be overlooked is the fact that the US perspective on international affairs does not always converge with that of the European perspective.

Whilst Europeans share a number of views in common with the United States with respect to foreign policy there are instances however rare when such views diverge, the 2003 invasion of Iraq being a prime example in this regard. Although there were a number of European countries including the United Kingdom, the Czech Republic, and Poland, which supported the American-led invasion of Iraq, there were also those European countries, most notably France and Germany, who were deeply opposed. What's more, those EU member states opposed to the Iraq war were by no means alone. In addition to those member states opposed to the invasion were significant majorities living within countries who notwithstanding their government's stance, were in fact opposed to the invasion. For example, even though the Czech government supported

the Iraq war, polling conducted at the time showed that 70 percent of Czechs were in fact opposed to their government's position on the question (see Zielonka 2006). Polls also showed that 62 percent of Poles were opposed to the US-led invasion, a particularly striking fact given Poland's traditional pro-American stance (see *ibid.*).

Strong opposition to US foreign policy on such an important foreign policy question amongst European elites and populations demonstrates that the European perspective on international affairs, even when set alongside that of a historic ally can prove to be quite distinct. It is therefore necessary that where there are foreign policy differences between on the one hand EU member states and on the other, a major international power or powers that the EU is able to project its own distinct voice. This would have as its consequence the creation of a unique European perspective, which with the proper backing of EU member states could potentially wield decisive influence in world affairs. This stands in stark contrast to the much-reduced influence that member states would exercise with respect to major international powers when acting on their own or together but in much smaller groups.

Mammoth Problems requiring Mammoth Solutions

Another key reason, which militates in favour of a strong CFSP has to do with the nature of the international challenges facing Europe today. Today, EU member states are increasingly being faced with a number of far-reaching foreign policy issues, which are as profound as they are varied. Given their gravity, such challenges have begun to place a serious strain on both the capacities and resources of individual member states (see Bildt 2016). Indeed, a key indicator of this reality is the ever-increasing number of meetings on foreign policy, which are taking place between member state heads of government at EU level (see Bildt 2016). In effect, member state leaders themselves realize that—given the size and complexity of the foreign policy issues confronting them—they must meet regularly in Brussels and work together in order to formulate solutions to tackle such issues (see *ibid.*).

One notable and difficult foreign policy challenge to confront member states in recent times has been that of political instability on the EU's borders in both Syria and Libya –a

major consequence of which has been the refugee crisis. Not only does this crisis affect a number of member states simultaneously, but it is a crisis that can only be managed with any degree of success by member states working closely together in order to deal with the crisis as it stands both within as well as outside the EU. With respect to the crisis as it stands outside the EU, member states have for some time been working together to try and formulate foreign policy solutions in order to tackle the refugee crisis closer to its source (see Gallen 2016).

One foreign policy solution to have been proposed in response to the problem has been in the form of assistance for Turkey, which has become the main transit country for Syrian refugees fleeing to Europe (see Bajekal 2015). In this regard, member states can only hope to achieve progress with respect to stemming the flow of refugees from the Middle East if they can negotiate a successful political settlement with the Turkish government (see Bildt 2016). Similarly, member states can only hope to deal with mass people trafficking across the Mediterranean from North Africa to Europe if an agreement can be reached with countries such as Libya and Tunisia in order to deal with this problem with any degree of success (see *ibid.*). A strong CFSP, which enjoys the proper backing of EU member states would have sufficient political clout to negotiate successful arrangements with those non-EU countries, which are strategically vital with respect to the migrant crisis. A strong CFSP would also be able to bring together sufficient resources, which could then be used to tackle some of the major challenges associated with the crisis. For example, any agreement arrived at with Turkey would necessarily have to include an offer of financial assistance in order to assist the Turkish government to deal with the significant number of refugees who currently reside within Turkey's borders (see *ibid.*). A strong CFSP would be able to bring together adequate financial resources in order to develop and initiate peacebuilding initiatives aimed at supporting refugees in Turkey. It would also be able to bring together the significant military and civilian logistics necessary for the effective implementation of anti-smuggling strategies aimed at supporting the Libyan authorities in their fight against people trafficking across the Mediterranean. After having analysed some of the major reasons, which argue in favour of a strong CFSP it would be useful to take a look at what a strong and united CFSP could mean for the EU as a global actor.

The Promise of a Strong and United CFSP

First of all, a strong CFSP would translate into an effective pooling of influence of each of the EU's individual member states each of who wield influence in different parts of the world (see *ibid.*). For example, given their connections with the Commonwealth and with the Organisation internationale de la Francophonie, both the United Kingdom and France would be able to use their respective influence within both organizations for the benefit of the EU as a whole. The United Nations also constitutes another important example in this regard, where both the United Kingdom and France continue to hold two of the five permanent seats on the United Nations Security Council. This is not to exclude the contribution that a member state like Germany could make to EU foreign policy. This is especially the case given that Germany is beginning to make its presence felt on the international stage as recent negotiations with Iran over its nuclear programme and with the Russian Federation over Ukraine have shown. Furthermore, given its history of close relations with Eastern Europe made possible through its 'Ostpolitik' (see Forsberg 2016) Germany could also provide the EU with an important bridge to both Eastern Europe and in particular to the Russian Federation. Such a prospect is all the more vital both today and in the future given the significant deterioration in Russia's relations with the west as a result of the crises in both Ukraine and in Syria.

A strong and united CFSP would also establish the EU as an important guarantor of development and stability in the world. This would largely be due to the nature of CFSP, which has never been based on any narrow 'real-politik' calculation but has instead been firmly based on the projection of the EU's soft power (see Zielonka 2006). Indeed, CFSP has operated in this fashion with respect to non-EU countries for years, some of who are interested in EU membership and the political and economic benefits that this would bring. Towards that end, non-EU countries with an interest in EU membership have sought to align both their institutions and practices with those of the EU (see *ibid.*). This they have done in order to reflect the EU's values, which include an adherence to the principles of democracy, a market economy, and respect for the rule of law. But as mentioned above, the influence exercised by a

strong CFSP would not be confined solely to those non-EU countries interested in EU membership. This is because the CFSP's soft power is also projected towards those nations interested in for example EU market access and financial aid, all of which is conditional on adherence to fundamental EU values and practices (see *ibid.*). There are an increasing number of countries in both Asia and Latin America who are now following the EU's example with respect to such values and practices in order to secure the considerable benefits that such a move would bring (see *ibid.*).

The projection of influence beyond the EU's borders through a strong CFSP could bring about two major benefits. First of all, it would contribute towards promoting practices whose dissemination within other parts of the world should be universally considered a noble endeavour, for example respect for human rights. Secondly and as highlighted above, as a 'reward' for following the example set by the EU, non-EU countries would then be eligible to receive substantial benefits from the EU such as those outlined above. This would in turn contribute significantly towards their own national development, which is particularly important for those countries that continue to be plagued by significant under-development. This would not only endow the EU with significant influence within different regions of the world but would also go some way towards contributing to peace and stability in the world at large.

Conclusion

CFSP like the EU itself is by no means perfect. It continues to constitute an area of EU policy plagued by division. Such division is a result of the EU's member states themselves, all of who jealously guard national control over foreign policy. Given globalization and global trends it has however, become increasingly clear that there is a need now more than ever before for a strong and united CFSP. This is especially the case given the ever-pressing need for a distinctly European voice within international affairs, which has the backing of the majority of the EU's 28 member states. This would provide all member states with significant influence on the world stage vis-à-vis the other major players within international relations and would go some way towards shaping the direction of world affairs.

Secondly given the extent and gravity of the foreign policy dilemmas facing Europe today, it has become increasingly clear that such challenges can only be addressed with any degree of success by EU member states working together through the CFSP's framework. The current migrant crisis demonstrates the scale of some of the challenges, which might face the EU in the years to come and which can only be solved by a strong and united CFSP.

What's more, in those instances where the EU is able to provide an adequate degree of unity in CFSP the potential influence of the EU and that of its member states is likely to be considerable. This is because a strong CFSP would be able to draw together the foreign policy strengths of all member states all of whom exercise influence in different parts of the world. This could then be used to benefit the EU as a whole. Additionally, by exercising its significant soft power influence through CFSP the EU would continue to wield considerable influence in relation to those countries interested in future EU membership. Furthermore, it would also exercise significant influence in relation to those countries interested in maintaining good relations with the EU and the numerous benefits such as market access and financial aid, which such relations could bring. The EU would as a consequence, not only exercise considerable influence within non-EU countries but would also be contributing to development and stability abroad. There are of course significant obstacles, which will continue to hamper the effective functioning of CFSP for the foreseeable future, the most significant of which are likely to be those of clashing member state interests and priorities. Hence why the argument that foreign policy should remain firmly vested in the hands of member states is likely to remain an attractive one. That may be, but given the scale of the international challenges facing Europeans today, it might well be worth our while to encourage Europe's national leaders to unlock the full potential of CFSP by uniting firmly behind a common international agenda for Europe.

*The views and opinions expressed in this article are those of the author and do not reflect the official policy or position of the European Commission or of any other European Union entity.

James Hollis is a graduate of the Diplomatic Academy of Vienna and of the City Law School in London. He is currently working as a trainee in the Directorate-General for Neighbourhood and Enlargement Negotiations at the European Commission in Brussels.

Bajekal, N. (2015): *Why the E.U. Is Offering Turkey Billions to Deal with Refugees*. <http://time.com/4076484/turkey-eu-billions-dollars-refugee-slow/> (access: 30th March 2016).

Bildt, C. (2016): *The EU as a Global Power: An International Agenda for Europe*. Chatham House, London, January 27, 2016.

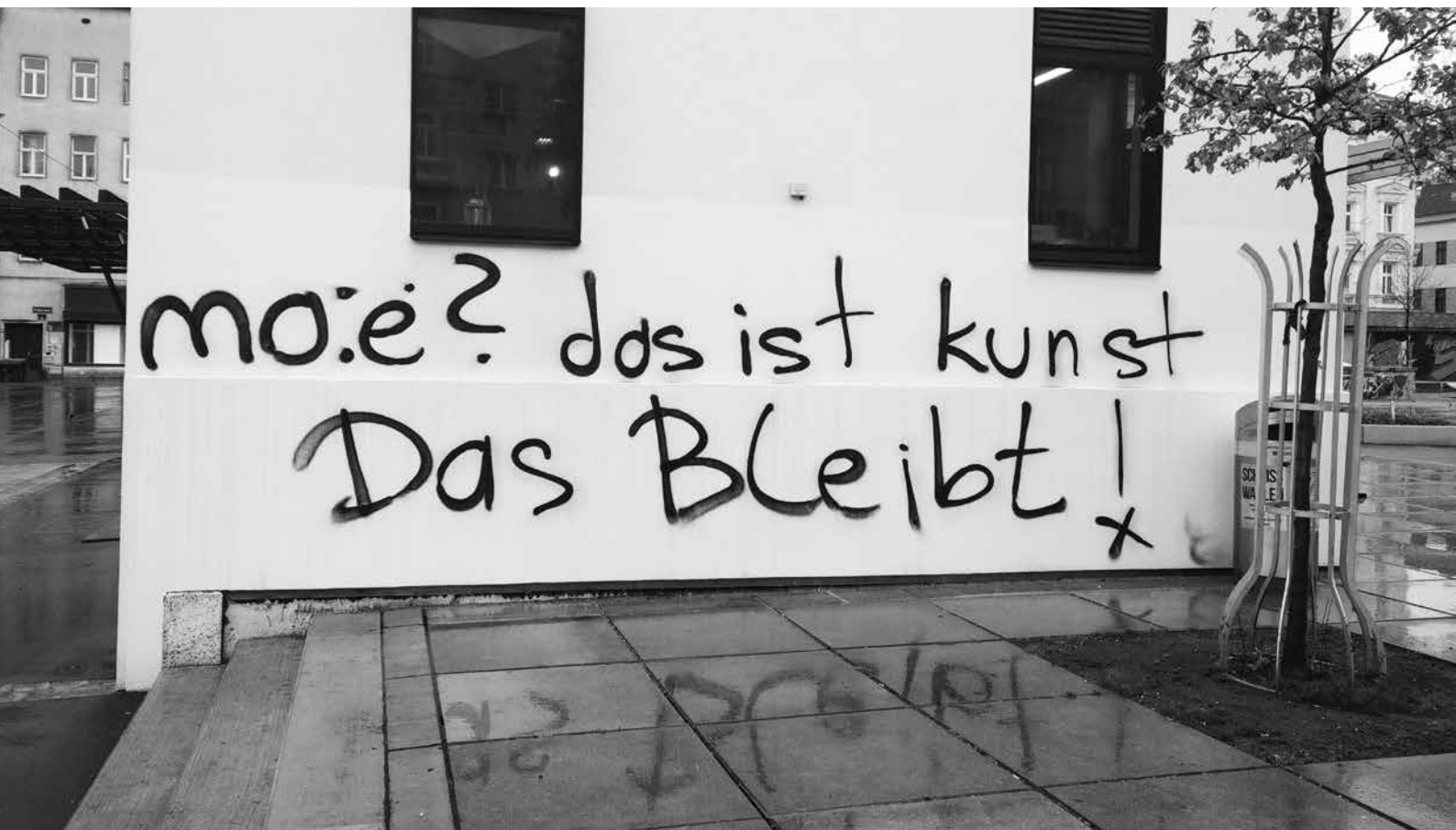
Forsberg, T. (2016): *From Ostpolitik to 'frostopolitik'? Merkel, Putin and German foreign policy towards Russia*. In: *International Affairs* 2016/92, 21–42.

Gallen, C. (2016): *France, Germany pile pressure on Turkey to stem migrant tide*. <http://news.yahoo.com/france-germany-pile-pressure-turkey-stem-migrant-tide-185750335.html> (access: 30th March 2016).

Kirchgaessner, S. (2015): *Italy calls for help rescuing migrants as 40 more reportedly drown*. <http://www.theguardian.com/world/2015/apr/16/italy-calls-eu-mediterranean-migration-crisis-rescue-migrants> (access: 30th March 2016).

Lyman, R. (2015): *Poles Steel for Battle, Fearing Russia Will March on Them Next*. http://www.nytimes.com/2015/03/15/world/europe/poland-steels-for-battle-seeing-echoes-of-cold-war-in-ukraine-crisis.html?_r=0 (access: 30th March 2016).

Zielonka, J. (2006): *Europe as Empire: The Nature of the Enlarged European Union*. Oxford: Oxford University Press.



Yppenplatz, Wien, 08.04.2016. Foto: Gerd Valchars

„mo.ë bleibt“

Interview mit Alisa Beck, Réka Kutas, Mimie Maggale und Marie-Christin Rissinger

Das mo.ë, das die Räumlichkeiten die der Kunst- und Kulturverein pica pica in der Thelemangasse 4 im 17. Wiener Gemeindebezirk seit Jänner 2010 bespielt und verwaltet, muss um seinen Fortbestand bangen und kämpft seit einiger Zeit gegen die Pläne einer Immobilienfirma, den Raum der Öffentlichkeit zu verschließen und in Luxuslofts umzuwandeln.

Alisa Beck, Réka Kutas, Mimie Maggale und Marie-Christin Rissinger aus dem Leitungsteam des mo.ë im Gespräch zu den Themen Raumpolitik und Widerstand in der Stadt, der Bedeutung ihres Standortes für die freie Wiener KünstlerInnen-Szene und Gentrifizierungsprozesse auf lokaler und überregionaler Ebene.

Wir haben gehört, Ihr müsst nun für den Erhalt Eurer Räumlichkeiten kämpfen. Worum geht es da genau?

>>Mimie: Das mo.ë gibt es nun schon fast seit fünfeinhalb Jahren und als es gegründet wurde, gab es einen anderen Eigentümer. 2013 hat der Eigentümer gewechselt. Wir sind nun mit der Immobilienfirma Vestwerk in einem Mietrechtsstreit, weil sie uns den Vertrag nicht verlängern will, wir aber weiterhin die Räumlichkeiten nutzen möchten.

>>Marie-Christin: Hier geht es natürlich auch ganz konkret um die Rolle von KünstlerInnen in Gentrifizierungsprozessen. Wie den Leuten, die in Wien leben, bekannt ist, ist das Brunnenviertel seit Jahren Schauplatz solcher Prozesse. Da sagen wir einfach, wir möchten einerseits nicht als KünstlerInnen Wert schaffen, der dann von Immobilienfirmen abgeschöpft wird. Wir möchten auch nicht dazu beitragen, dass durch unsere Arbeit Aufwertung passiert, die dazu führt, dass MieterInnen verdrängt werden, sondern wir wollen uns diesem Prozess widersetzen. Wir wollen weiter in diesen Räumlichkeiten arbeiten und uns damit dafür einsetzen, dass dieser Bezirk auch so divers bleibt, wie er jetzt ist.

>>Alisa: Was vielleicht noch wichtig ist zu betonen, weil das die letzten Monate immer wieder aufkam: Es ist nicht so, dass wir einen Zwischennutzungsvertrag hatten, sondern

das war ein Vertrag der mit den vorigen Eigentümern auf längere Zeit ausgelegt war. Dadurch, dass Vestwerk das Gebäude gekauft hat, veränderte sich die Situation, da diese Immobilienfirma andere Ziele mit diesem Haus verfolgt. Wir haben uns vorgenommen bzw. haben uns dazu entschieden, diesem Prozess entgegenzutreten. Das Haus hätte Ende 2015 zurück gegeben werden sollen. Wir haben uns aber entschieden das nicht zu tun, sind seitdem weiterhin in den Räumlichkeiten und fokussieren uns über unser Programm mehr auf diesen Prozess. Wir haben unsere Inhalte nicht um 180 Grad geändert, aber wir diskutieren nun auch diese Situation über unser Programm.

Wie sieht Euer Widerstand aus? Was ist alles passiert in dieser Zeit?

>>Alisa: Wir haben im Dezember 2015 mit unserem Programm *Have you seen our house?* begonnen, zu versuchen mehr Sichtbarkeit für unsere Situation zu schaffen. Das wurde von Valerie Bosse und mir kuratiert und wird auch als Serie weitergehen. Dort haben wir verschiedene KünstlerInnen, AktivistInnen und PerformerInnen zu den Themen Raum, Raumpolitik und der Logik von Immobilieninvestment eingeladen, um über die Rolle von KünstlerInnen in diesem Zusammenhang zu sprechen. Das passierte durch verschiedene Schritte.

Es gab eine Pressekonferenz im Jänner, um an eine größere Öffentlichkeit heranzutreten, und darüber wurde in den Tagen danach auch sehr viel berichtet. Was für uns überraschend aber schön war, es wurde auch sehr breit, in ganz unterschiedlichen Medien, berichtet. Ende Februar veranstalteten wir dann ein großes Solidaritäts-Wochenende, eine Kundgebung samt Umzug über den Yppenplatz. Das war ein wichtiger Programmpunkt, um mit der Nachbarschaft – nicht nur des Hauses und innerhalb der Gasse, sondern des ganzen Viertels – in Kontakt zu treten und ins Gespräch zu kommen, was eigentlich sehr gut funktioniert hat. Konzerte und eine Kunstaktion begleiteten diese Veranstaltung, da es auch darum ging, die Kosten des Räumungsverfahrens, in dem wir zurzeit stecken, zu decken und darauf aufmerksam zu machen. Also zu sagen: „Hallo! Kommt hierher und unterstützt uns in diesem Prozess!“

>>Marie-Christin: Und darüber hinaus haben verschiedenste Vernetzungstreffen, sowohl mit der Gebietsbetreuung als auch mit z.B. dem Netzwerk ‚Recht auf Stadt. Zwangsräumung verhindern‘ und allen voran der IG Kultur, stattgefunden (2). Hier besteht eine enge Kooperation mit der Initiative ‚eine andere Kulturpolitik ist nötig‘, ganz konkret mit den Kulturorten im Brunnenviertel, sprich mit u.a. der Brunnenpassage, dem AU und der Grundsteingasse.

>>Alisa: Vergangenes Wochenende [19./20.03.2016, Anm.] – das war dann noch ein neuer Schritt – kam Friedel 54, eine Initiative aus Berlin, nach Wien (3). Da geht es auch darum, dass die Nutzung eines Hauses von Investoren bedroht wird, und ohne das jetzt ausbreiten zu wollen, war es doch ein wichtiger Punkt, zu sagen, Immobilienmärkte agieren überregional, der Protest sollte auch versuchen dem gerecht zu werden: Dass man miteinander in Kontakt kommt, redet

und Informationen weitergibt. Es beschränkt sich nicht auf Wien oder das mo.ë und wir wollen keine Nabelschau betreiben, schließlich geht es um größere Themen und Zusammenhänge, die wir hier ansprechen wollen.

>>Marie-Christin: Die Situation in der wir sind, ist exemplarisch für Entwicklungen, die zurzeit passieren und wo wir sowohl kultur- als auch raumpolitische Probleme oder Konflikte daran festmachen, um sie nicht nur zu beschreiben, sondern auch auf diese Konflikte einzuwirken.

Was habt Ihr für Euch selbst in diesem ganzen Prozess gelernt?

>>Marie-Christin: Eine Sache die hier wichtig ist, dreht sich darum, dass wir natürlich aus der Perspektive von KünstlerInnen sprechen. Das mo.ë ist ein von KünstlerInnen geleiteter Kunst- und Kulturraum und es ist auch wichtig genau dabei zu bleiben. Es geht also nicht darum, unser Programm



The Bandaloop (live), mo.ë, 2015, Foto: Napoleon Ramos

komplett fallen zu lassen und nur noch Protest zu machen, sondern es geht genau um die Verbindung zu unserem Programm, von Kunst und Aktivismus.

>>Réka: Die Erforschung von gruppendynamischen Prozessen. Wie kann man effektiv zusammenarbeiten? Wie fokussiert man Kräfte und Talente so, dass sie ineinandergreifen und sich unterstützen und nicht auslöschen? Ich glaube, dass das mo.ë in dieser Hinsicht ein besonderer Raum ist, weil nicht nur die Architektur sehr gut ist, der Raum ist groß, hat eine einzigartige Atmosphäre. Auch das Team ist sehr divers und besteht aus Leuten, mit unterschiedlicher künstlerischer Ausrichtung und unterschiedlichen Interessen, die größtenteils auch sehr gut vernetzt sind.

>>Mimie: Ich möchte noch dazu sagen, was wir die letzten Monate gelernt haben und was in die tägliche Arbeit eingeflossen ist, betrifft nun natürlich kulturpolitische Fragestellungen, mit denen wir uns auseinandersetzen. Wir treffen uns z.B. mit Leuten aus der Bezirkspolitik oder dem kulturpolitischen Bereich und das sind immer wieder neue Erfahrungen für uns, wo wir merken, wo wir mit diesem Kulturraum hinwollen. Was ist unser Anliegen, unser Ziel und wie können wir das umsetzen? Es stellen sich sehr viele Herausforderungen, wenn man danach fragt, wie man diesen Raum selbstbestimmt weiter verwalten kann. Wie kann man das organisieren? Eigentlich kann man zu diesen Dingen jeden Tag etwas lernen. Das ist auch das spannendste an der Sache. Das andere sind auch rechtliche Aspekte. Ich kann da für mich sprechen, aber vielleicht auch für die anderen, wir haben in den letzten Monaten natürlich auch viel über rechtliche Gegebenheiten gelernt. Das sind auch Dinge, an denen man sozusagen wächst.

>>Réka: Genau, das sind auch Dinge, wo man den unmittelbaren Nutzen nicht gleich auf dem Tablett serviert bekommt, aber mit der Zeit entwickelt man ein Gefühl dafür, dass es sich lohnen kann, da zu investieren.

>>Alisa: Ich glaube, was du da jetzt ansprichst, was noch wichtig ist und was man lernt, ist, dass man Ausdauer hat. Dass man das Gefühl hat, wenn man nach zwei Wochen nicht durchgesetzt hat, was man will, dass die Leute doch verstehen werden, worum es uns geht, dass man da dann auch weitermacht. Es geht auch darum zu verstehen, auf verschiedenen Ebenen zu kommunizieren und adressieren

zu können. Das ist eine Herausforderung. Wir sprechen sowohl mit KünstlerInnen, die auf Tour sind, erst ankommen und den Raum noch gar nicht kennen, und am gleichen Tag schreibt man E-Mails an den Kulturstadtrat. Das erfordert eine große Flexibilität. Wie kommuniziere ich unser Anliegen, das eigentlich immer das gleiche ist, aber jedes Mal anders verpackt werden muss? Man wird schnell eingeordnet. Das bedeutet auch, bei Fragen danach, was wir machen und womit das vergleichbar ist, ob das Haus nun besetzt ist und wie wir weiter machen, selbstbewusst zu bleiben, und zu sagen, wir haben diesen Weg erarbeitet und er liegt uns und wir werden ihn fortführen.

Wer ist ‚wir‘?

>>Marie-Christin: Die vier Frauen, die heute hier sitzen, sind das Leitungsteam des mo.ë, darüber hinaus gibt es noch viele andere KünstlerInnen aus den Bereichen der Kunst im öffentlichen Raum, der bildenden und darstellenden Kunst, dem Aktivismus, der Musik und der Kunstvermittlung, die das Programm mitgestalten und den Raum betreiben.

>>Alisa: Das zeigt auch, wie flexibel dieser Raum ist und die letzten Jahre war, dass immer wieder neue Leute dazukommen und sich einbringen. Es war auch in den letzten Monaten so, dass einzelne Personen explizit aufgrund unserer Situation darauf aufmerksam wurden, vorbeigekommen sind und ihr Wissen eingebracht haben. Auch Leute, die erst nach Wien gezogen sind und Erfahrungen in London oder Amsterdam gemacht haben und damit sehr wertvoll für die vorhin angesprochene Richtung sind. Wir versuchen es anders. Es geht nicht darum, die Türen zuzumachen und dadurch das Haus zu halten, sondern es geht darum, die Türen aufzumachen und alle einzuladen.

Was wisst Ihr über Vestwerk, was tut diese Firma?

>>Marie-Christin: Vestwerk ist eine Immobiliengesellschaft, die an die zwanzig Objekte besitzt, die meisten davon in Wien, einige davon auch in Leipzig und Dresden. Was sie standardmäßig machen – und auf ihrer alten Homepage hatten sie das auch tatsächlich genau so formuliert – ist, Objekte kaufen, entmieten, entkernen, luxussanieren und in Eigentum weiterverkaufen.

>>Alisa: Gerade auch im Fall der Thelemangasse 4 kann man auch sehen, wie groß die Gewinnspanne dabei ist, wie groß die Rendite, die da abfällt (4). Marie-Christin

hat vorhin schon das Wort ‚abschöpfen‘ benutzt. Das ist auch ein Begriff, anhand dessen man sich diesen Prozess sehr physisch vor Augen bringen kann und sich vorstellen kann, was das genau meint.

>>Marie-Christin: Hinzu kommt noch, dass die Räume in denen wir tätig sind, ehemalige Fabriksgebäude sind. Auch das ist tatsächlich, besonders durch diese riesige Halle, noch sichtbar und damit auch die Geschichte gegenwärtig. Wenn die Halle entkernt wird und stattdessen Luxuslofts hinkommen, wird sie nicht nur der Öffentlichkeit versperrt, sondern tatsächlich zerstört, was ich sehr tragisch finde. Immer mehr Fabriken und Fabriksgelände werden abgerissen oder entkernt und verschwinden damit aus dem Stadtbild. Das ist wunderschöne Architektur, die erhalten werden sollte und in gewisser Weise knüpfen wir auch an die Produktion, die dort lange betrieben wurde, an. Heute ist es halt Kunst. Um weiter auf Vestwerk einzugehen, das ist tatsächlich eine recht interessante Immobilienfirma, die sich gerne ein ganz bestimmtes Image geben möchte. Unter anderem geht es um Slogan wie: ‚Der Zeit ihre Werte‘. Diesen Slogan möchten wir auch gerne aufgreifen und dazu sagen, dass wir glauben, dass die Werte unserer Zeit andere sind.

Ihr habt von der historischen Bedeutung gesprochen. Wie genau habt Ihr das aufgearbeitet?

>>Alisa: Wir sind nicht die einzigen AkteurInnen, die sich mit dieser Geschichte befasst haben. Mir fallen dazu zwei Beispiele ein. Zum einen gibt es gleich nebenan den ‚Kunstraum Ewigkeitgasse‘ (5), der sich seit Jahren mit der Geschichte der und auch mit der Erinnerung an die Thelemangasse auseinandersetzt ...

>>Réka: ... und ein riesiges Archiv hat.

>>Alisa: Genau. Sie sind auch in Kontakt mit der Familie Morton/Mandelbaum, von der noch Mitglieder in den USA leben. Das heißt sie beschäftigen sich explizit damit. Im Verein haben wir uns im Laufe der Zeit auch immer wieder mit der Geschichte der Räumlichkeiten und Wiener Geschichte beschäftigt. Valerie Bosse hat sich in ihrer Diplomarbeit auf einer kulturwissenschaftlichen Ebene sehr mit diesen Spuren beschäftigt. Das Buch von Frederic Morton *Ewigkeitgasse* (Original: *The Forever Street*, 1984) setzt sich mit seiner Familiengeschichte auseinander, mit

der Flucht der Familie vor den Nazis und mit dem breiteren Thema Exil. Es hebt die Geschichte auf eine fiktive Ebene, die auch literaturhistorisch viel hergibt. Dann gibt es immer wieder KünstlerInnen, die die Räumlichkeiten kennenlernen und einzelne Projekte machen, die sich expliziter den Räumen widmen sowie auf der Ebene dieser Spuren funktionieren und die das Ineinandergreifen der vorhandenen Architektur und dem, was noch immer aus Produktionszeiten sichtbar ist, und diese Überlagerungen thematisieren. Man muss sich vor Augen führen, dass hier 2008 noch Maschinen standen. Das ist nichts, was weit zurückliegt, und es gibt einen Faden, der sich durch das gesamte 20. Jahrhundert ziehen lässt.

>>Marie-Christin: Hier kann man z.B. die Arbeiten von Michael Weidhofer nennen, der auch Teil des Teams mo.ë ist und sich ganz explizit den Produktionsprozessen die in den Räumlichkeiten stattgefunden haben, gewidmet hat. Er hat unter anderem einen verschütteten Brunnen freigelegt und findet auch heute noch immer wieder Teile aus der Produktion von damals, säubert und sortiert sie und zeigt sie dann teilweise in Ausstellungen, wie *frank*, die letzten Herbst stattgefunden hat (6).

>>Alisa: Um noch kurz etwas zum ‚Kunstraum Ewigkeitgasse‘ zu sagen: Da besteht auch ein Kontakt und Austausch, wo wir uns gegenseitig die Räume überlassen und z.B. wenn sie ein Konzert haben – es wird auch im April wieder eines geben – dazu unsere Räumlichkeiten nutzen. Für sie hat das natürlich große Bedeutung, die ehemalige Fabrik nutzen und das ihrem Publikum auch näher bringen zu können.

>>Marie-Christin: Abgesehen davon, dass aus dem Brunnenviertel und dieser Gegend in den letzten Jahren einige Kunst- und Kulturräume verschwunden sind, ist es natürlich auch so, dass die Größe der Räumlichkeiten einzigartig ist. 600 m² in dieser Lage wird man so leicht nicht mehr finden.

>>Alisa: Das ist auch ein Argument gegen einen Umzug, wenn man sich anschaut, welche Räume beziehbar wären, die z.B. ein ähnliche Anbindung haben. Es geht ja nicht darum einfach irgendwo arbeiten zu können, sondern ein Bewusstsein dafür zu haben, an welchem Ort, welcher Stelle man ist.



Stefan Kreuzer, *Hypomessis*, MOE Schaukasten, mo.ë, 2014, Foto: Sandro Zanzinger

>>Marie-Christin: Das mo.ë ist auch kein Projekt, sondern ein Raum, der Projekte möglich macht. Deshalb ist, was uns oft nahegelegt wird, in eine Zwischennutzung zu gehen, nicht wirklich eine Option. Zum einen aus dem Grund, den wir eben schon angesprochen haben, nämlich der Rolle von KünstlerInnen in Gentrifizierungsprozessen. Zum anderen aber auch deshalb, weil wir nicht einfach nur Veranstaltungsräume haben, sondern auch Werkstätten, in denen man arbeiten kann, wo es auch unglaublich viel Material gibt und dadurch auch Projekte, die sonst gar nicht möglich wären, weil sie nicht über das entsprechende Budget verfügen, bei uns möglich werden. Ganz einfach, weil es bei uns so viele Dinge gibt, die man nutzen kann. Weil man nicht extra eine Werkstatt oder extra einen Proberaum oder extra noch dies braucht, sondern weil man das alles in unseren Räumen machen kann.

>>Réka: Abgesehen von den vielfältigen Möglichkeiten diese Räumlichkeiten zu nutzen, ist der Standort auch international bekannt. Ich komme aus der Musik und es kann schon passieren, dass man in einer absurd weit entfernten Stadt

jemanden trifft, der sich eben in diesen Underground-Zirkeln bewegt, sound-artist ist, experimentelle Musik macht und schon im mo.ë gespielt hat.

Weil ihr vorher gesagt habt, diese Familie musste flüchten. Was wisst ihr darüber?

>>Marie-Christin: Die Fabrik ist eben Ende des vorletzten Jahrhunderts von der Familie Mandelbaum gegründet worden und diese musste dann unter den Nazis flüchten. Dann wurden dort Kriegswaren produziert, danach war sie kurz in sowjetischem Besitz und nach der Restituierung hat die Familie Mandelbaum, dann Morton, die Fabrik an den Voreigentümer weiterverkauft, der dann bis 2008 hier produziert hat. Die Räumlichkeiten standen daraufhin zwei Jahre leer und dann ist der Kunst- und Kulturverein pica pica eingezogen.

Ihr habt gesagt, im Brunnenviertel gibt es mehrere Standorte der freien Szene, die verdrängt worden sind. Was könnt ihr dazu noch sagen?



Christoph Marthaler/Bühnenbild Anna Viebrock, *Tessa Blomstedt gibt nicht auf*, Volksbühne, Berlin, 2014, Foto: Walter Mair

>>Réka: Ganz eindeutig ist das so nicht bzw. nicht ganz korrekt. Wir denken da z.B. an den Ragnerhof, der ‚freiwillig‘ geht ... Ich kann da auch nicht so abzählen, wer da alles gehen musste oder gegangen worden ist.

>>Marie-Christin: Es gibt verschiedene Kunst- und Kulturräume in dieser Gegend, die aus verschiedensten Gründen zumachen mussten oder zugemacht haben oder sich eben ein Ausweichquartier suchen mussten. All dies hat vielfältige Gründe, aber nichtsdestotrotz trägt das alles zu einem Gentrifizierungsprozess bei. Genauso wie die Tatsache, dass hier vor drei bis fünf Jahren viele Immobilien teilweise zu absurd niedrigen Preisen verkauft wurden und jetzt luxussaniert werden.

Was ist Eure persönliche Verbindung zum mo.ë? Warum setzt Ihr Euch dafür ein?

>>Réka: Meine Beziehung zum mo.ë besteht wahrscheinlich am längsten, weil ich über einen Freund, Max Bognier, der, nicht ganz am Anfang aber relativ bald nach

der Gründung, die Musik-Kuration gemacht hat, dazu gekommen bin. Ich bin als Künstlerin dazu gekommen und jetzt, wo die Situation so akut geworden ist, habe ich stark gespürt, dass ich etwas zurück geben will. Nein, ich habe einfach mitgekriegt, wie das mo.ë gewachsen ist und was für ein wichtiger Ort es ist. Natürlich gibt es nicht nur das in Wien, so ist es nicht, aber es ist ein niederschwelliger Ort für Produktion und es besteht Bedarf an so etwas.

>>Mimie: Bei mir ist es ähnlich. Ich komme aus dem Theaterbereich und arbeite auch als Produzentin und Regisseurin in der Performance-Kunst. Es ist einfach so, dass es in Wien wenige Orte gibt, wo freie Produktionen stattfinden können. Das mo.ë war in den letzten Jahren diesbezüglich immer eine gute Anlaufstelle, um Projekte umsetzen zu können. Aus diesem Grund habe ich mich dann auch immer mehr in die Vereinsarbeit involviert. Ich glaube, dass es wichtig ist, Orte weiter zu erhalten, die einen solchen freien und offenen Zugang ermöglichen. Das ist mein Beweggrund Nummer eins. Der zweite ist, dass ich das Team

so gerne mag. (lacht) Wir haben uns ganz gut zusammengefunden und es ist sehr spannend, so etwas zu starten und zu erhalten. Wir wollen da jetzt auch etwas anderes erwirken, als nur in unserer eigenen Suppe zu schwimmen sozusagen.

>>Alisa: Mir ging es eigentlich auch in erster Linie darum, einen Ort zu finden, an dem man zusammen arbeiten kann. Ich komme nicht als Künstlerin zum Raum, sondern von der Kunstgeschichte bzw. den Cultural Studies. Mir war es wichtig, zu unterstreichen, dass man dazu einen Arbeitsraum hat, der außerhalb der Akademie und außerhalb universitärer Strukturen liegt. Das heißt, es ging mir am Anfang auch darum, einen Arbeitsraum zu haben, um dort mit anderen Kulturschaffenden in Kontakt zu kommen. Ein großes Anliegen war immer, wie denn so ein Raum zustande kommt, weil so etwas zu machen, auch ein kreatives Tun ist. Auch das fällt nicht vom Himmel und steht einfach zur Verfügung. Das heißt, natürlich geht es da um Fragen der Kuratierung. Das mo.ë ist auch eine wichtige Anlaufstelle, wenn man nach Wien kommt und andere Leute treffen möchte, und um zu verstehen, wie diese Stadt funktioniert, auch gerade im Vergleich zu anderen Orten, an denen man gearbeitet hat.

>>Marie-Christin: Meine persönliche Geschichte mit dem mo.ë beginnt damit, dass ich es als Künstlerin kennengelernt und am Anfang, 2010, dort ein Projekt realisiert habe. Dann noch eines 2015. 2010 habe ich noch Theater gemacht, aber meine künstlerische Praxis hat sich dann mehr und mehr über die Performance in Richtung Interventionen im öffentlichen Raum entwickelt und wurde eigentlich immer von der Frage begleitet, wie sich Kunst einmischen kann. Das ist natürlich etwas, was ich zurzeit ganz konkret hier finde und auch der Grund, warum ich dazu gekommen bin, als ich von der Situation gehört habe. Der Grund, warum ich geblieben bin, ist einerseits, dass ich finde, dass sich gerade hier sehr viele Konflikte festmachen und diskutieren lassen, was ich extrem interessant finde. Und wie Mimie und Alisa schon erwähnt haben, sind die Strukturen, in denen wir arbeiten eher speziell. Es geht hier schließlich um einen weiblich dominierten Raum, der kollektiv funktioniert. Das ist etwas, was es nicht so oft gibt und was ich sehr zu schätzen weiß. Und wenn diese Strukturen dann auch noch etwas bewirken, dann ist das, finde ich, eine gute Kombination.

Was sind die nächsten Schritte? Wie geht es nun weiter?

>>Marie-Christin: Wir haben nun ein Programm für Mai/Juni unter dem Titel *Liebe Arbeit* geplant, wo verschiedene KünstlerInnen verschiedene Projekte machen, von Performance, Lesung, Diskussion, Workshops, die alle um das Thema Arbeit kreisen. Hier geht auch z.B. in der Reihe *Have you seen our house?* um die Verknüpfung der aktuellen Situation mit dem Thema Arbeit und der Frage, wie wir in Zukunft arbeiten wollen (7). Welche Modelle können wir für dieses Haus, für diesen Ort entwickeln und wie können wir das verwirklichen. Am 23. Mai ist das nächste Gerichtsverfahren, wir rechnen nicht damit, dass da schon eine Entscheidung getroffen wird, aber wir werden wohl schon besser abschätzen können, wie lange wir noch hier bleiben können. Wir hoffen auf sehr viel Unterstützung und möchten an dieser Stelle auch die Politik aufrufen, uns zu unterstützen, und zwar nicht nur durch Sympathiebekundungen im Privaten, sondern auch durch öffentliche Statements. Das ist etwas, was uns sehr helfen würde. Und auch wenn natürlich dieses Verfahren das stärkste ist, was uns helfen kann länger drinnen zu bleiben, glauben wir auch, dass öffentlicher Druck etwas ist, das zur Stadtentwicklung im positiven Sinne beitragen kann.

>>Alisa: Man merkt an diesem Punkt, wie wichtig es ist, mehr Zeit zu haben, um eine andere Stadtentwicklung möglich zu machen. Man braucht Zeit, um sich zusammenzuschließen und tragfähige Modelle und Konzepte zu entwickeln. Und eigentlich geht es uns darum, diese Möglichkeit zu geben in diesem sehr konkreten Fall in diesem Haus zu erproben und dazu verschiedene ExpertInnen zu diesem Thema aus Wien und darüber hinaus einzuladen. Es ist ein Wunsch für die nächsten Monate das weiter voranzutreiben und zu konkretisieren.

Gibt es eine Alternative zum Verbleib in der Thelemangasse?

>>Marie-Christin: Wenn es denn so kommen sollte, was niemand von uns hofft, dass wir die Räumlichkeiten verlassen müssen, ist es uns auf jeden Fall ein großes Anliegen, dass die Forderungen, die wir ganz konkret formuliert haben, weiterhin bestehen bleiben, egal wie es dann aussieht.

>>Réka: Ich glaube, es gibt keine Alternative zum mo.ë in dieser Form.

Habt Ihr vor, Eure Erfahrungen gesammelt zu publizieren?

>>Alisa: Ja, das ist durchaus schon eine Idee, die aufgenommen ist. Wie gesagt, das ist etwas, was in den nächsten Monaten konkreter wird, da mit dem Mai/Juni-Programm noch einmal ein großer Teil der Auseinandersetzung stattfinden wird. Mit der Pressekonferenz und dem Soli-Wochenende gab es Meilensteine, und auch mit der Eröffnung des Mai-Programms *Liebe Arbeit* am 1. Mai und auch noch einmal Ende Juni ein Finale zu diesem Programm, wo sich das als roter Faden durchziehen wird und wo man auch eine Veröffentlichung erwägen kann.

>>Marie-Christin: Wenn wir über Veröffentlichungen reden, geht es natürlich auch darum, generiertes Wissen zu teilen. Dass passiert einerseits durch die Vernetzung, die eben sowohl lokal als auch international, z.B. mit dem Gängeviertel in Hamburg oder dem Teatro Marinoni aus Venedig, stattfindet. Wir haben durch diese Initiativen selber viel gelernt und möchten die Sachen, die wir in Bezug auf Wien erfahren haben, auch an Leute, die in Zukunft in ähnlichen Situationen sind, sehr gerne weitergeben.

Noch ein Schlusswort?

>>Réka: Wir möchten, und das ist wichtig, den KünstlerInnen danken, die im mo.ë gearbeitet haben. Wir haben mit dem Aktionswochenende ein bisschen eingefordert, dass man uns unterstützt und aufmerksam wird. Es ist auch wichtig zu sagen, dass sehr viele KünstlerInnen hier gratis arbeiten und damit zur Belebung der kulturellen Szene Wiens beitragen und das ist ein großes Verdienst.

>>Alisa: Was man auch noch sagen kann ist, dass wir weiterhin die Petition online haben, die man unterschreiben kann (8). Wir haben sie im Dezember gestartet. mo.ë hatte zwar die ganze Zeit öffentliches Programm, aber Achtung, es passiert auch noch etwas anderes! Die Petition ist weiterhin online, bitte unterschreibt sie, wenn ihr es noch nicht getan habt!

>>Mimie: Zum Schluss möchten wir allen danken, die beim mo.ë so tatkräftig dabei sind, die uns unterstützen und die letzten Jahre quasi durchgehend Konzerte, Performances usw. bei uns veranstaltet haben, damit der Ort ein lebendiger ist und bleibt.

+++

*Geführt von Melanie Konrad am 22.03.2016 in Wien. Dieser Text basiert auf dem bearbeiteten und gekürzten Transkript eines für Radio Stimme produzierten Beitrags, der am 19.04.2016 auf Radio Orange gesendet wurde – nachzuhören unter: www.radiostimme.at

Anmerkungen:

- (1) Seit 2013 gab es mehr als 400 Veranstaltungen mit insgesamt ca. 15.000 BesucherInnen (archiv.moe-vienna.org). Das mo.ë beherbergt derzeit ca. zehn Atelierplätze und hat ein internationales Artist-in Residence Programm auf die Beine gestellt, mit Gästen aus den USA, Japan und Malawi. Gefördert wird es u.a. durch das Bundeskanzleramt, die Kulturabteilung der Stadt Wien und die Bezirksverwaltung Hernals. mo.ë, Press Materials, <http://www.moe-vienna.org/moe/index.php?q=/press/&d=content> (Zugriff: 09.04.2016).
- (2) Recht auf Stadt, Blog: <http://rechtaufstadt.at/blog/category/blog/> und HP der IG Kultur Wien: <http://www.igkulturwien.net/> (Zugriff: 09.04.2016).
- (3) Friedel 54 ist eine Initiative aus Berlin-Neukölln, die als selbstverwalteter Raum vergleichbar dem mo.ë, „Räumlichkeiten & Infrastruktur für regelmäßige und einmalige Veranstaltungen von Gruppen, Kollektiven oder sonstigen Strukturen“ frei zur Verfügung stellt und dessen Fortbestand von einer Wiener Investmentfirma, Citec Immo Invest GmbH, bedroht wird. Nähere Informationen dazu unter: <https://friedel54.noblogs.org/> (Zugriff: 09.04.2016).
- (4) „Einem Kaufpreis von rund 650 Euro/m² stehen dabei Renditeerwartungen von 4000–8000 Euro/m² gegenüber.“ *dérive* – Radio für Stadtforschung (02.02.2016) „Have you seen our house?“, Radiosendung. <http://cba.fro.at/307189> (Zugriff: 09.04.2016).
- (5) Nähere Informationen zum Kunstraum Ewigkeitgasse unter: kunstraumewigkeitgasse.wordpress.com (Zugriff: 09.04.2016).
- (6) Ankündigung: *frank* – Ausstellungsprojekt von Michael Weidhofer, 29.09.2015, mo.ë – Thelemangasse 4, 1170 Wien. <https://esel.at/termin/79790> (Zugriff: 09.04.2016).
- (7) Programm siehe www.moe-vienna.org (Zugriff: 09.04.2016).
- (8) Die Petition kann unter avaaz.org unter *Für den Erhalt des Raumes mo.ë in der Thelemangasse 4* unterschrieben werden!

CONFERENCE – POLITICAL ISLAM AND ITS UTOPIA OF AN ISLAMIC STATE

Amin Elfeshawi

The roots of political Islam as we know them today stretch back to the nineteenth and twentieth century. After the Ottoman Empire lost its hegemonic power status and found itself unable to catch up with the political, scientific and economic competition that it faced from the European powers, Muslim intellectuals began to question the legitimacy of their political system along with its theological teachings. This initiated a wide-ranging debate whose purpose it was to identify the causes of imperial failure with Muslim thinkers attempting to offer solutions for the so-called ‘umma’—the Muslim collective. Western progress in science and development posed a particular and significant challenge for the Ottoman Empire. One of the most charismatic and influential thinkers of the time was Jamal al-Din al-Afghani (1837–1897). Al-Afghani called for reforms in religion, culture, society and politics as a means of returning to Islam’s roots and suggested an orientation towards the ideal ancestors of Islam—the so-called “salaf-us-salih” (Esposito 1995: 463). Together with his student Muhammad Abduh (1849–1905) Al-Afghani founded the ‘salafiyyah’-movement whose aim was to forge a new Islamic identity based on the idea of ‘Pan-Islamism’, as well as by renewing theological exegesis (see also Abu Zayd 2006: 25).

Pan-Islamism aimed to create a federation of all Muslims, which could only attain fulfillment by organizing resistance against western imperialism in addition to the unification of all Muslim estates. By preaching his theology and political ideology of unity Muhammed Abduh was able to attract a number of followers, one of whom was Rashid Rida (1865–1935) (see also Kateman 2015: 12). During the lifetime of Rashid Rida the Ottoman Empire was replaced by a secularist state under the reign of Kemal Attatürk. For Rida and those affiliated to the reformist salafiyyah, this constituted an unacceptable development. Pan-Islamic

ideology was understood as means of defending the Muslim hemisphere against both the imitation and implementation of western concepts and ideas. This mixture of nationalism paired with religious identity was taught by the above-mentioned reformists and had a significant impact with respect to ideology and realpolitik. When viewed within this context the Muslim Brotherhood can be regarded as having been a product of these developments. The founder of this movement, Hassan al-Banna (1906–1949), built his group based on the idea of an Islamic revival as a grassroot-movement, which was established in 1928 (see also Steward 2013: 176). Al-Banna was greatly influenced by Rashid Rida and continued to push for the idea of an Islamic caliphate. With regards to the relationship between the Muslim Brotherhood and politics, the latter of which may not be explicitly Islamic or congruent to the Brotherhood’s understanding of it, it is noteworthy that the Brotherhood’s ideology as a whole is not homogeneous. After initial cooperation with the Egyptian king, who was pressurized by Great Britain, al-Banna changed his opinion on the use of political violence and agreed to adopt insurrectionist techniques (see also Abou-Enein 2003: 28). It was under President Sadat, where the Muslim Brotherhood and members of the ‘Free Officer’s Association’ came together and agreed to cooperate in overthrowing the Egyptian regime. After al-Banna’s assassination, and the establishment of a new Egyptian regime under Gamal Abdelnasser, a new political era began with both the prosecution and imprisonment of members of the Muslim Brotherhood. A prominent member of the Brotherhood at the time was Sayyid Qutb (1906–1966). In the light of his imprisonment and torture, Qutb developed his scripture *Milestone* in which he pleaded for the establishment of an Islamic ruled state, arguing that sovereignty belongs only to God and that any other form of state system would undermine God’s rule

(see also Knudsen 2003: 5). A similar idea was put forward by Abu'l-A'la al-Maududi (1903–1979) in India, where he founded the Jama'at-i Islami (Islamic Association). Al-Maududi's goal was the inauguration of an Islamic state via a moral and intellectual elite (see also Black 2011: 308). But when compared to the salafiyyah reform al-Maududi declined to reinterpret Sharia in light of modernity. In spite of the ideological evolutions undergone by political Islam, the question of implementation remains one of heterogeneity. In Egypt for example, former Muslim Brotherhood members became radicalized as a result of their experiences in prison. They also left their previous political organizations and created new ones such as the Islam 'al-Jihad' or 'Jama'at al-Islamiyya', which not only opposed the state, but also legitimized the use of violence against it. In other cases in Morocco, Tunisia, Turkey, Egypt, Malaysia, Indonesia and Pakistan, many representatives of political Islam agreed to engage within a more democratic framework. The Moroccan 'Justice and Development Party' for instance appeared as an ideological and political alternative with its focus on Islamic morality (see also Macías-Amoretti 2014: 17). Whilst the Tunisian affiliate of the Muslim Brotherhood – the 'Ennahda Party' – decided in favour of a democratic laïcism, the Brotherhood's Egyptian affiliate aimed to establish a civic state based on 'sharia' (Elfeshawi 2015: 35). On the other side of political Islam is 'Jihadism', which refuses any form of democratic participation or participation within a state system, which is non-Islamic. Jihadist ideologists such as Abu Muhammad al-Makdisi (*1959) completely reject democracy, which they describe as idolization. This is due to the perception that because in a democracy it is mankind, which has control over the legislature democracy is regarded therefore as placing the individual in a position of divine authority (see also Moussalli 2009: 11). As can be observed, political Islam is not uniform. It can be categorized as a peaceful ideology as well as a violent one. The wide-ranging understanding of what is an 'Islamic state', besides the pivotal question of how such a state should look like varies amongst the different shades of political Islam. This is similar to the fact that the interpretation of what is 'sharia' can be dealt with in multiple ways, depending on each organization or party.

What this means for democracy and for the West will be discussed at the international conference 'Islam & Politics: Illusion of an Islamic State' organized by the Institute of

Islamic Studies of the University of Vienna. The conference will take place on Friday, May 27th and Saturday, May 28th 2016 at the University Vienna. International researchers from a variety of disciplines will present an array of research findings on the issue.

*For further information please visit the following homepage: islamandpolitics.univie.ac.at
(An application in advance is required!)

Amin Elfeshawi is a political scientist and a secondary school Islamic teacher. Amongst his research interests are political Islam, Jihadism, Islamophobia, Racism, Islamic theology and Islamic pedagogy. He is member of the European Union of Independent Students and Academics (EUISA).

Aboul-Enein, Youssef H. (2003): *Al-Ikhwān Al-Muslimeen: The Muslim Brotherhood*. In: *Military Review*, July-August, pp. 26–31.

Abu Zayd, Nasr (2006): *Reformation of Islamic Thought: A Critical Historical Analysis*. Amsterdam: Amsterdam University Press.

Black, Anthony (2011): *The History Of Islamic Thought: From the Prophet to the Present*. Edinburgh: Edinburgh University Press.

Elfeshawi, Amin (2015): *Deutschlands bilaterale Beziehungen zu Ägypten unter Mursi: Eine Disproportion im Umgang mit den Muslimbrüdern*. Saarbrücken: AV Akademikerverlag.

Esposito, John L. (1995): *The Oxford Encyclopedia Of The Modern Islamic World*. New York: Oxford University Press, pp. 463–469.

Kateman, Ammeke (2010): *Theology of Unity-Mohammad Abduh's (1849–1905) Reformist Islam and His Interpretation of 'Authenticity', 'Civilisation' and 'Religion'*. Master Thesis, Amsterdam.

Knudsen, Are (2003): *Political Islam in the Middle East*. Bergen: Chr. Michelsen Institute.

Macías-Amoretti, Juan (2014): *Imamate and Caliphate: Islamic Governance theory in Moroccan Islamist Discourse*. In: Timothy Poirson/Robert L. Oprisko: *Caliphates and Islamic Global Politics*. E-International Relations Publishing.

Moussalli, Ahmad (2009): *Wahhabism, Salafism and Islamism: Who Is The Enemy?* In: *Conflicts Forums*, January 30, pp. 2–39.

Steward, Dona J. (2013): *The Middle East Today-Political, geographical and cultural perspectives*. New York: Routledge.

**Irene Etzersdorfer/Ralph Janik (2016):
Staat, Krieg und Schutzverantwortung
 Stuttgart: utb**

In *Staat, Krieg und Schutzverantwortung* wechseln sich Irene Etzersdorfer und Ralph Janik dabei ab, den Leser_innen die völkerrechtlichen und ideengeschichtlichen Grundlagen humanitärer Interventionen beizubringen. In dem übersichtlich strukturierten Werk rollen die Autor_innen zuerst die historische Grundlage des Staates – von der griechischen Antike über das europäische Mittelalter bis zum modernen Staat – auf. Anhand von Größen der staatstheoretischen Ideengeschichte – wie Hobbes, Locke, Rousseau, Kant, Kelsen und Schmitt – wird die Entwicklung des Staatsbegriffs nachgezeichnet. Mit dem juristischen Staatenbegriff wird schließlich die heute gängige rechtliche Auffassung, was einen Staat ausmacht und er von der internationalen Staatengemeinschaft anerkannt wird, erläutert. Auch die internationale Staatenordnung wird, vom Westfälischen Frieden an, historisch aufgearbeitet. Die Entwicklung der Souveränität hin zu einem pluralistischen Souveränitätsverständnis wird beleuchtet.

Auch auf die Debatte der neuen Kriege gehen die Autor_innen ein: Indem sie die Geschichte des Bürgerkrieges in Europa behandeln und die These ansprechen, dass der zwischenstaatliche Krieg eigentlich eine, 250 Jahre lange, Anomalie darstellt. Es wird ausgeführt, dass heutige Bürgerkriege, oder „bewaffnete Konflikte nichtinternationalen Charakters“ (108), wie sie offiziell genannt werden, denen bis zum dreißigjährigen Krieg ähneln. Gleichzeitig betonen sie, dass es trotzdem aufgrund des politischen und historischen Kontextes auch deutliche Unterschiede gibt. Etzersdorfer und Janik kommen zu dem Schluss, dass neue Kriege „letztlich [...] Ausdruck nicht durchgesetzter Staatlichkeit“ (128) sind. Die Autor_innen nehmen für ihre Interpretation der neuen Kriege Anleihe bei Clausewitz: die „Deutung des Krieges als Artikulation eines politischen Willens gilt es auch in den neuen Kriegen ernstzunehmen“ (132).

Auch auf die Debatte um gerechte Kriege lassen sich die Autor_innen ein. Hier verfolgen sie wieder einen Weg von der griechischen Antike bis zum heutigen Verständnis der Schutzverantwortung und der humanitären Intervention, um den Lesenden einen Überblick der verschiedenen



ideengeschichtlichen Strängen in ihrem historischen Kontext zu bieten. Sie plädieren dafür, dass die Vorstellung eines gerechten Kriegs zur Legitimierung und Begrenzung von Gewalt dient; eine Legitimierung, die heute mit Hilfe des Völkerrechts und der dazugehörigen Institutionen erfolgt. Außerdem weisen sie darauf hin, dass das Konzept der human security die Vorstellung der Gerechtigkeit (und der Angebrachtheit?) humanitärer Interventionen verändert hat: die sogenannte Responsibility to Protect hat Einfluss auf die Auslegungen der Sachverhalte und auf die von der internationalen Gemeinschaft ergriffenen Maßnahmen.

Schließlich werden relativ aktuelle völkerrechtliche Rahmenbedingungen beleuchtet, die darauf abzielen, die Frage der Legitimität humanitärer Interventionen im Rahmen des Völkerrechts zu klären. Sie weisen darauf hin, dass die Legitimation durch den Sicherheitsrat sowie das Recht auf Selbstverteidigung im Laufe der Zeit Deutungsveränderungen ausgesetzt war. Besonders bei zweitem wurde der Fokus vom Staat auf die Bevölkerung verschoben. Ein zentrales Element stellt hier wiederum Responsibility to Protect dar. Besonders interessant ist die Darlegung der theoretischen Probleme mit der Auslegung der humanitären Intervention: z.B. bei der „Intervention bei berechtigten Revolutionen gegen unterdrückerische Regime“ (168). Die Autor_innen gehen bei der Frage der Intervention auch auf den seit fünf Jahre herrschenden Konflikt in Syrien ein. Die Darlegung der verschiedenen Auslegungen der Responsibility to Protect und der Legitimation humanitärer Interventionen ist aufschlussreich, da sie erlaubt, unterschiedliche aktuelle und in der Vergangenheit gegangene Entscheidungswege nachzuvollziehen. Gleichzeitig wird

betont, dass es oft vor allem der Konsens ist, der fehlt. Abschließend erarbeiten die Autor_innen einige Fallstudien, die die zuvor theoretisch aufbereiteten Grundlagen kontextualisieren. Von der Kongokrise der 1960er bis zum heutigen Syrienkonflikt wird die Anwendung von völkerrechtlichen Bestimmungen und die Ausführung internationaler humanitärer Interventionen untersucht und so die praktischen Probleme der humanitären Interventionen auf eine äußerst nachvollziehbare Art näher betrachtet.

Ein Lehrbuch in seinem Aufbau, eignet sich dieses Buch als Werkzeug für Interessierte, die die Rahmenbedingungen und Spielregeln verstehen wollen, nach denen die

Nina Scholz/Heiko Heinisch (2016): *Charlie versus Mohammed. Plädoyer für die Meinungsfreiheit*

Wien: Passagen

Seit den Attentaten auf die Satirezeitschrift Charlie Hebdo in Paris hat sich Europa sichtbar verändert. Scholz und Heinisch schreiben gegen diese Veränderung an und ihr Plädoyer für die Meinungsfreiheit stellt die wichtige Frage an MuslimInnen in Europa: Wollt ihr dazugehören und eure religiösen Befindlichkeiten wenn nötig auch satirisch hinterfragen? Die Frage der Inklusion wird in diesem kurzen und prägnanten Text somit von der Willensfreiheit der Betroffenen abhängig gemacht. Wollt ihr euch selbst und uns kritisieren dürfen, oder wollt ihr in einem Klima der ständigen Angst und repressiven Toleranz leben? Die AutorInnen wissen zwischen der Religion des Islam, seiner politisierten Version des Islamismus und dem als Individuum lebenden Menschen muslimischen Glaubens sehr genau zu unterscheiden. Hier wird niemandem Unrecht getan, und keine Gruppe pauschal verurteilt. Vielmehr geht es um eine Kritik im Handgemein (Marx) und dementsprechend konkret werden die Beispiele auch im Einzelnen besprochen.

Es geht also um nichts weniger als um die Willensfreiheit der MuslimInnen, dem sich ausbreitenden Islamismus (gekennzeichnet durch „Haß auf die Freiheit“ und „Judenfeindschaft“ (14)) zu trotzen. Und dies soll im Modus der Meinungsfreiheit, hier repräsentiert durch das

internationale Gemeinschaft und ihre Institutionen handeln. Da es sich um ein Grundlagenwerk handelt, kommt eine kritische, tiefgreifende Analyse der Thematik etwas zu kurz, aber wer sich über dieses hochaktuelle und komplexe Thema in einem angemessenen Umfang verständlich informieren und auch verschiedene Positionen kennenlernen möchte, wird viele Antworten in diesem Buch finden.

Christina Wagner



Satiremagazin Charlie Hebdo, möglich sein. Es wird, ein wenig im Duktus Henryk Broders, für ein Bewusstsein für die Konfliktlinien des Widerstreits von Meinungs- und Religionsfreiheit geworben, dessen Ziel für die AutorInnen der Nachweis ist, dass die Meinungsfreiheit die Grundfreiheit ist, die alle Menschenrechte ermöglicht (vgl. 22).

Dabei soll einerseits die Kritik an der islamistischen Intoleranz nicht der politischen Rechten überlassen werden (vgl. 20), andererseits soll die sich langsam zur repressiven Toleranz auswachsende Kultur des Wegschauens der politischen Linken sichtbar gemacht werden. Denn dass auch in Europa und Nordamerika immer mehr KritikerInnen des Islamismus unter Morddrohung und Polizeischutz leben und dafür vom linken Mainstream auch noch gemobbt werden, wirft kein gutes Licht auf die Kritikfähigkeit eben dieses Mainstreams (vgl. 29). Diesem Problem nützt auch nicht, dass der Terror der irregulären Verbände islamistischer Ausprägung, der unsere Gesellschaft im Bereich der

freien Meinungsäußerung bereits massiv verändert hat, von den offiziellen VertreterInnen des europäischen Islam teilweise verharmlost wird und somit eine öffentliche kritische Debatte erschwert (vgl. 37). Das geht soweit, dass offizielle VertreterInnen muslimischer Verbände mit dem Hinweis, andere könnten wegen kritischer Aussagen (kultureller Events usw.) zur Gewalt greifen, bereits zur Panik und zur Selbstzensur im vorausseilenden Gehorsam führen (vgl. 38).

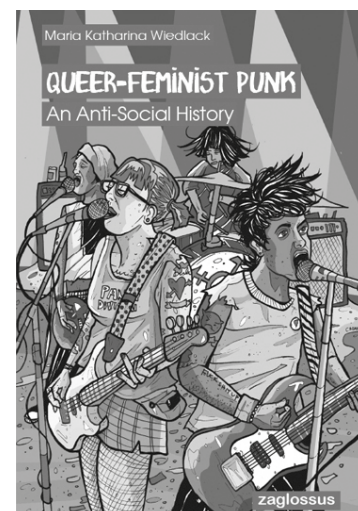
Dabei kann der Nachweis nicht ausbleiben, dass religiöse Befindlichkeiten, mithin die ständig beleidigten und verletzten religiösen Gefühle der TeilnehmerInnen kollektiver Zwangsneurosen in Rechtsstaaten kein Mittel des Konfliktes sein können und dürfen. Gefühle können „keinen Geltungsanspruch für Normen und allgemeine Verhaltensvorschriften begründen, weil sie weder mess- noch objektivierbar sind“ (70). Die Deutungshoheit würde von den Gerichten in die Hände der jeweils Beleidigten wandern und den Rechtsstaat unmöglich machen. Dabei

muss aber das Menschenrecht der persönlichen Unversehrtheit umso strenger zur Anwendung kommen und die Individuen müssen umso mehr vor Übergriffen, vor Hetze und Aufrufen zur Gewalt geschützt werden. Die Antwort der AutorInnen auf die umrissene Problemstellung lautet dementsprechend: „Inklusion statt Sonderrechte“ (99) und beinhaltet die Verteidigung des Rechts auf Meinungsfreiheit mit allen der Meinungsfreiheit zur Verfügung stehenden Mitteln und in diesem Sinn eben auch mit Satire, Karikatur und beißender Kritik. Der Text ist essayistisch und doch gehaltvoll. Er ist schnell gelesen, verständlich durchargumentiert und ein brauchbarer Berater für die allfällige Diskussion des Themas.

Stefan Alexander Marx, Lehrbeauftragter an der Universität Wien, Praktischer Philosoph in der Praxis Märzstraße.

Maria Katharina Wiedlack (2015): *Queer-Feminist Punk. An Anti-Social History* Wien: Zaglossus

Das Buch gliedert sich in acht Kapitel, die jeweils einen Aspekt einer intersektional ausgerichteten Analyse queer-feministischer Punk-Musik und ihrer Szenen besprechen. Queer-feministischer Punk entstand aus den Kämpfen um In- und Exklusionen der Punk-Szene, konkreter auch als Gegenbewegung zur Politik der USA in den 1970er Jahren, in Bezug auf den Umgang mit Homosexualität, HIV/Aids und Rassismus. Wiedlacks Text unterstreicht an mehreren Stellen, dass es die Überzeugung gibt, dass im Umfeld des queer-feministischen Punk der Möglichkeitshorizont breiter sein und mehr Freiheit zur individuellen Entfaltung bestehen müsse, als im Rest der Gesellschaft. Sie untersucht dabei die Arbeiten bestimmter nordamerikanischer Bands und fanzine-Produzent_innen (z.B. Vaginal Crème Davis, Bruce LaBruce, God is my Co-Pilot, The Skinjobs, Bamboo Girl, Le Tigre, Sleather Kinney u.v.m.), was einen gewissen Bedeutungsrahmen schafft, den die Autorin auch zu benennen und zu reflektieren weiß – die Fragestellung



ist dahingehend, wie ich finde, sehr gut abgesteckt. Die Problematisierung der Inklusion von queer-feministischen politischen Inhalten in den Mainstream und die neoliberale kapitalistische Vermarktungslogik wird anhand einer Zusammenführung von Begriffen des Negativen, des Antisozialen (Lacan) der „Jouissance“ (18) bei Edelman aber auch der Ästhetisierung von Wut und Aggression bzw. einer Ästhetik der Negativität unter sowohl Einsatz als auch Zurückweisung von Gewalt mit den diskursiv verhandelten

Themen gesellschaftskritischer Musik vollzogen. Im aufzählenden und aneignenden Moment der neoliberalen Vermarktungslogik sehen die Autorin und jene Menschen, die die Inhalte produzieren, mit denen sie sich auseinandersetzt, ein Potential zur Mobilisierung von Widerstand. Wiedlack zieht dazu unterschiedliche vor allem nordamerikanische TheoretikerInnen aus dem Bereich der Queer Theory und Affect Studies – vor allem Lee Edelman, Judith Halberstam und José Muñoz, oder beispielsweise Dick Hebdige zu Punk und Mimi Nguyen oder Osa Atoe zu queer-feminist punks of colour – zu Rate.

Die kulturellen Praktiken des queer-feministischen Punk – die Performances, die Bedeutung von Lyrics und die Ästhetik des so spezifischen Stils – werden dabei einerseits auf ihre Widerständigkeit gegenüber hegemonialen Wissensformen und -produktionen überprüft. Andererseits wird dieses Potential im Buch aber schon vorausgesetzt. Als Aktivistin oder Verfechterin des politisch Erstrebens- und Unterstützenswerten der queer-feministischen Punk-Szenen – nämlich ihrer Widerständigkeit gegenüber hegemonialen Wissensproduktionen und Diskursen des Apolitischen – und ihrer Produktionen, steckt die Autorin in einem Dilemma, da sie den Themenkomplex in eine akademische Arena gebracht hat und trotz allem der Ansicht ist, dass der Austausch zwischen wissenschaftlichen Diskursen und kultureller Praxis besser ist, als ihre Abschottung von einander. Warum das so sei, wird aber nicht begründet.

Ein Überblick über die Kapitel zeigt, wie Wiedlack den Bogen von historischen Verortungen über psychoanalytische Überlegungen von Lacan zu Negativität und Queerness hin zu besonders hervorgehobenen Themen wie Anarchismus, Feminismus, der Position von Queers of Colour und der ästhetischen Verarbeitung von Wut und Aggression in den Performances der Musiker_innen spannt.

Im zweiten Kapitel wird so eine historische Dimension aufgemacht, die viele Informationen zum Ursprung des queer-feministischen Punk und allgemeiner der Entstehung des Punk Rock in den 1970er Jahren versammelt. Jedoch ist das Kapitel auch sehr speziell, also auf wenige Bands beschränkt, detailreich, aber wahrscheinlich eher für Menschen interessant, die schon über einen bestimmten Grad an Wissen in diesem Bereich verfügen.

Im darauffolgenden Kapitel widmet sich Wiedlack der Bedeutung eines psychoanalytischen Ansatzes nach Lacan und Edelman in Verbindung mit der inhärenten Negativität

von Queerness als ‚Todestrieb‘. Dieser Abschnitt beschäftigt sich mit der Irritation von Hetero- und Homonormativität und der Suche nach einer Möglichkeit „non-normative social bonds“ (28) via ‚Jouissance‘, die mit Lacan eine Art des ungezügelter bzw. uneingeschränkter Genießens beschreibt, zu knüpfen. Punk wendet sich hier auch gegen eine Vorstellung der Zukunft, die über prokreativen Sex und die Zeugung von Kindern im heterosexuellen Mainstream tradiert wird. Es wird etwas kompliziert, wenn es dann vor diesem Hintergrund gilt, ‚community‘ zu denken, dieses Problem wird aber gut gelöst, weil daraufhin im nächsten Abschnitt der Fokus auf anarchistische Haltungen im queer-feministischen Punk gelegt wird. Kapitel vier begründet, dass der Kapitalismus und die aus ihm hervorgegangenen Institutionen abzulehnen sind, weil sie die Strukturen verfestigen und verwalten, gegen die sich queer-feministischen Punk richtet.

Im fünften Kapitel geht es um sog. Third Wave Feminism, riot grrl und ‚dykecore‘, also lesbische Punk-Musik, im Zusammenhang mit einer Reflexion der Privilegien weißer, heterosexueller cis-Frauen und der zahlreichen und oft heftig geführten Debatten um feministische Forderungen oder den Umgang mit Sexualität und ihrer Sichtbarkeit u.a. in Form von Queerness. Dazu gehört auch eine Aneignung von abwertenden Begriffen wie ‚Schlampe‘ und das explizite, mitunter aggressive Zurückweisen vorgefertigter gesellschaftlicher Verhaltenscodices, Binarismen, von Leistungsdruck und allgemeiner der Art und Weise, wie Geschlechterverhältnisse (re-)produziert werden. Im sechsten Kapitel erörtert Wiedlack den Widerstand queer-feministischer Punk Rock Bands gegen Rassismus gegen den Punk Malestream, der weiß, working class, jung und sehr maskulin ausgerichtet ist (siehe ‚critical whiteness‘). Für (queere) Punks of Colour ist Hardcore Punk mit vielen Ambiguitäten behaftet, da er einerseits Möglichkeiten der Sichtbarkeit spezifischer Interessen und Lebensentwürfe, sowie Raum für Diskussionen und Auseinandersetzungen bietet, aber andererseits rassistisch und sexistisch strukturiert ist. Wiedlack erklärt das Entstehen von queer-feministischen Punk Rock Bands und Performer_innen of Colour trotz dieser strukturellen Ausschlüsse mit dem Theorem der ‚disidentification‘ von Muñoz. In aller Kürze bedeutet das, dass jene People of Colour die Ausdrucksmöglichkeiten, die Punk bietet, trotzdem nutzen, weil sie ihnen nichtsdestotrotz auch sehr dienlich sind, um ihrer Frustration über die herrschenden Verhältnissen Ausdruck zu verleihen. Weiters

werden die Begriffe „black (w)hole“ (268) von Elisabeth Stinson und „(B)orderlands' rhetorics“ (270) von Adela C. Licona besprochen.

Im vorletzten Kapitel beschäftigt sich Wiedlack schließlich mit den ästhetischen non-verbalen Komponenten von Performances und der Repräsentation von ‚anger‘ als Ausdruck von „negativity and jouissance as political action“ (328). Es geht um die Produktion von Kollektivität als praktische Umsetzung sog. anti-sozialer Haltungen (Irritationen/Provokationen) sowie um die Kanalisierung, Aufbereitung und Kommunikation von ‚anger‘ in Form von selbstermächtigenden, politischen Aussagen und musikalischer Kreativarbeit. Referenziert wird dabei u.a. auf Audre Lorde und bell hooks. Den Abschluss des Buches bildet ein Exkurs zu aktivistischen Einmischungen von queer-feministischen Künstler_innen anhand von Solidarität mit der Occupy-Bewegung oder Free Pussy Riot und einem kritischen Kommentar zur Konstruktion eines normativen ‚Wir‘ zu solchen Gelegenheiten.

Ich finde, man erkennt sehr gut die umfassende Recherchearbeit die in *Queer-Feminist Punk* geleistet wurde, die vielen Stunden des Sortierens und Abwägens unterschiedlicher Informationen, die Sorgfalt bei der Zusammenstellung der Beispiele. Aber es wäre dennoch schön, der Text wäre etwas kompakter ausgefallen. Bestimmte Fragmente und Themen im Text wiederholen sich relativ oft, was es einfacher macht, sich den Widerstand im Punk gegen die komplexen Zusammenhänge der hegemonialen Strukturen basierend auf class,

race, ability, sex & gender zu vergegenwärtigen. Andererseits werden so manche Aspekte an mehreren Stellen fast gebetsmühlenartig rezipiert.

Weiters fallen zur Punk-Bewegung auch Leerstellen ins Auge, wie etwa die mehrfach angesprochene, aber wenig ausgeführte Perspektive auf Disability sowie Alternativökonomien und alternative Ernährungskonzepte wie etwa Veganismus. Was mir auch fehlt, ist eine Reflexion über das (neo-)liberale Moment im Anspruch des Do-It-Yourself-Dispositivs und im Zusammenhang mit anarchistischen Haltungen in der Praxis des Punk. Die Annahme, queer-feministischer Punk wäre ein nicht-normatives diskursives Feld, wird als gegeben betrachtet, aber leider nicht (ausreichend) argumentiert. Es stimmt, dass sich Menschen, die ihre Arbeiten in diesem Bereich produzieren, gegen den kulturellen und politischen Mainstream stellen und Orte schaffen, in denen ein ‚anderes‘ Denken Raum zur Entfaltung finden kann. Dass das nicht friktionsfrei abläuft, und neue Machtverhältnisse, Normen und Regeln erschaffen werden können, wird meiner Meinung nach besonders im Kapitel zu Feminismus, in dem auch die großen feministischen Debatten skizziert werden, deutlich. Das Buch ist aber auch in gewissem Maße eine Bricolage an möglichen, aus einer sehr spezifischen Perspektive betrachteten, gesellschaftskritischen Theoriesträngen, und eröffnet ein weites Assoziationsfeld, das einlädt sich mit den verschiedenen Perspektiven in der eigenen Auseinandersetzung stärker zu befassen.

Melanie Konrad

Lisa Grösel (2016): *Fremde von Staats wegen.* 50 Jahre »Fremdenpolitik« in Österreich

Wien: Mandelbaum

Die Welle von Flüchtlingen, die Europa über das Mittelmeer erreichte, bestimmte die politische Debatte in Österreich der vergangenen Monate. Wie ist mit der großen Zahl an Menschen auf der Flucht umzugehen? Wie kann ein ‚Management‘ der großen Migrationsströme in einem Europa, das immer mehr von nationalstaatlichen Interessen geprägt wird, aussehen?



Die Debatte um Menschen, die nach Österreich kommen um sich niederzulassen, hat hierzulande eine lange Tradition. Die Wurzeln vieler Konfliktlinien reichen bis in die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg zurück. In der Nachkriegszeit bildete sich langsam ein System heraus, das von der Sozialpartnerschaft und der Debatte um den Umgang mit ‚Gastarbeiter_innen‘ geprägt war. ‚Ausländerpolitik‘ konzentrierte sich oftmals auf wirtschaftspolitische Aspekte. Erst in den 80er-Jahren gelang es der FPÖ, das Momentum in der Debatte an sich zu reißen.

In ihrem Buch zeichnet Lisa Grösel die Entwicklung dieser Politik von der Gründung der Zweiten Republik bis in die Gegenwart nach. Grösel präsentiert eine umfassende staatstheoretische Analyse, die ein weites Bild der österreichischen Politik des Umgangs mit Menschen mit Migrationshintergrund in der Nachkriegszeit skizziert. Sie zeigt, wie durch eine Politik, die von Anfang an in erster Linie das Ziel hatte, Migration zu steuern, bestehende soziale Ungleichheiten verstärkt und Peripherien gegenüber Zentren weiter geschwächt wurden. Auch wenn die Rolle rassistischer Elemente nicht immer gleich stark war, so war doch immer die Unterscheidung von ‚Österreicher_innen‘ und ‚Ausländer_innen‘ bestimmend. Es galt, die Entwicklungsmöglichkeiten ersterer zu unterstützen. Dadurch wurden Migrant_innen und Angehörige von ethnischen Minderheiten stets systematisch marginalisiert, diskriminiert und vom politischen Prozess ausgeschlossen.

Eine entscheidende Rolle kam dabei den Gewerkschaften zu, die darauf bedacht waren, ihre Klientel zu stützen und so eine Allianz unterdrückter Klassen gegen hegemoniale

politische Strömungen verhinderten. So konnten Menschen mit Migrationshintergrund lange nicht für Betriebsräte kandidieren. Lange bevor Jörg Haider die FPÖ zu einer wesentlichen Kraft in der österreichischen Politik machte, war so ein tiefer Skeptizismus gegenüber der Zuwanderung aus dem Ausland ein fester Bestandteil österreichischer Politik.

So beginnen die Grenzen zwischen Links und Rechts der Zweiten Republik über die Jahrzehnte zu verschwimmen. ‚Ausländer_innenpolitik‘ wird zu einem Werkzeug des Erhalts bestehender gesellschaftlicher Ordnungen.

Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Debatte ist der bei Mandelbaum erschienenen Band besonders lesenswert. Er hilft die Gemengelage der österreichischen Politik rund um Grenzmanagement und Willkommenskultur besser zu verstehen und die verwendeten Begrifflichkeiten zuzuordnen und nachzuvollziehen. Das Buch empfiehlt sich für alle, die sich mit Flüchtlings- und Asylwesen in Österreich beschäftigen. Besonders jüngeren Aktivist_innen und Studierenden wird es helfen bestehende Strukturen der österreichischen Politik zu verstehen. Die eingehende Analyse, die Grösel in diesem Buch vornimmt, kann auch dabei unterstützen, gegenhegemoniale Strategien gegen rassistische und ausländerfeindliche Politiken zu formulieren.

Thomas Immervoll



das politische magazin
abseits des mainstreams

auf freien radios und im internet

www.radiostimme.at

Wien	Orange 94.0
Innsbruck	FREIRAD
Graz	Radio Helsinki
Kärnten / Koroška	Radio AGORA
Bludenz	Radio Proton
Salzburg	Radiofabrik
Linz	Radio FRO
Salzkammergut	Freies Radio Salzkammergut
Kremstal	Freies Radio B138



Wir suchen:

1. engagierte und gesellschaftskritische Menschen, sowohl StudentInnen, als auch AbsolventInnen sowie MitarbeiterInnen der Universität Wien.
2. Institutsangehörige: engagierte und gesellschafts-kritische MitarbeiterInnen am Institut für Politikwissenschaft, die gerne in der politix-Redaktion mitarbeiten wollen. Eine direkte und damit interne Anbindung an das ipw ist essentiell für die Herausgabe einer Institutszeitschrift.

WIR FREUEN
UNS AUF DEIN
INTERESSE!
Die politix-Redaktion

Hast Du Interesse an einer Redaktionssitzung teilzunehmen, dann schreib uns eine Email politix.politikwissenschaft@univie.ac.at oder besuch uns auf Facebook unter „Institutszeitschrift Politix“!

*Das politix gibt es auch online unter:
<http://politikwissenschaft.univie.ac.at/institut/institutszeitschrift-politix/aktuelles-heft/>*

IMPRESSUM

HerausgeberIn: Institut für Politikwissenschaft (ipw) | **MedieninhaberIn, VerlegerIn:** ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7, **Hauptverantwortliche dieser Ausgabe:** Melanie Konrad & Stefan Schweigler | **Redaktion:** Fanny Boccioli, James Hollis, Thomas Immervoll, Melanie Konrad, Katharina Kralok, Stefan Schweigler, Eva Wackenreuther, Christina Wagner | **Kontakt:** Birgit Sauer, ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7
E-Mail: politix.politikwissenschaft@univie.ac.at | **Graphik & Layout:** Melanie Konrad (a0801938@unet.univie.ac.at) | **Onlinepublikation unter:** www.univie.ac.at/politikwissenschaft | Offenlegung gem. §25 MedienG. | **Erscheinungsweise:** 2x/Jahr | **Blattlinie:** politix informiert über institutsbezogene Aktivitäten sowie über aktuelle Entwicklungen in der Politikwissenschaft. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht der Auffassung der Redaktion entsprechen.

BILDER: David Tiefenthaler (Front- & Back-Cover, 12, 20, 47); Robert Newald www.newald.at (5); Ute Wallenböck (43, 44, 45, 46); Christian Bruckner (50); Gerd Valchars (58); mo.ë: Napoleon Ramos (60), Sandro Zanzinger (63), Walter Mair (64).

